

Historische Studien

unter Mitwirkung der Herren Universitäts-Professoren: W. Andreas, O. Becker, G. Beckmann †, G. v. Below †, G. Beyerhaus, A. Brackmann, A. Cartellieri, F. Delitzsch †, W. Goetz, F. Hartung, A. Hasenclever, R. Holtzmann, P. Joachimsen †, H. Lietzmann, E. Marcks, F. Meinecke, G. Mentz, W. Mommsen, H. Oncken, F. Philippi, A. Wahl, A. Weber, G. Wolff, J. Ziekursch u. a. herausgegeben von Dr. Emil Ebering.

== Heft 276 ==

Geschichte des brandenburgischen Geheimen Ratskollegiums in den Jahren 1604—1608

Von

Dr. Martin Schulz

Verlag Dr. Emil Ebering
Berlin 1935

Nachdruck mit Genehmigung vom
Matthiesen Verlag, Lübeck

KRAUS REPRINT LTD.
Vaduz
1965

Reprinted from a copy in the collections of
The New York Public Library

Printed in the United States of America

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
A. Die Entwicklung des Geheimen Ratskollegiums in Österreich und Süddeutschland	5
B. Das Geheime Ratskollegium in Brandenburg	14
I. Die Entstehung 1604	14
II. Das Wirken des Geheimen Rates	27
1. auf dem Gebiete der Außenpolitik	
a) Auseinandersetzung Löben-Hübner (Warschauer Reichs- tag 1605; Kuratelvertrag)	27
b) Auseinandersetzung Löben-Rheydt (Vertrag mit der Pfalz und den Niederlanden; Lahmlegung der Tätigkeit Rheydts)	48
c) Zeit des vorherrschenden Einflusses des Kanzlers Löben und des Verfalles des Geheimen Rates bis 1608	76
2. auf dem Gebiete der Innenpolitik	119
Handel und Schiffahrt	120
Finanzen	121
C. Schluß: Bedeutung des Geheimen Rates	123

A. Die Entwicklung des Geheimen Ratskollegiums in Oesterreich und Süddeutschland.

Betrachtet man die Geschichte des ersten Geheimen Ratskollegiums vom Standpunkt der Behördenorganisation, so wird man bald den Eindruck gewinnen, daß dieser erste Schritt zu einer fest organisierten Regierungsbehörde in Brandenburg geeignet war, den bis zu dieser Zeit bestehenden Regierungsorganen ein ganz anderes Gepräge zu geben. Im Rahmen der europäischen Staaten des 16. und 17. Jahrhunderts aber war es nur der Anschluß an eine Entwicklung, die sich in den Territorialstaaten dieser Zeit mehr und mehr ausbreitete, je stärker sich der Begriff des Staates im modernen Sinne durchsetzte. Der Aufbau dieser brandenburgischen Regierungsbehörde mit seinen Vorzügen und Nachteilen und der darin zum Ausdruck kommende Geist wird erst recht verständlich, wenn man einmal kurz sich mit den Vorläufern und Vorbildern in den deutschen Territorialstaaten bekannt macht.

In der Landesverwaltung in Europa im Zeitalter der sich entwickelnden Territorialstaaten läßt sich ein allmählicher Uebergang zum Berufsbeamtentum etwa vom 13. Jahrhundert ab feststellen.¹ Der Westen Europas, Frankreich und Burgund gehen dabei voran. Die Länder Oesterreichs übernehmen bald diesen Gedanken, und besonders in Tirol läßt sich ein ähnlicher Vorgang wie in Westeuropa unter Maximilian I. beobachten. Wirklich durchsetzen konnte sich ein Berufsbeamtentum aber erst seit dem Zeitalter der Renaissance und Reformation, als das Studium des römischen Rechts eine starke Ausbreitung erfuhr.

1. Gustav Schmoller, der deutsche Beamtenstaat vom 16. bis 18. Jahrhundert. In: Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, besonders des Preussischen Staates im 17. und 18. Jahrhundert. Leipzig 1898. S. 289.

Bei dem engen Zusammenhang, in dem die damaligen Territorien standen, durch Verwandtschaft der Fürsten und Lehnsvverhältnisse ist eine Einwirkung von Territorium zu Territorium vielfach nachweisbar. Auf diese Art läßt sich eine Entwicklungslinie in der Behördenorganisation feststellen. Wie weit diese Einflüsse sich ausgewirkt haben, wird man heute wohl kaum noch mit Sicherheit feststellen können. Die Stufenfolge von alleiniger Uebernahme des Geistes und Gedankens bis zum plumpen Abschreiben ist reich an Gradunterschieden und sicher werden alle in der Entwicklungsreihe vertreten sein.

Soweit uns bekannt ist, lassen sich die ersten Andeutungen eines Geheimen Rates in deutschen Territorien auf Kaiser Maximilian I. zurückführen, den deutschen Herrscher, der leidendenschaftlich organisierte, dem aber dann die Ruhe fehlte, seine Organisationen organisch wachsen zu lassen. Im Innsbrucker Libell von 1518 behält sich der König ausdrücklich vor, „die geheimen großen Sachen“ entweder selbst oder mit Zuziehung einiger Räte oder auch des ganzen Rates zu erledigen. Man darf wohl behaupten, daß sich hier deutlich die Spuren eines Geheimen Rates abheben, mehr aber auch nicht. Ein organisiertes Kollegium bestand noch nicht. Die Auswirkung dieser Innsbrucker Beschlüsse sollte Maximilian nicht mehr erleben.

Ferdinand I. knüpfte an diese Gewohnheit und Vorarbeit seines Vorgängers an. Er errichtete neben andern Zentralbehörden auch einen Geheimen Rat. Den genauen Zeitpunkt der Errichtung dieser Behörde vermögen wir nicht festzustellen. Im Jahre 1526 wird der Bischof von Trient zuerst als Ratspräsident erwähnt.² Die Einführung des Geheimen Rates als obersten Regierungsorganes beruht auf der Initiative Ferdinands selbst. Die ständischen Ausschüsse auf dem Generallandtag zu Augsburg 1525—1526 hatten lediglich einen Hofrat verlangt und sich bei dieser Gelegenheit nur dahin ausgesprochen, daß es gut sei, wenn der Landesfürst die geheimen Sachen mit Zuziehung einiger Räte entscheide.³

2. M. Mayr. Der Generallandtag der österreichischen Erbländer zu Augsburg. XII. 1526 — III. 1527. 1894. S. 131.

3. Mayr, a. a. O. S. 27.

In der Hofordnung von 1527⁴ erscheint der Geheime Rat als das erste Regierungsorgan und wird deutlich vom Hofrat unterschieden. Dieser Geheime Rat, der nur aus wenigen vom Herrscher ausgewählten Personen bestand, hatte alle „hochschweren und geheimen Sachen“ zu beraten, vornehmlich „wie mit fremden Potentaten zu praktizieren, wie fremden Praktiken fürzukommen sei“. Daneben konnte er sich auch mit den wichtigsten Angelegenheiten der inneren Politik und der Wirtschaft befassen, zu welchem Zweck er das Recht hatte, die Kammerräte und anderen Sachbearbeiter um Gutachten zu bitten. Das Hauptgebiet seiner Betätigung war also die auswärtige Politik. Eine Behörde im modernen Sinne war er aber nicht, er war und blieb wohl das oberste und vornehmste Organ am Hofe des Herrschers, aber nur mit der Befugnis Rat zu erteilen; seine Vorschläge und Beschlüsse wurden erst durch die fürstliche Sanktion wirksam.⁵

Eine genaue Umschreibung seiner Aufgaben und Kompetenzen ist nicht möglich, da das Organisationsstatut, das nach der Hofordnung von 1527 dem Geheimen Rat gegeben werden sollte, nicht vorhanden ist. Es besteht durchaus die Möglichkeit, daß auf den Geheimen Rat, der sich als „Ausbruch“ aus dem Hofrate gebildet hatte, die Instruktionen für diesen Anwendung fanden. Die Hofratsinstruktionen von 1537⁶ und 1541⁷, in denen von den außenpolitischen Aufgaben die Rede ist, geben zu dieser Vermutung Anlaß.⁸

Man kann aber trotz der wenigen Angaben über seine Tätigkeit sagen, daß in dem Geheimen Rate eine Zentralstelle geschaffen wurde, die die gesamte Verwaltung und Regierung überblicken konnte. Das war von nicht zu unterschätzendem Vorteil bei dem ständig wachsenden Umfang der Geschäfte. Dieser Zentralstelle war es auch möglich, Hemmungen und Reibungen, die durch allzu scharfe Betonung eines Ressortsstand-

4. Th. Fellner u. H. Kretschmayr. Die österreichische Zentralverwaltung 1907. Bd. I, 2 Aktenstücke Nr. 12 I. A.

5. Fellner-Kretschmayr, Zentralverwaltung. Bd. I, 1. S. 39.

6. Fellner-Kretschmayr, I, 2 Nr. 12 I. B. S. 125.

7. Fellner-Kretschmayr, Nr. 15, S. 275.

8. E. Rosenthal. Die Behördenorganisation Ferdinands I. Archiv für österreichische Geschichte Bd. 69, S. 82.

punktes entstanden, zu beseitigen. Der Geheime Rat verkörperte fortan die Einheit der Monarchie.

Ueber die Organisation ist uns infolge des Fehlens einer Instruktion des Geheimen Rates nichts überliefert. Nach den Hofordnungen ist die Mitgliederzahl nur klein gewesen. Im Anfang sind es die Hofchargen, die dann später zum Teil durch gelehrte Juristen bürgerlicher Herkunft ergänzt und ersetzt wurden. Die Geheimen Räte sollten täglich zusammenkommen, wenn auch nicht täglich, wie aus den Protokollen zu ersehen ist, förmliche Sitzungen abgehalten wurden.

Nach der Reichshofratsordnung von 1559 ist die hohe Politik ausschließlich die Domäne des Geheimen Rats geworden. In der Zeit Rudolfs II. war es schon zum Grundsatz geworden, daß ohne einen gut besetzten Geheimen Rat überhaupt nicht ordentlich regiert werden könnte.⁹ So bat Erzherzog Maximilian Kaiser Rudolf II. um seine Enthebung als Gouverneur von Steiermark, Kärnten und Krain u. a. deshalb, weil er einen einzigen Geheimen Rat zu seiner Unterstützung in Regierungsgeschäften zur Verfügung hätte.

Es kann also als Tatsache angenommen werden, daß das Prinzip des Geheimen Rates sich sehr schnell durchgesetzt hat. Wenn auch nach dem Wortlaut der Hofordnungen die Kompetenzen des Geheimen Rates und des Hofrates sich vielfach berühren, ja sich geradezu decken, so ändert dies doch an der Tatsache nichts, daß die Stellung des Geheimen Rates gleich von Beginn an der neuen Behördenorganisation die höhere war. Ja die Ratsschläge und Beschlüsse des Hofrats unterlagen einer nochmaligen und meist entscheidenden Durchberatung in den Sitzungen des Geheimen Rates.¹⁰

In der Geschichte der Behördenorganisation und ihrer Entwicklung in den deutschen Staaten des 16. Jahrhunderts lassen sich zwei Hauptstrahlen der gegenseitigen Einwirkung in Deutschland feststellen. Einer dieser Strahlen, eine Art geistiger Kulturstraße,¹¹ geht von Oesterreich über Bayern nach Süddeutschland, ein anderer über Sachsen nach Norddeutschland.

9. Fellner-Kretschmayr I, 1. S. 42. Anm. 2.

10. Fellner-Kretschmayr, I, 1. S. 219—220.

11. Hartung, *Histor. Zeitschrift* 124. S. 264.

Die Entstehungsgeschichte des Geheimen Rates in den deutschen Ländern liegt völlig im Dunkeln, so auch in Bayern. Man muß annehmen, daß diese Behörde allmählich aus dem Bedürfnis heraus entstanden ist. Die zu erledigenden „schweren“ Sachen nahmen mit der Zeit solchen Umfang an, daß sie ohne fach- und sachgemäße Bearbeiter ohne Nachteil für das eigene Land nicht mehr erledigt werden konnten. Eine einfache Uebernahme der Organisation von einem Lande zum andern wird man wohl kaum annehmen dürfen, denn in den Grundzügen ist die Regierungsbehörde in den einzelnen Ländern organisch gewachsen.

In den fünfziger Jahren des 16. Jahrhunderts wurde innerhalb des bayrischen Hofrats eine Kommission gebildet, die sich an Stelle der Hofkammer mit Finanz- und Wirtschaftsreformen und Aenderungen des Etats zu beschäftigen hatte. Ihr gehörten unter dem Namen „die über den Staat verordneten Räte“ die hervorragendsten Männer der Regierung an. In der Natur der Sache lag es, daß diese Finanzkommission eine große Anzahl von Fragen des Staatslebens in den Kreis ihrer Verhandlungen zog, die ursprünglich keinen reinen Finanzcharakter trugen. So bildete sich aus einer Finanzkommission im Laufe der Zeit ein förmlicher Geheimer Rat heraus, wenn auch der Name noch fehlte. Erst vom Jahre 1579 an erscheinen in den Hofzahlamtsrechnungen die Geheimen Räte aufgeführt.

Die Obristen und Landhofmeisters-Instruktion für den Grafen Ottheinrich von Schwarzenberg im Jahre 1581 enthält im Artikel 4 seine Pflicht zur Führung des Geheimen Rates. Es ergibt sich daraus auch die Ordnung und Kompetenz dieses Geheimen Rates. In demselben Jahre wurde allen Hof- und Staatsämtern empfohlen, alles, was ihnen zu „schwer“ wäre, und alles, was eine Verbesserung erheische, zum Oberst- und Landhofmeister d. h. vor den Geheimen Rat zu bringen. Herzog Wilhelm V., unter dem das Behördenwesen einen Niedergang aufzuweisen hatte, duldete den Geheimen Rat nur, „dieweil es bei S. Fr. G. löblichen Voreltern auch in Gebrauch gewesen, geheime Räte zu halten und nit anders sein kann, dieweil sich

nit alle Sachen in gemeinen und völligen Rat traktieren und ratschlagen.¹²

Das Inkrafttreten des Geheimen Rates in Bayern wird man also mit ziemlicher Sicherheit auf das Jahr 1581 festsetzen können.

Unter Herzog Maximilian I. erhielt von 1592 an der Geheime Rat und das Behördenwesen überhaupt seine letzte Ausbildung. Maximilian gewöhnte sich schon frühzeitig daran, über keinen Gegenstand ein entscheidendes Urteil zu fällen, bevor er nicht die Meinung der Geheimen Räte darüber vernommen hatte.¹³ Aber an dem Grundsatz wurde festgehalten, daß das Geheimratskollegium nur den Charakter eines Hilfsorganes des Landesherren habe und daß ihm nur das Recht der Begutachtung zustehe.¹⁴ Dabei wurde der Zusammenhang mit dem Hofrat noch gewahrt, denn sein Sekretär sollte auch dem Hofrat seine Dienste widmen. Es erscheint also durchaus als eine Deputation des Hofrats, die nur als selbständiges Kollegium zur Beratung der geheimen Sachen zusammentrat.¹⁵ Sein Hauptarbeitsgebiet war die auswärtige Politik, hinzu kamen aber alle wichtigen Regierungsangelegenheiten, so daß der Geheime Rat immer selbständiger wurde und schließlich den Zusammenhang mit dem Hofrat verlor. Er wurde allmählich zur höchsten Zentralstelle des Landes, in der alle Fäden der Regierung zusammenliefen. Er wurde die dem Hofrat und den anderen Behörden vorgesetzte Behörde, die in den Geschäftskreis dieser Stellen eingreifen konnte und letzte Gutachten abgab, die oft den Ausschlag gaben. Der Geheime Rat war die angesehenste Zentralbehörde des Landes, die das hierarchische Behördensystem krönte.¹⁶

In der Pfalz finden sich Nachrichten über die ersten Anfänge eines Geheimen Ratskollegiums in der Kanzleiordnung des

12. M. J. Neudegger, Beiträge zur Geschichte der Behördenorganisation in Bayern. Teil 5. Geschichte des Geheimen Rates. S. 80/81.

13. Wolf, Geschichte Maximilians und des dreißigjährigen Krieges. I. S. 99.

14. E. Rosenthal, Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation in Bayern. Bd. II. S. 235.

15. E. Rosenthal a. a. O. I. S. 539.

16. E. Rosenthal a. a. O. I. S. 540.

Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm um 1557 etwa. Ueber die geheime Kanzlei erklärt der Markgraf,¹⁷ daß er aus der Mitte der Hofbeamten „sonderbar vertraute Personen“ erwählen wolle, deren Rats er nach Gelegenheit einer oder der anderen Sache gebrauchen werde. Es handelte sich hier um Angelegenheiten des fürstlichen Hauses und die wichtigsten Staatsangelegenheiten. Aber auch hier findet keine Begrenzung der Zuständigkeit statt, es heißt: „wie auch all dasjenige, so wir geheim zu halten befehlen werden, zu solcher unserer geheimen Kanzlei soll gezogen werden.“¹⁸

Eine feste Organisation hatte dies Kollegium der Geheimen Räte aber noch nicht, denn der Pfalzgraf behielt sich vor, diejenigen Geheimen Räte zu bezeichnen, welche zu einer bestimmten Sitzung berufen werden sollten.

Gegen Ende des Jahrhunderts erschien dieser Rat aber als Oberrat mit kollegialer Verfassung fest formiert. Moritz Ritter schildert ihn:¹⁹

„Nun bestand in Heidelberg zur Leitung der äußeren Angelegenheiten und zur Behandlung von Fragen der evangelischen Korrespondierenden ein kollegialisch eingerichteter Oberrat. Nach einer vom Kurfürsten Ottheinrich erlassenen Kanzleiordnung zählte derselbe als vornehmste Mitglieder einen adeligen Großhofmeister, einen rechtsgelehrten Kanzler und adeligen Marschall. Nach ihnen kamen sechs Räte, von denen drei oder vier von Adel, die anderen vom Stande der Rechtsgelehrten sein sollten, alle womöglich in der Pfalz geboren und seßhaft. Wichtige Angelegenheiten wurden von diesem Kollegium unter Vorsitz des Großhofmeisters beraten, das Ergebnis der Beratungen dem Kurfürsten, — falls derselbe nicht zugegen war und unmittelbar den Ausschlag gab — als schriftliches Gutachten zur Entschließung übergeben. Bei verschiedenen Meinungen pflegte der Vorsitzende den Schluß nach der Majorität zu machen, konnte ihn aber auch aus dem Votum der Minorität bilden, wenn ihm dieses besser gegründet erschien.“

17. Mitgeteilt bei Rosenthal, Behördenorganisation Ferdinands I. Archiv für österreichische Geschichte. 69. S. 87.

18. Rosenthal, Archiv für österreichische Geschichte. 69. S. 87.

19. Ritter, Briefe und Akten zur Geschichte des dreißigjährigen Krieges (B. A.) I. S. 55.

Nicht anders als in den übrigen Territorien zeigt sich die Entwicklung des Geheimen Rats im Kurfürstentum Sachsen. Auch hier ist dieses Kollegium aus dem Schoße des Hofrates der Regierung, hervorgegangen. In der Regimentsordnung von 1548 bestimmte Kurfürst Moriz zwei der Hofräte neben dem Hofmeister „zu unsern eigenen und geheimen Sachen“, ²⁰ wahrte aber den Zusammenhang dieser drei durch das besondere Vertrauen des Landesherrn ausgezeichneten Räte mit dem Hofratskollegium, welchem sie angehörten, durch die Anordnung, daß, wenn so wichtige Sachen zur Entscheidung vorlägen, daß sie mehrerer Leute Rats bedürftig, sie solche den anderen Hofräten zur Beratschlagung übergeben sollten. Ein weiterer Schritt in der Richtung der Abschließung des Geheimen Ratskollegiums erfolgte unter Kurfürst August, dessen Rats- und Kanzleiordnung von 1556 schon einige Geheime Räte auf kurfürstlichen Befehl außerhalb des gemeinen Rates zu Beratungen in einem besonderen Lokal zusammentreten ließ. Hier waren alle Keime zur kollegialen Verfassung gegeben, es fehlte nur die Stetigkeit und die Regelmäßigkeit der Sitzungen, denn bis jetzt bedurfte es immer ausdrücklichen Befehls des Kurfürsten, um die Aktivität der geheimen Räte zu veranlassen.

Am 15. April 1574 erfolgte die Formierung des Geheimen Rates zu einem eigenen Kollegium. Die an diesem Tage erlassene Instruktion ist nicht erhalten. Aus den überlieferten Sitzungsprotokollen geht hervor, daß die Wirksamkeit dieser sächsischen Geheimen Räte ähnlich der in anderen Territorien gewesen ist.

Unter Kurfürst Christian I. trat eine Rückbildung der Behörde ein dadurch, daß er 1589 die Geheimen und die Hofräte wieder in einem Rat zusammenzog. ²¹

Diese Auflösung des Kollegiums kann man wohl in religiösen Motiven suchen. ²² Unter Christian I. wurde die Konkordienformel in Sachsen aufgehoben. Die meisten sächsischen Beamten waren aber heftige Verteidiger dieser Formel, an der

20. Rosenthal, Archiv für österreichische Geschichte. 69. S. 90.

21. Rosenthal, Archiv für österreichische Geschichte. 69. S. 91.

22. M. Ritter, Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation II, S. 45.

Spitze der oberste rechtsgelehrte Rat, der Kanzler Dr. David Peifer. Dem Vertrauten des Kurfürsten, Crell, gelang es, den Einfluß dieser sturen Lutheraner zurückzudrängen; er wurde an Stelle von Peifer Kanzler, worauf die Auflösung des Geheimen Rates erfolgte. Der Zweck dieser Maßnahme war, die Leitung der sächsischen Politik aus dem uneinigen Geheimen Ratskollegium in die Hände Crells und einiger seiner Vertrauten zu legen, was auch gelang.

Das Bedürfnis nach einem Geheimen Rate bestand aber fort. Diese Schwierigkeit wurde gelöst, indem an die Stelle des permanenten Kollegiums im Bedarfsfalle ein ad hoc vom Kurfürsten aus dem Kreise der Hofräte berufenes Kollegium zusammentrat. Es war also nichts anderes als eine Kommission der Regierung, welche jedesmal für solche vertrauten Sachen gebildet wurde. Auf strenge Trennung dieser Sachen von den übrigen Geschäften wurde sehr gesehen, denn diese Sachen sollten in derselben Stube, „so bisher unsere geheimen Räte innegehabt,“ erledigt werden. Man unterband also die Existenz des Geheimen Rates und schraubte die Verhältnisse einfach auf den Zustand von 1556 zurück.²³

Nach dem Tode Christians I. wurde der Geheime Rat wieder hergestellt. Die kollegialische Verfassung dieser Behörde erhielt sich und festigte sich immer mehr. Der Geheime Rat blieb die höchste Zentralbehörde, für deren unversehrten Bestand sich auch die Stände lebhaft zu interessieren begannen, so daß ihnen 1705 ausdrücklich zugesichert wurde, daß die Bundessachen stets vor dem gesamten Geheimen Kollegium traktiert werden sollten.²⁴

Wenn man die Entstehungsgeschichte dieser Geheimratskollegien nebeneinanderstellt und vergleichend betrachtet, so zeigt sich eine sehr starke Analogie in der Entwicklung des einzelnen Geheimen Rates. Sie entstehen alle aus der Notwendigkeit heraus, die ständig anwachsende Last der Regierungsgeschäfte systematisch sach- und fachgemäß zu erledigen. Dabei entwickelt sich in Süddeutschland das Kollegium der Geheimen Räte aus dem allgemeinen Hofrat heraus; es ist anfangs ein „Ausbruch“ aus dem Hofrat.

23. Rosenthal, Archiv für österreichische Geschichte. 69. S. 92.

24. Rosenthal, Archiv für österreichische Geschichte. 69. S. 92.

B. Das Geheime Ratskollegium in Brandenburg.

I. Die Entstehung 1604.

Lange Zeit hat man auch für den Geheimen Rat in Brandenburg eine gleiche Entwicklung angenommen; man meinte, er habe sich allmählich aus der Ratstube heraus entwickelt. Auf Grund der neuesten Forschungen hat sich aber herausgestellt, daß der Geheime Rat in Brandenburg eine andere Entstehungsgeschichte aufzuweisen hat als in den süddeutschen Territorien.¹

Aus Aufzeichnungen des Lehnsekretärs Nickel Kötteritzsch über die Zeremonien bei der Beamtenvereidigung beim Regierungsantritt des Kurfürsten Joachim Friedrich 1598 erhalten wir wertvolle Aufschlüsse über die Stellung der Geheimen Räte in Brandenburg. Hieraus geht hervor, daß in Brandenburg der Geheime Rat sich nicht als ein „Ausbruch“ aus dem allgemeinen Hofrat, hier Ratstube genannt, entwickelt hat, wenn auch die Geheimen Räte zum Teil noch Mitglieder der Ratstube waren. Diese Tatsachen ergeben sich aus den Bestallungen für die Geheimen Räte, von denen die Albrechts von Schlieben vom 27. Februar 1598 überliefert ist.² Hiernach ist die Ratstube zu dieser Zeit ausschließlich für die Rechtspflege bestimmt, während die Geheimen Räte den Kurfürsten lose umgeben, um ihn bei den Regierungsgeschäften zu unterstützen. Nur auf besonderen Befehl des Kurfürsten oder Kanzlers erscheinen sie in der Ratstube, um bei der Rechtspflege mitzuwirken; ein Umstand, der wohl gegen die ordentliche Mitgliedschaft spricht. Die Geheimen Räte für die eigentlichen Regierungshandlungen

1. Melle Klinkenberg, Ratstube und Kanzlei in Brandenburg im 16. Jahrhundert. Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte. B. 26 S. 413 ff.

2. Mitgeteilt bei Klinkenberg, a. a. O. S. 417.

befinden sich in der Umgebung des Kurfürsten ohne feste Organisation.

Etwas nach dieser Zeit werden die Geheimen Räte selbst verpflichtet, dem „Ratschlag“ beizuwohnen, somit eine kollegiale Beratung für sie eingeführt. Der Schlußakt dieser Entwicklung ist dann durch die Geheime Ratsordnung von 1604 erfolgt, der ihnen die feste Organisation gab, um eine einheitliche Geschäftsführung in den kurfürstlichen Regierungshandlungen zu sichern.³

Die Trennung der politischen Fragen von der Ratstube ist nicht erst unter Joachim Friedrich erfolgt. Schon Kurfürst Joachim II. hat sich in seiner Hofordnung von 1537 die Erledigung der politischen Angelegenheiten durchaus vorbehalten. Er selbst traf ohne vorherige Beratung die Entscheidung in politischen Fragen.⁴

Bei der Frage der Errichtung des Geheimen Rates müssen über den Erlaß des Organisationsstatuts dieses Kollegiums lange Verhandlungen zwischen zwei sich am Hofe bekämpfenden Parteien unter den Geheimen Räten stattgefunden haben. Für die Ratsordnung liegen uns zwei Aktenstücke vor; ein kurzer erster Entwurf⁵ und die endgültige Ordnung vom 13. Dezember 1604, die in zwei Fassungen vorliegt. Die erste Fassung ist offenbar dem Kanzler vorgelegt worden zur Begutachtung, der mehrere Ausstellungen gemacht hat, die aber in die endgültige vollzogene Fassung nicht aufgenommen worden sind. Der Entwurf⁶ ist so kurz und allgemein gehalten, daß man von einer epochemachenden Neueinrichtung eigentlich nichts spüren kann. Es wird nur den namentlich aufgeführten Räten befohlen, täglich zur Ratstube zu kommen zur Beratung der wichtigen Staatsangelegenheiten. Die Rentabilität der Ämter und Domänen wird ihrer besonderen Beachtung empfohlen. Die dritte Aufgabe ist die sorgfältige Verfolgung der Frage der brandenbur-

3. Klinkenberg, a. a. O. S. 419.

4. M. Haß, Die Hofordnung Kurfürst Joachim II. von Brandenburg, S. 34.

5. Für das Folgende wurden hauptsächlich benutzt: Acta Brandenburgica. Brandenburgische Regierungsakten seit der Begründung des Geheimen Rates 1604—1608 hrsg. von Melle Klinkenberg. (A. Br.)

6. A. Br. I. S. 90 Nr. 38.

gischen Exspektanzen. Das einzig Neue war, daß dem Ratskollegium ein Sekretär beigegeben wurde, der dem Kurfürsten jederzeit Bericht über die Verhandlungen an Hand von Protokollen erstatten sollte. Das Schriftstück macht in seiner kurzen, nur das Allgemeine berührenden Art ganz den Eindruck als ob die bestehenden Gewohnheiten und Bestimmungen über das Wesen und Wirken der Geheimen Räte neu zusammengefaßt und wieder in Erinnerung gebracht werden sollten. Von einer wesentlichen Neuerung in der Art der Regierung ist eigentlich nichts zu spüren.⁷ Wie anders nimmt sich dagegen die endgültige erlassene Geheime Ratsordnung aus! Hier wird systematisch der ganze Regierungsapparat behandelt und genau bis in die Einzelheiten geregelt.⁸ Hier ist auch das Motiv der Konstituierung angedeutet. Einmal sind es die „hochangelegenen beschwerlichen Sachen“ und zweitens die „Exempel anderer wohlbestallter Politien und Regimenten“.

Unter den hochangelegenen beschwerlichen Sachen nahmen die Preußische und die Jülichische Erbfolgefrage den ersten Rang ein. In Preußen war mit dem Tode Georg Friedrichs von Ansbach 1603 die Frage der Kuratel und Sukzession akut geworden, und in Jülich warteten alle Prätendenten auf den Tod des geisteskranken Herzogs Johann Wilhelm und suchten sich schon vorher ihren Anteil zu sichern.

Mit dem Vorsitz im Geheimen Rat wurde der Graf Schlick betraut, doch war dies mehr eine Ehrenstellung, wie es auch im Schluß der Ordnung angedeutet wurde.⁹ Zweiter Vorsitzender wurde der Freiherr von Rheydt, dem im Range der Kanzler Johann von Löben folgte. Im ganzen gehörten neun Geheime Räte zum Kollegium.

In der Instruktion wird zuerst die Geschäftsordnung des Geheimen Rates festgelegt. Es herrschte kollegialische Beratung. Jedem Mitglied wird Rede- und Stimmfreiheit zugesichert. Dies wird sehr scharf betont mit den Worten: jeder „soll dahin bedacht sein, was der Sachen Notturft erfordert,

7. O. Hintze Calvinismus und Staatsräson in Brandenburg im 17. Jahrhundert. *Histor. Zeitschrift* 144 S. 277.

8. A. Br. I. S. 91 Nr. 40.

9. A. Br. I. S. 96 Nr. 40.

und nicht, was seiner Vorsassen Meinung ist, ohne jemandtessen Ansehen in Mittel bringen und votiren.“ Der Kurfürst wollte also eine vorurteilslose objektive Beratung aller Fragen sicher gestellt haben; wie weit das gelungen ist, wird noch festzustellen sein.

Die Beschlußfassung erfolgt nach Stimmenmehrheit, obwohl „an ihme selbst billich und den Sachen vortrefflich, das die vota vielmehr ponderirt als numeriert werden sollen.“ Kommt kein einstimmiger Beschluß zustande, so sollen beide Meinungen mit Begründung vom geheimen Sekretär fixiert und von den Räten unterschrieben dem Kurfürsten vorgelegt werden. Aus diesen Bestimmungen kann man vielleicht entnehmen, daß der Kurfürst gewillt war, einstimmige Beschlüsse seines Geheimen Rates ohne weiteres zu genehmigen und sich nur die Beschlüsse zur endgültigen Entscheidung vorbehielt, die mit Stimmenmehrheit gefaßt waren. Es spielte hierbei vielleicht noch die Erinnerung an die mittelalterliche Anschauung mit, nach der nur ein einstimmig gefaßter Beschluß Gültigkeit besaß, ein nur mit Stimmenmehrheit zustande gekommener eben kein Beschluß war.

Alle Eingänge werden dem Kurfürsten zugestellt, der von sich aus die Verteilung vornimmt und auch die Art der Behandlung bestimmt. Hierfür sind drei Möglichkeiten vorgesehen: Selbständige Entscheidung des Kurfürsten, Beratung mit einzelnen Räten und kollegialische Behandlung im Geheimen Rat.

Zur Außenpolitik, die dem Geheimen Rat als vornehmstes Arbeitsgebiet zugewiesen ist, wird außer den Erbfolgefragen, die in jener Zeit den Vorrang einnehmen, die Erhaltung des Profan- und auch des Religionsfriedens gerechnet. Hier wird allerdings eine Einschränkung gemacht, denn, „wofern aber in Religionsachen Mißhelligkeiten oder dergleichen etwas einfihle und in den geheimen Rat kehme, sollen unsern geheimbte Räth sich dessen nicht anmaßen, sondern solches alsovorth in unser geistlich Consistorium weißen, so dan alle dieselbe Sachen inhalts unser Consistorial- und andere dergleichen Ordnung (so uf unsere wahre Augspurgischen Confession . . . gegründet sind) zur Billigkeit sollen entscheiden und erörtert werden.“¹⁰

10. A. Br. I. S. 94. Nr. 40.

Diese Einschränkung, daß Mißhelligkeiten in Religions-sachen dem Geheimen Rat entzogen und dem streng lutherischen Konsistorium überwiesen werden, ist bemerkenswert. Es zeigt sich hier die strenge Intoleranz der Lutheraner, denn im Geheimen Rat saßen auch ausgesprochene Calvinisten. Es sollten also Religionsfragen politischer Art nur unter dem Gesichtspunkt der in Brandenburg anerkannten Konfession entschieden werden. Ein Zeichen der Engherzigkeit der strengen Lutheraner, die noch zu vielen Reibungen Anlaß geben sollte.

Wirtschafts- und Handelspolitik gehören mit zu den Arbeitsgebieten des Kollegiums. Das kurfürstliche Kammergut soll in Acht genommen werden. Die Amts- und Kammerräte sollen mit den Geheimen Räten zur Beratung wichtiger Wirtschaftsfragen gemeinsam tagen. Auch der Versuch geordneter Finanzwirtschaft ist angedeutet mit den Worten: „inmaßen sie dan auch ingemein dahin sollen trachten, das die Zahlungen anders nicht, als wie man sie erfolgen kan, versprochen, so auch zu Erhaltung Treu und Glaubens richtig ausgebracht und alle vorkleinerlichen Nachrehdenn verhuetet werden.“

Bei der Handelspolitik wird nur auf die Schifffahrt Bedacht genommen. Diese soll durch eine gute Polizeiordnung wieder in Gang gebracht werden und es sollen die Sperren nach Hamburg und Stettin beseitigt werden.

Am erstaunlichsten für jene Zeit ist wohl der Absatz, der sich mit der „Defension und Vorsicherung der Lande“ befaßt. Er erklärt: Cum tempore pacis de bello cogitandum, so solle auf Instandhaltung der Festungen des Landes und der anderen Verteidigungsmittel gute Acht gehalten werden. Nicht erst im Augenblick der Kriegsgefahr soll das Land in Verteidigungszustand gesetzt werden, sondern die Festungen und anderen Wehren sollen jederzeit in Ordnung sein. Ein Zeichen, daß man den Staat als Macht in der Politik anzusehen beginnt und sein Gewicht jederzeit in die Wagschale werfen will, wenn auch noch Aufrechterhaltung des Religions- und Profanfriedens als oberstes Ziel angegeben werden.

Wenn man die Geheime Ratsordnung als Ganzes betrachtet und sie dem Entwurf gegenüberstellt, so besteht doch ein großer Unterschied und man darf wohl auch behaupten, ein Fortschritt.

Gewiß, der Geheime Rat tagt nur zweimal wöchentlich anstatt täglich wie im Entwurf vorgesehen war. Aber in der Ratsordnung ist neben der Regelung des Geschäftsbetriebes des Kollegiums auch ein fest umrissenes Regierungsprogramm aufgestellt, das unter Berücksichtigung der damaligen politischen Anschauungen als großzügig und weitblickend angesprochen werden kann. Einen außerbrandenburgischen Einfluß werden wir hier annehmen müssen, über den noch Näheres zu sagen sein wird. Hier folgt erst die Frage der Zuständigkeit des Geheimen Rates.

Das Kollegium war zuständig auf so ziemlich allen für die damalige Zeit wichtigen Gebieten abgesehen von der Rechtspflege. Es waren dies Außenpolitik, Wirtschafts-, Finanz- und Handelsfragen und die Landesverteidigung. Hinzu kamen alle anderen Fragen, die der Kurfürst dem Kollegium zu überweisen für gut hielt, worunter auch Fragen der Rechtspflege waren. Dafür spricht ein Erlaß des Kurfürsten an die Geheimen Räte vom 26. Dezember 1604.¹¹ Er gibt dort die Besetzung des Kammergerichts an und fährt dann fort: „Begehren demnach gnediglich, wollet an unser Stadt nicht allein verordnen, das es vorters mit der Besetzung möge gehalten werden, sondern euch auch von ermelten unseren Canzlern und Cammergerichtsrethen die Mengel, so etwa in einem und dem andern beim Cammergericht vorgehen, referiren lassen, vorters insgesamt mit allen Vleiß, wie dieselben zu reformieren und abzuheffen, uf bequeme Mittel gedenken und uns dieselben unterthenigst eröffnen, wollen wir uns nach Befindung darauf in Gnaden resolvieren.“

Eine Exekutivgewalt hat diese Behörde nicht erhalten, sondern sie mußte alle ihre Beschlüsse dem Kurfürsten zur Entscheidung vorlegen, wie auch der Kurfürst von sich aus bestimmte, was der Geheime Rat zu bearbeiten hatte.

Das Kollegium der neuen Behörde vereinigte in sich die verschiedensten Charaktere nach Abstammung und Anschauungen, die oft diametral entgegengesetzt waren, was der sachlichen Arbeit nicht eben förderlich war.

Der Präsident des Rates, Hieronymus Schlick, Graf zu Bassano und Weißkirchen, stammte aus altem böhmischen

11. A. Br. I. S. 112. Nr. 54.

Adel. Seine Familie war in Böhmen reich begütert. Joachim Friedrich lernte ihn in Dresden kennen und zog ihn an seinen Hof in Halle. 1598 wurde Schlick nach dem Regierungsantritt seines Herrn Oberstkämmerer in Brandenburg. Diese Tätigkeit nahm ihn auch hauptsächlich in Anspruch, so daß er nur höchst selten an der Arbeit des Geheimen Rates teilnehmen konnte. Sein Vorsitz war sicher mehr eine Angelegenheit der Auszeichnung; aber sie hatte auch wohl den Zweck, zwei so verschiedene Charaktere wie Rheydt und Löben zu sachlicher Arbeit einigermaßen an einen Tisch zu bringen, von denen der eine unter des anderen Präsidentschaft wohl kaum mitgearbeitet haben würde. Sonderlich beliebt war Schlick in Brandenburg nicht, schon als Ausländer; man nannte ihn allgemein den „dicken Behmen“ und beschuldigte ihn später auch unrechtmäßiger Bereicherung.

Der zweite in der Rangordnung der Geheimen Räte war Ottheinrich von Bylandt, Freiherr zu Rheydt und Prembt. Er stammte aus den Rheinlanden und war als Calvinist in seiner Heimat der Führer der protestantisch-ständischen Opposition, der Patrioten, gewesen, die die Jülicher Landesregierung heftig bekämpfte im Einvernehmen mit den protestantischen Erbprätendenten und den Niederlanden, da die Landesräte im Sinne der spanisch - österreichisch - katholischen Partei arbeiteten. Rheydt mußte vor der spanischen Soldateska aus seiner Heimat weichen, wollte er nicht wie sein Vorgänger in der Parteiführung, Graf Whyrich von Daun, ermordet werden. Er wurde Kriegsoberst und Rat bei Markgraf Georg Friedrich von Ansbach, der ihn hauptsächlich in den preußischen Angelegenheiten verwendete. Hier erwarb er sich das Vertrauen der Herzogin Marie Eleonore von Preußen. Nach dem Tode Georg Friedrichs 1603 kam er an den Hof Joachim Friedrichs und wurde hier der vertraute Berater des Markgrafen Johann Sigismund. Rheydt war weiter in der Welt umhergekommen als die meisten brandenburgischen Räte. Er hatte so Gelegenheit gehabt, sich ein bedeutend größeres Blickfeld zu erwerben, das auch seine staatspolitischen Anschauungen großzügiger werden ließ. In diesen Anschauungen wurde er noch bestärkt bei seinem Aufenthalt in Heidelberg Anfang 1604, wo er im Auftrage des Markgrafen

Johann Sigismund mit der Pfalz Verhandlungen wegen der Jülicher Erbfolge führte. Es wurde ein Bündnis verabredet, das auch auf die Niederlande ausgedehnt werden sollte. Bei diesen Verhandlungen ist immer wieder das „gemeine Wesen“ stark betont worden, das man gegen Papisten und Spanier verteidigen müßte. Kurfürst Friedrich IV. von der Pfalz gab hierüber Rheydt noch ein besonderes Memorial mit.¹² Darin heißt es: ...sonderlich aber, daß man solche (Zusammensetzung) auch auf das gemeine Wesen zu richten vor eine höchste Notturft er-messen, außerhalb dessen sonst das Particularwerk wenig nutzen würde. Denn weile offenbahr, wie von wenigen itziger Zeit solchs in Acht genommen würde, sonder ein jeder uf sein Privatsachen sehe, das Gemein abgehen ließe wie es ginge, so nehme des Pabst und Spaniers Praktiken je mehr und mehr zu, würden hin und wieder so wohl mit Gewalt als kayserlichen Hofprocessen underm Schein Rechters durchgetrieben; ...“ Die Evangelischen dagegen wären weiter uneinig, und so würde es noch zur völligen Unterdrückung des Protestantismus kommen, wenn es so weiter ginge. Kurpfalz verlangte also eine europä-ische Politik unter großen Gesichtspunkten; eine protestantische Einheitsfront sollte dem Katholizismus entgegengestellt werden. Hier am Rhein herrschte eine Atmosphäre der Politik im großen Stil, wie sie Rheydt schon von seiner Heimat her bekannt war.

In Heidelberg lernte er auch den schon erwähnten gut organisierten Oberrat kennen,¹³ der die Führung einer solchen Politik außerordentlich erleichterte und unterstützte.

Aus dieser Atmosphäre der Internationalität kam Rheydt nach Brandenburg in das Stilleben des Territorialstaates. Da muß man annehmen, daß er als Geheimer Rat des Kurfürsten und als Vertrauter des Markgrafen seine Ideen und Ansichten von Staatspolitik zur Sprache brachte. Hierbei stieß er auf den Kanzler Johann von Löben, der die bisherige Politik der Ruhe heftig verteidigte. Aber die Widerstände wurden bald geringer, wie aus einem Briefe des Sekretärs des Markgrafen, Reichart Beyer, vom Mai 1604 entnommen werden kann.¹⁴ Die Folge

12. A. Br. I. S. 26. Nr. 5.

13. Vgl. S. 11.

14. A. Br. I. S. 14. Anm. 1.

dieses Umschwunges ist dann Rheydts Mission nach Heidelberg gewesen.

Wenn man diese Umstände bedenkt, wird man zu der Annahme gedrängt, daß Rheydt einen gewissen Einfluß auf Schaffung und Gestaltung des Geheimen Rates von 1604 genommen hat. Er war am kurfürstlichen Hofe zu Berlin und im Geheimen Rate der Hauptvertreter einer energischen Machtpolitik Brandenburgs.

Von ganz anderer Art war Rheydts großer Gegenspieler, der Kanzler Johann von Löben.

Löben war ein Märker aus altem Geschlecht, das schon 1315 urkundlich erwähnt wird. Mit 25 Jahren kam Löben 1587 an den Hof des Administrators von Magdeburg, Joachim Friedrich, und wußte sich in kurzer Zeit das Vertrauen seines Vorgesetzten zu erwerben und sich dem Kanzler Meckbach unentbehrlich zu machen. Er wurde dann Vizekanzler, und Meckbach riet dem Markgrafen dringend, diesen jungen Mann, der viele anderweitige Anerbietungen erhalten hätte, ja nicht aus den Händen zu lassen, da gleiche Qualitäten wie er besäße, nicht bei allen zu finden wären. Löben wäre beredt, gelehrt, unverdrossen und meinte es auch mit dem Hofe und dem Lande gleich gut.

1598 übernahm Joachim Friedrich ihn nach Brandenburg und machte ihn zum Kanzler. Löben erhielt damit den wichtigsten Posten für die Verwaltung und Regierung des Landes. Nur war er leider nicht die Persönlichkeit, um ihn in den schwierigen Zeiten voll ausfüllen zu können. Jülich, Preußen und Straßburg stellten damals die größten Anforderungen an die brandenburgische Politik. Sein brennender Ehrgeiz, den eine handschriftliche Biographie Christian Distelmeiers bezeugt,¹⁵ hatte ihn auf diesen Posten geführt. Doch er war nicht so verantwortungsfreudig, eine tatkräftigere Politik als seine Vorgänger zu führen. Die schwierigen Verhältnisse ließen ihn die Einrichtung eines Geheimen Rates begünstigen. Bald trieb ihn hier aber sein Ehrgeiz dazu, seine Kollegen zurückzudrängen und alle Geschäfte in seiner Hand wieder zu vereinigen.

15. Mitgeteilt bei A. Stölzel, Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung I. S. 281.

Von den Vorkämpfern des deutschen Protestantismus wurde Löben bald als der Vater aller Hindernisse erkannt.¹⁶ Er betonte gern seine lutherische Rechtgläubigkeit und wurde so mehr der Fortsetzer der Politik des Kurfürsten Johann Georg, auch in dem Bestreben nach guten Beziehungen zum Kaiser.

Mit diesen politischen Zielen wurde Löben der heftigste Gegner der politischen Anschauungen des Freiherrn von Rheydt, der für den Fortschritt in der Staatspolitik eintrat. Diese Gegensätze bewirkten, daß die Tätigkeit des Geheimen Rates nur den Rahmen bildete für den Zweikampf Löben gegen Rheydt, wodurch die Wirksamkeit des Kollegiums fast völlig lahm gelegt wurde.

Christoph von Waldenfels war ein Franke von Geburt. Er war Geheimer Rat am Hofe Georg Friedrichs von Ansbach. Joachim Friedrich hatte ihn in seine Magdeburger Dienste gezogen und 1598 mit in die Mark genommen. Waldenfels war hier als Geheimer Rat von Hause aus sein vertrauter Diener.

An den fremden Fürstenhöfen hatte man sich von dem Eintritt Waldenfels' in brandenburgische Dienste eine Wandlung in der Politik und die Schaffung eines Gegengewichtes gegen Löben versprochen. Christian von Anhalt gab damals der Hoffnung Ausdruck¹⁷ „daß der von Waldenfels den Beitritt Brandenburgs zu einer evangelischen Union nicht widerraten noch hinziehen werde, wie bei des von Löben Direction zu befaren gewesen.“ In dieser Hoffnung sah sich Christian von Anhalt aber sehr getäuscht, denn Waldenfels schloß sich eng an den Kanzler an und unterstützte dessen streng lutherische Politik beim Kurfürsten.

Gleichfalls aus der Magdeburger Zeit datierte das Ratsverhältnis des Hieronymus von Dieskau. Dieser, aus dem Saalkreis gebürtig, scheint sich eines besonderen Vertrauens des Kurfürsten erfreut zu haben, da er fast stets in seiner Begleitung zu finden ist. Dieskau zeichnete sich durch regelmäßige Teilnahme an den Arbeiten des Geheimen Rates aus.

16. Vgl. Briefe und Aktenstücke I. S. 419.

17. B. A. I. S. 419.

In seinem Falle ist zu erkennen, daß bei den Mitgliedern des Geheimen Rates die persönlichen Lehnverhältnisse nicht übersehen wurden. So wissen wir, daß Dieskau, der gleichzeitig sächsischer Lehnsmann war, von allen Verhandlungen, die gegen das Haus Sachsen gerichtet waren, befreit war.¹⁸

Der Vizekanzler Christoph Benckendorff trat wenig in den Vordergrund. Als Vizekanzler unterstand ihm die Ratstube, das spätere Kammergericht. Er ist 1605 auf dem Warschauer Reichstag gestorben, an dem er als kurbrandenburgischer Gesandter teilnahm.

Dr. Friedrich Pruckmann stammt aus Frankfurt a/O. Er wird in jungen Jahren in den kurfürstlichen Dienst berufen und bald auch zu diplomatischen Missionen herangezogen. So ist er schon 1597 und 1603 auf dem Reichstag zu Regensburg. 1606 wurde er als Nachfolger Benckendorffs Vizekanzler. Was Pruckmann dem Kurfürsten Joachim Friedrich und mehr noch seinem Sohne Johann Sigismund persönlich nahe brachte, war seine Parteistellung in den Religionsangelegenheiten. Er gehörte jener gemäßigten religiösen Richtung an, die Johann Sigismund zu seinem Übertritt zur reformierten Kirche geführt hat.¹⁹ Auch in seiner höheren Amtsstellung hat Pruckmann, den gewandte Rede und gewinnendes Wesen besonders geeignet machten, neben seinen Berufsgeschäften oft diplomatische Aufträge übernehmen müssen.

Joachim Hübner war der Sohn von Thomas Hübner, dem Lehrer und Erzieher Joachim Friedrichs. Sie kamen aus Dänemark. Joachim Hübner war reformiert und im Geheimen Rat der eifrigste Sekundant Rheydts. Als es 1606 zu einem schweren Zusammenstoß zwischen ihm und Löben kam in Fragen der Geschäftsordnung, nahm er seinen Abschied und trat in dänische Dienste zurück.

Simon Ulrich Pistoris²⁰ auf Seuselitz und Kirschstein war der Sproß einer Leipziger Gelehrtenfamilie. 1600 wurde er brandenburgischer Hofrat und bald danach Geheimer Rat. In dieser

19. K. Lohmeyer, Allgem. deutsche Biographie Bd. 26. S. 672.

20. Eisenhart, Allgem. deutsche Biographie Bd. 26. S. 192.

Eigenschaft wurde er öfters zu politischen Sendungen namentlich nach Cleve verwendet. Im Geheimen Rat ist er wohl am regelmäÙigsten zugegen gewesen.

Pistoris war reformiert geworden und ein eifriges Mitglied der Berliner Gemeinde. Infolge einer lebhaften Anteilnahme an allen kirchlichen Vorgängen wurde er auch in diese Streitigkeiten persönlich verwickelt. Politisch ist er im Geheimen Rat nicht sehr hervorgetreten. Obwohl reformiert, trat er doch nicht so scharf wie Rheydt und Hübner auf und vermied so Konflikte mit dem Kanzler. Gegen Ende der Regierung Joachim Friedrichs führte er fast allein mit dem Kanzler die Geschäfte des Geheimen Rates in Berlin.

Die Zusammensetzung des Geheimen Ratskollegiums zeigt deutlich, daß Joachim Friedrich nicht gewillt war, einen Indigenat der märkischen Stände anzuerkennen. Der Kurfürst wählte sich seine obersten Berater, wo er sie fand und wie sie ihm seinen Interessen am meisten zu entsprechen schienen. Auch von einer Bevorzugung des Adels kann man kaum sprechen, denn fünf adlige standen vier bürgerlichen Räten gegenüber. Dieses freimütige Prinzip hatte aber auch gewisse Nachteile zur Folge. Brandenburger standen Ausländern gegenüber; strenge Lutheraner mußten sich mit kampffreudigen und nicht minder strengen Calvinisten an einen Tisch setzen. Zu bedenken ist ferner, daß in jener Zeit alle Teile des Volkes mit größter Leidenschaft an allen konfessionellen Streitigkeiten teilnahmen und in einer steten tiefen Erregung sich befanden. Lutheraner und Calvinisten bekämpften sich vielfach mit größerer Heftigkeit als Protestanten und Katholiken. Bei der Fülle der akuten religionspolitischen Probleme in jener Zeit — fast jeder Landerwerb und jede Erbfolgefrage hatten eine religionspolitische Seite — war fast mit Sicherheit vorauszusehen, daß bei dieser Zusammensetzung des Geheimen Rates die Gegensätze hart aufeinander stoßen mußten. Die Folge davon mußte sein, daß die Tätigkeit dieser Behörde stark gehemmt, wenn nicht ganz illusorisch gemacht wurde. Im gewissen Sinne muß Joachim Friedrich die Möglichkeit dieser Streitigkeiten dunkel

geahnt und gefürchtet haben. Denn am Schluß der Ratsordnung steht die Mahnung:²¹ „Schließlichen . . . wollen wir allein unsere geheime Räth gnedigst ermahnet und ihnen bevohlen haben, . . . einander nichts Schimpfliches nachrehden, sondern in getreuen Herzen und aller guten Freundschaft meinen und zusammensetzen“

Zu diesen Mängeln personaler Art traten auch Merkmale sachlicher Unvollkommenheit. Für die heutige Anschauung fällt besonders auf, daß sich grundsätzlich alle Mitglieder des Rates mit allen Fragen beschäftigten. Keiner hatte ein besonderes Gebiet zu bearbeiten, das er bis in alle Einzelheiten ergründete und beherrschte. Fachbearbeiter gab es noch nicht. Der Grund dafür ist sicher gewesen, daß man keine willkürliche Behandlung einzelner Fragen aufkommen lassen wollte. Dem stand aber als Sicherung entgegen, daß die Behörde rein kollegial organisiert war und Beschlüsse nur im Plenum gefaßt werden konnten. Daß aber auch schon damals die Vorteile von Fachbearbeitern und Arbeitsteilung geahnt wurden, zeigt die Ratsordnung trotz ihrer gegenteiligen Bestimmungen über die Organisation. Wie anders soll man sonst die Bemerkung deuten:²² „Do aber etwa einer in einer Sach vor andern gebraucht und dabei herkommen, lassen wir in Gnaden geschehen, das derselbe erstlich statum causae narrire und sein votum eröffne, damit den andern merita causae viel besser bekant werde, und ein jeder mit desto mehrn Grund sein Bedenken auch anmelden könne“, . . . Diese Spezialbearbeitung einzelner Fragenkomplexe blieb aber noch dem Zufall und der Freiwilligkeit der Räte überlassen. Noch war kein Ratsmitglied zur Vorbereitung auf die Ratssitzung verpflichtet. Diese Vorbereitung wurde geradezu erschwert durch die Bestimmung:²³ „es soll keinen verstatet werden, ichtwas in sein Haus ohne Vorwilligung der andern zu tragen, es wehre dan Sach, das er solches in sonderbahrer ihme ufgetragner Vorrichtung bedörftig“ . . .

Wenn man die damaligen Verhältnisse berücksichtigt, so ist diese Vorschrift verständlich. Denn bei einer systemati-

22. A. Br. I. S. 93. Nr. 40.

23. A. Br. I. S. 94. Nr. 40.

schen Entleihung von Aktenstücken nach Hause bestand die große Gefahr, daß dabei wichtige Stücke verloren gingen, und daß auch das Geheimnis nicht gewahrt blieb. So war die ganze Wirksamkeit eines Geheimen Rates auf die Zeit der gemeinsamen Sitzungen beschränkt. Die Beschlüsse hingen so vielfach mehr von der Eingebung des Augenblicks ab als von gut fundierter Vorbereitung. Das sind Organisationsmängel, die uns heute verhängnisvoll erscheinen mögen. Im Jahre 1604 war es schon ein großer Fortschritt, daß ein festumgrenztes Ratskollegium mit ordentlicher Geschäftsordnung regelmäßig tagen und die Geschäfte des Landes erledigen sollte.

II. Das Wirken des Geheimen Rates.

1. Auf dem Gebiete der Außenpolitik.

a) Auseinandersetzung Löben—Hübner.

Bald nach Erlaß dieser Geheimen Ratsordnung hat sich diese Behörde auch konstituiert. Schon vom 21. Dezember 1604 finden wir ein Sitzungsprotokoll. Schwerwiegende Probleme waren akut geworden und die Entscheidungen drängten. Die Nachfolge in Preußen war immer noch nicht entschieden. Polen und Preußen suchten aus dieser Verzögerung erhebliche Vorteile zu ziehen. Für das Jahr 1605 stand ein polnischer Reichstag bevor, und man mußte versuchen, endlich klare Verhältnisse zu schaffen. Dies war um so nötiger, als der preußische Adel zu seinen Gunsten das Interregnum auszunutzen suchte und unter der Hand den Polen zu verstehen gab, daß ihm eine Verschleppung der Herrschaftsfrage nicht unliebsam sei. In Polen war man den protestantischen Hohenzollern nicht sehr günstig gesinnt. König Sigismund III., ein katholischer Wasa, war völlig in der Hand der Jesuiten, die das Land Preußen gar zu gern rekatholisiert hätten. Der König hatte in Wirklichkeit sehr wenig Macht, da die Konföderation des Adels, die polnische Republik, in scharfer Opposition zum Königtum stand und immer wieder durch Konzessionen gewonnen werden mußte. Nach dem Tode Georg Friedrichs von Ansbach, des Kurators

für den geisteskranken Herzog Albrecht Friedrich, waren in Polen Bestrebungen im Gange, die die Frage der Kuratel bis zum Tode des Herzogs verschieben wollten und dann Preußen als erledigtes Lehen einziehen und dem polnischen Reich einverleiben wollten. Für Brandenburg ging es nun darum, sein verbrieftes Anrecht auf die Kuratel energisch in Erinnerung zu bringen gegenüber derartigen Machenschaften.

Die Richtlinien für diese Verhandlungen auf dem Warschauer Reichstage festzulegen war die Aufgabe einer der ersten Sitzungen der neuen Regierungsbehörde. Diese Gesandtschaft sollte auch für den inneren Zusammenhang des Geheimen Rates folgenreich werden. Der Geheime Rat Hübner hatte einen Entwurf für die Instruktion der Gesandtschaft angefertigt, der im Geheimen Rat beraten wurde. Auf das Gutachten des Ostpreußen Fabian von Dohna hatte man in Berlin endgültig davon Abstand genommen, Polen mit Gewalt zu drohen, und wollte nun versuchen, mit Geldversprechen zum Ziele zu gelangen. Entsprechend hatte Hübner die Sache aufgefaßt. Der Hauptpunkt war augenscheinlich, den König für den brandenburgischen Standpunkt zu gewinnen. Im Rat war man der Meinung, mit dem König in offizieller Audienz zu verhandeln und in puncto Geldforderungen wegen Überlassung der Kuratel zu einer Übereinkunft zu kommen zu versuchen. Hübner dagegen als einziger hielt es für richtiger, die Hauptverhandlungen vor der offiziellen Audienz geheim zu führen.

Diese erste Sitzung des Geheimen Rates, von der wir wissen, war sofort der Schauplatz heftigster Debatten, die zu einem äußerst scharfen Zusammenstoß zwischen dem Kanzler Löben und Hübner führten. Aus einem Briefe Hübners an den Sekräter des Geheimen Rates, Julius Hase, erfahren wir Näheres darüber.¹ Wenn man von der noch nachklingenden subjektiven Erregung des Verfassers absieht, so scheint doch aus dem Schreiben hervorzugehen, daß Löben kein sehr konzilianter Verhandlungsleiter gewesen ist und neben sich nicht recht Intentionen anderer hat dulden wollen. Hübner beschwerte sich, daß er durch „harte und ohnnoetige scharfe und ohnverdiente Ein-

1. A. Br. I. S. 174. Nr. 80.

reden“ dauernd bei seinem Referat unterbrochen worden wäre,² „davon gleichwol die neue Geheimen Rhats Ordnung keine Meldung getan.“ Löben wurde schließlich unleidlich und versuchte von vornherein seine Kollegen in den Hintergrund zu drängen. Hübner verlor die Geduld und wohl auch die Selbstbeherrschung und zahlte Löben in gleicher Münze heim.³ „Allein weil man das Coioniren und übel Ahnfaren so gar nicht laassen kan und niemanden beneben sich leiden will, . . . und gewißlich von mir die aufgesetzte Erinnerungen aufs beste und getreulichste gemeint (wie es vielleicht der Auskehricht künfftig geben wird), hat mich ein pillicher ehrlicher Eifer und Zorn endlich übereilen muessen, dieweil es sonsten heisset: wer da redet, was ihn gelustet, muß oft wider hoeren, was ihne beisset.“ Hübner fühlte sofort, daß der Grund zu diesem Zusammenstoß tiefer lag als bloß in persönlichen Meinungsverschiedenheiten. Löben als Kanzler und strenger Lutheraner trat hier dem Vertreter des Calvinismus und der aktivistischen Partei im Geheimen Rat entgegen. Hübner gegenüber, den er anscheinend nicht für so bedeutend hielt, glaubte er sich solche brutalen Ausfälle erlauben zu dürfen. Dieser fühlte das deutlich und resigniert meinte er⁴: „ und (da) ohn das der Zaun, da er am nidrigsten, gern tertreten wird, will ichs endlich, da es nicht anders sein kann, über mich ergehen laassen und besserer Zeit erwarten, mich aber meines guten Gewissens getroesten.“

Dieser Auftakt der gemeinsamen Sitzungen sollte ein symptomatisches Vorbild sein für die fernere Wirksamkeit des Rates. Ein Kanzler, der neben sich niemand ertragen konnte, und zwei religionspolitische Parteien, zwischen deren Anschauungen es kaum eine Verständigungsmöglichkeit gab. Zu diesen Schwierigkeiten kam noch hinzu die politische Meinungsverschiedenheit zwischen Herrscher und Thronfolger, wobei letzterer stark die Calvinisten unterstützte. Zeitweilig war der Hof in Zechlin geradezu der Sammelpunkt aller, die mit der offiziellen Politik unzufrieden waren.

2. In dem ganzen Brief wird der Name des Kanzlers nicht einmal genannt; aus den Umständen aber, die den Brief veranlaßt haben und auch aus dem Text geht deutlich hervor, daß nur Löben gemeint sein kann.

3. A. Br. I. S. 175. Nr. 80.

4. A. Br. I. S. 174. Nr. 80.

Wenige Tage nach dieser ereignisvollen Sitzung reiste die dänische Hilfsgesandtschaft durch Berlin nach Warschau. Anläßlich dieser Tatsache wurde eine neue Sitzung anberaumt. In dieser Beratung wurde außer dem Verhalten dieser Gesandtschaft gegenüber zum größten Erstaunen Hübners die Instruktion für den polnischen Reichstag nochmals ausführlich durchberaten und in verschiedenen Punkten abgeändert. Seiner Meinung nach war vieles nicht so gesetzt worden, wie es wohl nötig gewesen wäre, auch vermißte er mehrere wichtige Punkte.⁵ Er hoffte aber trotz dieser Mängel der Instruktion ein gutes Ergebnis zu erreichen; sollte dies nicht sein, so hegte er die Erwartung, keinen persönlichen Vorwurf deswegen zu erhalten. „Ich habe bei Verlesung meines unterth. einfeltigen Concepts bald ahnfangs im Geheimen Rhate ahngezeigt, wie ichs verstand; man hat aber meiner geringen Meinung allerdings nicht Beifall geben wollen. Helfe Gott, das die Enderung bessern Vortgang gebahren moege; dahin wird dan unterthenigsten besten Vleisses zu dirigiren nicht unterlassen wollen.“

Diese Ausführungen klangen nicht gerade sehr zuversichtlich. Man kann an diesem Beispiel sehen, daß die Stimmung im Geheimen Rat von Anfang an sehr gespannt war und die Möglichkeit neuer Zusammenstöße bei allen Gelegenheiten gegeben war.

Kurz bevor die Gesandtschaft nach Warschau abreisen wollte, traf noch der Schlußbericht Reichard Beyers ein. Beyer, der Privatsekretär Johann Sigismunds, war als Abgesandter zum preußischen Landtage gereist, der von den vier Regimentsräten in Königsberg im Dezember 1604 berufen war, um zu dem polnischen Reichstag Stellung zu nehmen. Es wurde dort beschlossen, eine Gesandtschaft nach Warschau zu schicken zur Unterstützung der brandenburgischen Kuratel. Daneben aber sollten Forderungen gestellt werden, die den Preußen neue, bis dahin unerhörte Freiheiten und gleichzeitig dem König von Polen die Möglichkeit zum Eingreifen schaffen sollten. Oberste Appellationsinstanz für das Land sollte Warschau werden.

Diese Fragen wurden in einer neuen Ratssitzung besprochen, die aber an der festgesetzten Instruktion nichts änderte.

5. A. Br. I. S. 175. Nr. 80.

Man beschloß, den Preußen gegenüber sehr vorsichtig zu verfahren bis zur Erlangung der Kuratel, dann hoffte man weiter zu sehen. Das *Judicium revisorium* empfand man allgemein als unerträglich, beschloß aber die Frage dilatorisch zu behandeln, um die Preußen nicht von vornherein vor den Kopf zu stoßen.

In denselben Tagen des Dezembers 1604 wurde auch die Annäherung an die Partei von Kurpfalz wieder aufgenommen, die Johann Sigismund und Rheydt im Sommer des Jahres mit gutem Erfolge eingeleitet hatten. Nachdem Joachim Friedrich den Gedanken an Gewaltmaßnahmen gegen Polen aufgegeben hatte, ließ er sich zu dieser Politik bewegen, um so durch seinen Anschluß an die aktivistische Partei der Protestanten auch mit einem Druck auf Polen auszuüben. Ende des Monats Dezember wurde die Instruktion⁶ für diese Gesandtschaft festgestellt; ihr Führer wurde Rheydt, der schon im Sommer in Heidelberg die Verhandlungen geführt hatte.

Nach der Weise jener Zeit wurde die Grundlage für ein Bündnis beider Fürstenhäuser durch ein Heiratsabkommen geschaffen. Georg Wilhelm, der älteste Sohn Johann Sigismunds, sollte später eine pfälzische Prinzessin heiraten.

Die Zwiespältigkeit des Geheimen Rates kam in den Beratungen über die Instruktion für die Heidelberger Gesandtschaft deutlich zum Vorschein.⁷ Die brandenburgischen Politiker konnten zu keiner einheitlichen Auffassung gelangen. Bei fast allen Räten herrschte höchste Bedenklichkeit und übergroße Vorsicht. Waldenfels betonte äußerst scharf den unbedingt bindenden Charakter der festzustellenden Instruktion. Pistoris sprach den meisten seiner Kollegen sicher aus dem Herzen, wenn er meinte, daß das ganze Projekt „wehre ein gros Werck, darin billich behutsam zu gehen.“ Nur Rheydt war für ein tatkräftiges Vorgehen. Er wollte die ganze Sache mit Hilfe der Patrioten, deren Führer er gewesen, anfangen und durchführen. Er hatte sich schon mit dem brandenburgischen Agenten in Jülich in Verbindung gesetzt und ihn für seinen Plan gewonnen. Auch die Herzogin Marie Eleonore, die älteste der Jülicher Erb-

6. A. Br. I. S. 154. Nr. 72.

7. A. Br. I. S. 107. Nr. 49.

töchter, hatte Rheydt unterrichten lassen. Wenn der Vertrag mit der Pfalz abgeschlossen sein würde, wollte er in beider Kurfürsten Namen den Generallandtag in Jülich einberufen lassen. Die Herzogin Marie Eleonore wollte die Jülicher Räte zur Einigkeit mit den Landständen ermahnen und diese besonders informieren. Von den Räten wollte sie angesichts der großen Gefahr, in der die Lande sich befänden, den Landtag erbitten. Rheydt glaubte seiner Standesgenossen sicher zu sein und rechnete auf ihren Beifall. Nur müßte die ganze Sache sehr schnell ins Werk gesetzt werden, damit nicht der Kaiser störend dazwischen kommen könnte. Die Beschickung des Landtages sollte im Namen beider Kurfürsten erfolgen, wenn der Vertrag mit der Pfalz und den Staaten abgeschlossen wäre. Rheydt wünschte, daß seine Instruktion in diesem Sinne erweitert würde.⁸

Der Kanzler Löben lehnte die mutige und entschlossene Politik scharf ab und ließ es bei der Instruktion bewenden. Ihm erschien die Landtagsangelegenheit zu heikel. Er nahm als bestimmt an, daß der Kaiser sich einzumischen Gelegenheit nehmen würde, und das wünschte er zu vermeiden. Die anderen Geheimen Räte standen ebenfalls auf diesen Standpunkt.

Rheydt hob dagegen hervor, daß man dann wenigstens die Stände unter der Hand darüber aufklären müßte, daß die Aktion der Staaten mit zu ihrem besten geschähe, sonst würde man Ungelegenheiten haben. Er schlug vor, im Namen beider Kurfürsten Schreiben dieses Inhalts aufzusetzen und sie für den Notfall bei sicheren Leuten zu deponieren. Der Kanzler ließ sich diesen Vorschlag gefallen, doch von Seiten Brandenburgs dürften diese Schreiben nur im Namen des Thronfolgers ergehen. Der Kurfürst sollte unter allen Umständen aus dem Spiel bleiben.

Die Instruktion, die in diesen Beratungen festgelegt wurde, ist ein treues Abbild der Verhandlungen im Geheimen Rat. Fast jeder Satz zeigt, mit welchem Widerstreben man in Berlin an die ganze Sache heranging. Nirgends wurde ein fester Wille ausgesprochen. Die Führung wollte man in allen Fragen, auch

8. A. Br. I. S. 107. Nr. 49.

nebensächlicher Art, der Pfalz überlassen. Brandenburg wollte sich dann anschließen, denn beide Parteien wollten für einen Mann stehen. Der Pfalz sollte es überlassen bleiben, ob die Eheverabredung noch geheim gehalten werden sollte oder nicht. Beide Kinder waren noch sehr jung und man fürchtete unliebsames Aufsehen bei den Gegnern im Reiche.

Den Hauptpunkt der ganzen Verhandlungen bildete die Erlangung des Besitzes der jülichischen Lande, sei es ihre Administration für den blöden Herzog Johann Wilhelm oder auch die völlige Inbesitznahme. Da eine gütliche Verständigung unter den Erbprätendenten nicht zustande zu bringen war, ging Joachim Friedrich nun auf den Vorschlag des Pfälzers ein, sich für die Erlangung der Lande die Hilfe der Generalstaaten, der Holländer zu sichern. In welcher Weise dies geschehen sollte, die Bestimmung darüber überließ man völlig der Pfalz. Der Gesandte erhielt hierfür Blankovollmacht mit. Nur das eine wurde bestimmt, daß die Abmachungen im Namen des Thronfolgers geschehen sollten. Joachim Friedrich wünschte in dieser Frage nicht hervorzutreten. Die Furcht vor Verwicklungen mit dem Kaiser sprach hier mit. Die Zaghaftigkeit wurde mit der ungeklärten Lage in Preußen und Polen begründet. Die preussische und die jülichische Frage könnte man nicht zur gleichen Zeit lösen; denn: „sollen wir mit der Crohn Polen in unvorglichenen terminis in Jülich etwas tendiren, so werden wir nicht allein desto mehr Widerstand erregen, sondern man wird uns auch mandatis am kayserlichen Hofe um so viel herter in illis augustiis zusezen; die Crohn Polen, indem wir an andern Orthen occupirt, desto muetiger werden, eher als sonst ad viam facti greifen. Beide negocia uf einmal pro autoritate zu treiben, seind wir nicht gefast.“⁹

Den Staaten sollte auf alle Fälle die Initiative überlassen werden. Man wollte sich höchstens mitreißen lassen. Unter gar keinen Umständen sollte aber die Gefahr des Bruches mit dem Kaiser heraufbeschworen werden. Obwohl Joachim Friedrich in jeder Sache nur Schwierigkeiten vom Kaiser bisher gemacht worden waren, wollte er doch, daß den kaiserlichen Mandaten der schuldige Respekt erwiesen würde.

9. A. Br. I. S. 160. Nr. 72.

Der Frage der Einberufung des Landtages in Jülich stand man völlig hilflos gegenüber, gab es auch zu und bat die Pfalz um gute Ratschläge.

Wenn die Räte in Jülich das von Brandenburg und der Pfalz beabsichtigte Schreiben über die von beiden Kurfürsten geplanten Maßnahmen zur Kenntnis nähmen, so sollte es geschehen. Machten sie aber Ausflüchte, so sollten die Stände über die bevorstehenden Maßnahmen unterrichtet werden und holländische Truppen in das Land einrücken. Den übrigen Prätendenten sollte dann sofort erklärt werden, daß durch diese Maßnahmen ihren rechtmäßigen Ansprüchen kein Eintrag geschehen sollte, und sie selbst zu einer Zusammenkunft eingeladen werden.

Diese letzten Absätze der Instruktion stehen mit ihrer Tatfreudigkeit in einem erstaunlichen Gegensatz zu den vorhergehenden Ausführungen. Einigkeit und Wohlfahrt des Vaterlandes, Verteidigung von Interessen des heiligen römischen Reiches deutscher Nation, das sind Töne, die sonst in Brandenburg nicht zu hören waren. Hier kann man wohl mit Sicherheit den Einfluß Rheydts auf die Instruktion annehmen. Er hatte diese traurigen Verhältnisse am Rhein selbst erlebt, hatte auch gesehen, daß es bei diesen Kämpfen um mehr als bloß Ländergewinn ging. Er sah diese Kämpfe unter einem höheren Gesichtspunkte. Seiner Ansicht nach ging es hier darum, ob der Protestantismus in Deutschland bestehen bleiben oder der Katholizismus wieder triumphieren sollte. Neu war auch für die brandenburgische Auffassung und die der Lutheraner überhaupt der Gedanke der Machtpolitik. Man wollte mit Hilfe einer ausländischen Macht unter Anwendung von Gewalt sein Recht gegen den Kaiser durchsetzen. Das war den Lutheranern bis dahin unerhört erschienen, wenn der Kaiser auch ihnen immer und immer wieder Schwierigkeiten bereitet hatte.

Mit diesen beiden Gesandtschaften waren die Verhandlungen zur Lösung der beiden für Brandenburg wichtigsten politischen Probleme in die Wege geleitet. In den ersten Tagen des Januar 1605 verließen beide Delegationen Berlin.

Vor einer weiteren Verfolgung dieser Fragen soll hier erst die technisch-formale Seite dieser neuen Behörde in den Kreis der Betrachtungen gezogen werden.

In der Ratsordnung vom 13. Dezember 1604 war die Bestimmung getroffen worden, daß der Geheime Sekretär von jeder Sitzung ein Protokoll anfertigen sollte, aus dem alle Vorgänge aus der Sitzung zu ersehen wären. Von den ersten Sitzungen sind uns auch einige Protokolle von der Hand der amtlich bestellten Sekretäre Hahn und Hase überliefert worden. Diese Protokolle machen in der uns überlieferten Form einen für unsere Begriffe etwas primitiven Eindruck.

So erfahren wir aus dem Sitzungsbericht vom 21. Dezember 1604¹⁰ — in dieser Sitzung wurde die oben erwähnte Instruktion für die Gesandtschaft auf den Warschauer Reichstag festgestellt — Meinungsäußerungen von nur vier Geheimen Räten, darunter von Hübner, der gegen die allgemeine Ansicht Verhandlungen mit dem polnischen König verlangte. Wer von den Räten anwesend war, ist nicht vermerkt; ebensowenig verlautet etwas über Abstimmungen. Den Beschluß der Sitzung können wir uns nur aus der vom Kurfürsten genehmigten Instruktion für die Gesandten rekonstruieren.

Auch das Protokoll über die Sitzung, in der die Gesandtschaft nach der Pfalz beraten wurde,¹¹ ist von großer Einfachheit und Kürze. Wieder fehlt zu Beginn die Anwesenheitsliste, wie sie in späteren Niederschriften zu finden ist. Wir erkennen aus diesem Schriftstück nur die Hauptpunkte der Verhandlung, so besonders den Gegensatz zwischen Rheydt und dem Kanzler. Nach dem Protokoll zu urteilen sind die großen Gegensätze und Meinungsverschiedenheiten in dieser Sitzung durch einfache Rede und Gegenrede erledigt worden. Ob über die einzelnen Punkte abgestimmt worden ist, erfahren wir nicht, denn der Sekretär Hahn hat nichts darüber vermerkt.

Etwas ausführlicher ist das Protokoll über die zweite Beratung der Warschauer Gesandtschaft aus den letzten Tagen des Dezember 1604.¹² Nach der Verhandlungsniederschrift scheint diese Beratung bedeutend eingehender gewesen zu sein als die vom 21. Dezember. Hübner tritt wieder sehr für Geheimverhandlungen mit dem polnischen König ein. Die Conclusio, die

10. A. Br. I. S. 103. Nr. 48.

11. A. Br. I. S. 105. Nr. 49.

12. A. Br. I. S. 113. Nr. 56.

hier das einzige Mal erwähnt wird, ergab aber: „Man soll in generalitate pleiben, . . .“¹³ Hübner wurde also überstimmt. In allen andern Punkten herrschte sonst Einmütigkeit. Bei der Bedingung des „semel pro semper“ ist besonders am Rande vermerkt: „Von allen approbiert.“

Nach diesem Sitzungsbericht müssen wir annehmen, daß die in der Ratsordnung festgesetzten Abstimmungen auch tatsächlich stattgefunden haben.

Außer diesen erwähnten Protokollen liegen uns noch zwei weitere¹⁴ vor aus diesen Tagen, die aber Neues zur Erkenntnis der formalen Vorgänge im Geheimen Ratskollegium nicht mehr beitragen. Damit bricht die Reihe der amtlichen Berichte über die Sitzungen des Geheimen Rates ab, und wir sind ganz auf andere Mitteilungen über seine Tätigkeit angewiesen. Wie gestaltete sich nach diesen Anfängen die weitere Wirksamkeit des Kollegiums in Berlin? Zunächst war durch die Abreise der beiden Gesandtschaften eine erhebliche Schwächung des Geheimen Rates eingetreten. Vier Geheime Räte hatten Berlin verlassen. Es waren dies: Rheydt und Pruckmann nach Heidelberg, Hübner und Benckendorff nach Warschau. Dadurch war der Kanzler Löben vorerst von seinen beiden schärfsten Widersachern, Rheydt und Hübner befreit; andererseits aber lagen die wichtigsten Verhandlungen in den Händen der vorwärts strebenden Machtpolitiker.

Bei diesen Feststellungen tritt die Primitivität der Behörde hervor, der es noch an Organen der Exekutive mangelte. Rheydt befand sich in einer schwierigen Lage. Wollte er die Dinge in der Pfalz vorwärts treiben, so mußte er seinen Posten in Berlin verlassen und die Gesandtschaft übernehmen, ohne einen Gesinnungsgenossen zurücklassen zu können, denn Hübner war ja als Gesandter in Warschau.

Dadurch hatten sie dem Kanzler, der anfangs in Berlin blieb, das Feld in der Zentrale überlassen und sich vor allen Dingen der persönlichen Verbindung und Einwirkung auf den Kurfürsten begeben, was bei Joachim Friedrich nicht unwichtig

13. A. Br. I. S. 117. Nr. 56.

14. A. Br. I. S. 124. Nr. 60.

S. 144. Nr. 66.

war. Die Folgen dieser Handlungsweise stellten sich auch bald ein.

Der Einfluß Löbens war in den ersten Sitzungen des Kollegiums und bei der Auswahl der Gesandten offensichtlich zurückgedrängt worden. Als in Berlin das Feld für ihn frei geworden war, setzte er alle Hebel in Bewegung, um seine alte Stellung wieder zu erlangen und neu zu befestigen. Seine Bemühungen hatten auch nach kurzer Zeit Erfolg. Schon am 15. Januar 1605 erhielten Löben und Waldenfels eine Instruktion¹⁵ und wurden nach Warschau nachgesandt. Diese Instruktion ist sicher direkt zwischen Kurfürst und Kanzler vereinbart worden, denn von einem Mitwirken der anderen Räte wird nichts erwähnt und von einer Ratssitzung haben wir auch keine Nachricht.

Die Begründung für diese ungewöhnliche Tatsache war recht fadenscheinig: Es könnten Ereignisse eintreten, die in der Instruktion der Hauptgesandtschaft nicht vorgesehen wären und worüber die Information der Entfernung wegen nicht schnell genug erfolgen könnte. Aus diesem Grunde würden Löben und Waldenfels nachgesandt, die sich unauffällig der Hauptgesandtschaft anschließen sollten. Spezialfälle neuer Art waren nicht vorgesehen, sondern Löben erhielt Generalvollmacht für alle Situationen, und der Kurfürst anerkannte schon im Voraus alles, was Löben abschließen würde.

Man muß sagen, der Kanzler hatte geschickt operiert und er hatte sich wieder in die aktive Politik eingeschaltet und seine Stellung stärker als bisher befestigt. Denn mehr konnte schließlich kein Staatsmann verlangen, als daß alle seine Handlungen im Voraus von seinem Herrscher sanktioniert wurden. Joachim Friedrich stand eben durchaus zu seinem Kanzler und war nicht unbedingt für einen neuen Kurs in der Politik zu haben.

Diese Tatsache beweist, daß es von Rheydt nicht unbedingt richtig war, den Kurfürsten wieder völlig dem Einfluß und den Einwirkungen der alten Territorialpolitiker zu überlassen. Wohl war es wichtig, die diplomatischen Verhandlungen im eigenen Sinne zu führen, aber was nützte nachher das beste Ergebnis, wenn in der Zentrale der Boden nicht genügend vorbereitet war und der Herrscher die Sanktionierung ablehnte?

15. A. Br. I. S. 179. Nr. 89.

Mit der Abreise von Löben und Waldenfels waren in Berlin nur noch die Geheimen Räte Dieskau und Pistoris zurückgeblieben. Das bedeutete aber, daß das Bestehen der kollegialen Behörde des Geheimen Rates unterbrochen worden war und nun wie in früheren Zeiten der Kurfürst alle Sachen mit Hilfe zweier Räte erledigte. Dadurch wurde die Entscheidung in den hochpolitischen Angelegenheiten mitunter erheblich verzögert, da der Kurfürst in vielen Sachen die Ansicht aller Geheimen Räte erfahren wollte. Für diese Zeit müssen wir annehmen, daß die förmlichen Beratungen aufgehört hatten. Es wird uns nichts davon berichtet.

Dieser Zustand ließ Joachim Friedrichs Neigung klaren Entscheidungen auszuweichen wieder stark aufkommen. Reichart Beyer beklagt dies in seiner Korrespondenz mit Rheydt.¹⁶ Deutlich zu erkennen ist sie aus dem Schriftwechsel des Kurfürsten mit Rheydt während der Mission nach den Niederlanden. Der Kurfürst wollte keineswegs nach zwei Seiten zugleich operieren und wünschte Hinzögerung der Verhandlungen bis die preußische Frage klar geregelt wäre. Für die Behandlung der Angelegenheit hatte er keine neuen Ideen und stellte alles seinem Gesandten Rheydt anheim. Etwas später, im Mai 1605 sprach er ihm seine und des Markgrafen Johann Sigismund volle Zufriedenheit für seine Tätigkeit aus.¹⁷ Dies Verhalten steht in scharfem Gegensatz zu der späteren Behandlung der Mission Rheydts bei der offiziellen Beratung der ganzen Fragen in Berlin. Der Eindruck aller Resolutionen an Rheydt ist der, daß man die ganze westliche Frage dilatorisch behandelt sehen möchte und im allgemeinen Rheydt freie Hand ließ. Man mochte am liebsten mit der ganzen Sache nichts zu tun haben und schreckte vor einer entschiedenen und aktiven Politik zurück. Denn die ganze Aufmerksamkeit und die ganze Kraft der Gedanken wurde beansprucht von der preußischen Frage, der Erwerbung der Kuratel über das Herzogtum.

Ganz gegen ihre Absicht, aber wie sie es hätten voraussehen müssen, erregte das Nachkommen von Löben und Wal-

16. A. Br. I. S. 246. Nr. 144.
S. 269. Nr. 169.

17. A. Br. I. S. 334. Nr. 280.

denfels auf dem Reichstag in Warschau sensationelles Aufsehen und gab zu den wildesten Gerüchten Anlaß. Die brandenburgische Hauptgesandtschaft war nicht gerade sehr erbaut von diesem Zwischenfall und hielt mit ihrer Meinung auch nicht zurück. Es kam soweit, daß auf diesem gefährlichen und exponierten Posten die beiden Widersacher es nicht unterlassen konnten, ihre Meinungsverschiedenheiten weiter auszutragen. Über diese ganzen Warschauer Vorgänge sind wir leidlich gut orientiert. Es liegt ein Protokoll¹⁸ vor über den ganzen Verlauf des Reichstages in Warschau. Nach den Unterschriften zu urteilen, ist es von Löben und Waldenfels aufgesetzt worden. Hierin sind die heftigen Kämpfe zwischen Löben und Hübner angedeutet. Dann haben der Edle Gans zu Putlitz und Hübner nach ihrer Rückkehr aus Polen Anfang Mai 1605 einen Bericht¹⁹ eingereicht. Im Juli 1605 erstatteten Löben und Waldenfels eine Relation²⁰ über den gesamten Komplex der preußisch-polnischen Frage, in der sie nicht versäumten, ihre Verdienste um die Sache des Kurfürsten gebührend hervorzuheben. Hübner ist im Oktober 1605 in zwei Schreiben an den Freiherrn von Rheydt²¹ und den Grafen Schlick²² auf die ganzen Vorgänge noch einmal eingegangen und hat sich zu rechtfertigen gesucht.

Wie schon erwähnt, mißglückte die unauffällige Einreise von Löben und Waldenfels. Der Vizekanzler Benckendorff fuhr ihnen entgegen und klärte sie über die Sachlage auf²³.

Löben fühlte sich nach seiner Ankunft sofort als Führer den Gesandten gegenüber. Er ließ die Gesandten für den nächsten Tag zu einer Unterredung zu sich bitten, in deren Verlauf er seine und Waldenfels' Instruktion und die Gründe dafür bekannt gab.

Erstens hätten sie nun doch die Originalurkunden der Privilegien mitgebracht, um sie dem König vorzulegen. Zweitens könnten auf diesem Reichstage, dem man in der Preußenfrage

18. A. Br. I. S. 188 ff. Nr. 107.

19. A. Br. I. S. 307 ff. Nr. 262.

20. A. Br. I. S. 421 ff. Nr. 397.

21. A. Br. I. S. 501. Nr. 517.

22. A. Br. I. S. 502. Nr. 518.

23. A. Br. I. S. 184. Nr. 105

entscheidende Bedeutung zumessen müßte, sich Wendungen ergeben, für deren Beratung ihre Unterstützung nicht unnützlich sein könnte. Drittens könnten sich in den Verhandlungen Tatsachen ergeben, deren mündliche Referierung in Berlin dringend notwendig wäre vor einer Entscheidung. In diesem Falle könnte dann einer von ihnen schnell zurückreisen, damit nicht die Hauptgesandtschaft für die offiziellen Verhandlungen zu sehr geschwächt würde. Endlich wäre Löben mit dem Grafen Dohna, dem Führer der preußischen Gesandtschaft, schon lange bekannt, so daß man unter Umständen auch auf diesem Wege zu einem Abkommen gelangen könnte.

Stichhaltige Gründe waren das für eine Aktion, die ganz Polen in Aufregung versetzte, nicht. Die wahren Ursachen werden sicher tiefer zu suchen sein. Löben wollte an einer so wichtigen Entscheidung, wie sie in Warschau fallen mußte, mitbeteiligt sein. Vom Standpunkte Löbens mag es zu verstehen sein; andererseits darf es nicht Wunder nehmen, wenn ihm die Gesandten, die die wahren Hintergründe dieser Aktion ahnen mochten, einen sehr frostigen Empfang bereiteten.²⁴

Übereinstimmend ist aus Löbens Protokoll²⁵ und Hübners Bericht²⁶ zu ersehen, daß die Gesandten in ihrer Erwiderung das außerordentliche Aufsehen, das das Nachkommen des Kanzlers erregt hätte, stark betonten. Wilde Gerüchte wären in Umlauf; sie wären gekommen, um bei ungünstigem Verlauf der Dinge den Krieg zu erklären, was bei dem drohenden Kriege mit Schweden in Polen besonders starken Eindruck machen mußte.

Die Polen mußten annehmen, daß der Kanzler größere Vollmachten hätte als die offiziellen Gesandten, ja vielleicht Generalvollmacht. Nach Hübners Bericht hat Samuel Lasky, der Verbindungsmann der Brandenburger mit dem polnischen Hofe, zu König Sigismund III. geäußert: "non sine gravissima causa id factum esse."²⁷ Hübner war um so mißtrauischer dem Kanzler gegenüber, als dieser, wie aus Hübners Bericht hervor-

24. A. Br. I. S. 240. Nr. 136.

25. A. Br. I. S. 190. Nr. 107.

26. A. Br. I. S. 309. Nr. 262.

27. A. Br. I. S. 309. Nr. 262.

geht, in Berlin die Leitung der Warschauer Gesandtschaft nachdrücklich abgelehnt hatte.

Am Tage darauf nahmen Löben und Waldenfels Fühlung mit der preußischen Gesandtschaft. Diese wurde ebenfalls über den Eindruck befragt, den des Kanzlers Ankunft gemacht hätte. In ihrer Antwort, von der Löben mit Genugtuung berichtete,²⁸ waren die Preußen sehr vorsichtig. Sie wollten es offensichtlich mit dem Kanzler nicht verderben und suchten ihn zu beruhigen. Aber auch sie deuteten an, daß diese Aktion zu Gerüchten Anlaß geben könnte und daher eine einleuchtende Begründung für die Mission gegeben werden müßte.

Hierdurch wurden der Kanzler und Waldenfels veranlaßt, sich nicht mit der Hauptgesandtschaft zu vereinigen, sondern zu erklären, daß sie nur zum Miteinraten gekommen wären. Durch diese Erklärung wurde die Situation keineswegs bereinigt, denn die Polen glaubten dies einfach nicht und versuchten geheime Verhandlungen mit den beiden anzuknüpfen. Sie wollten unter allen Umständen die vermutete Sonderinstruktion erfahren. Diese Verhandlungen zerschlugen sich, denn die Polen suchten zu offensichtlich die Gesandten „auszuholen.“ Aber auch sonst erleichterten Löben und Waldenfels den offiziellen Gesandten nicht die schwierige Arbeit. Denn offenbar hat der Kanzler sie nicht über den Inhalt kurfürstlicher Schreiben, die er persönlich in dieser Angelegenheit erhielt, informiert. Er behauptete dies dem Kurfürsten gegenüber zwar, aber Hübner hat diese Relation vom 19. Februar 1605 mit der Randbemerkung versehen: „Numquam id factum est“.²⁹ Zur Unterstützung bei den Beratungen mußten sie erst von den Preußen gedrängt werden. Als Hübner am 18. Februar die Antwort der polnischen Deputierten auf den brandenburgischen Vortrag hin zur schnellsten Beratung dem Kanzler übersandte, versuchte Löben trotz der drängenden Zeit umständlich erst die einzelnen Bedenken und Bedingungen unter Mithilfe der Preußen schriftlich zu fixieren. Die Preußen waren an den Verhandlungen interessiert, soweit es sich um finanzielle Dinge handelte. Hübner mahnte durch einen zweiten Boten zur Eile, doch Löben kam nicht vorwärts.

28. A. Br. I. S. 194. Nr. 107.

29. A. Br. I. S. 246. Anm. 1. Nr. 142.

Da riß dem Grafen Dohna schließlich die Geduld und er erklärte:³⁰ „Was will man lang schreiben. Die Hern seind von J. Ch. G. nachgeschickt worden, werden ihre Instruktion haben und sonsten wissen, was sie thun sollen. Sie gehen hin zu den Gesandten und rathen ihnen ein. Darum werden sie ohne Zweifel nachgeschicket sein.“ Worauf die beiden sich nolentes volentes zur Beratung aufmachten. Ein Preuße und Ausländer mußte also erst den Kanzler auf den Zweck seiner Anwesenheit aufmerksam machen. Hübner hatte wohl nicht so unrecht, wenn er beim Lesen dieses Protokolls später die Randbemerkung nicht unterdrücken konnte³¹ „Recte pronuntiavit Donavius, und das hetten die Herren Adiuncti damals thun und sich nicht für seiuncti halten sollen.“ Das Erstaunlichste daran ist für unsere Begriffe wohl, daß Löben in seinem Protokoll diese Vorgänge ausführlich berichtete, ohne daß es ihm offenbar dabei zum Bewußtsein gekommen wäre, eine wie klägliche Rolle er im Grunde dabei gespielt hatte.

Die offiziellen Kuratel- und Sukzessionsverhandlungen liefen sich bald fest, ohne daß die Gesandten den Grund dafür sich erklären konnten. Bald genug sollten sie ihn erfahren. Löben hatte mit dem Verbindungsmann Samuel Lasky und dem Vertrauten des polnischen Königs, Wolsky, hinter dem Rücken der Gesandten Geheimverhandlungen über den ganzen Fragenkomplex aufgenommen. — Wenn wir die Berliner Beratungen vom Dezember 1604 dagegen halten, so ist zu bemerken, daß Löben im völligen Gegensatz zu seiner damals vertretenen Meinung handelte, denn damals waren alle Geheimen Räte bis auf Hübner gegen Geheimverhandlungen. — Erst im letzten Augenblick, als alles schon an Aufbruch dachte, klärte Löben seine Kollegen auf. Man würde gegen eine große Summe Geldes die Kuratel wohl erhalten. Es wäre dies das Ergebnis von Geheimverhandlungen mit dem König, der um strikteste Bewahrung dieses Geheimnisses ersucht hätte. Doch die allgemeine Verantwortung wollte er nicht übernehmen und bäte daher seine Kollegen um ihren Rat.³²

30. A. Br. I. S. 205. Nr. 107.

31. A. Br. I. S. 205. Nr. 107. Fußnote.

32. A. Br. I. S. 311. Nr. 262.

Das war eine tolle Zumutung. Die Gesandten lehnten auch zuerst rundweg die Verantwortung für einen Vertrag ab, der ohne ihre Mitwirkung zustande gekommen wäre. Hübner unterzog die ganze Sache einer schonungslosen Kritik. Der Preis für die Kuratel wäre sehr hoch. Wenn sie, die offiziellen Gesandten, von Anfang an die Vollmachten gehabt hätten, so würden sie die Kuratel, wie er mit Sicherheit glaubte behaupten zu können, zu wesentlich günstigeren Bedingungen erhalten haben.

Löben und Hübner stießen äußerst scharf zusammen und es kam zwischen ihnen zum offenen Konflikt. Erst nach langen und schwierigen Vermittlungsverhandlungen kam ein Ausgleich zustande. Nach langem Zureden und Überlegen erklärte sich schließlich Hübner bereit, mit Putlitz nach Krakau zum Austausch der Ratifikationsurkunden zu gehen. Ihre Bedingung war aber eine ausführliche Instruktion vom Kanzler, die auch zugesagt wurde und nachher aus zwanzig Zeilen allgemeiner Anweisungen bestand. Das Eintreffen der kurfürstlichen Ratifikationsurkunde würde wohl in etwa vier Wochen erfolgen.

Mit Schrecken und Bestürzung erkannten Hübner und Putlitz nun den wahren Sinn ihrer Sendung. Sie sollten in gewissem Sinne als Geiseln dienen und König Sigismund III. bei gutem Willen erhalten bis zum Eintreffen der kurfürstlichen Ratifikation. Samuel Lasky gelang es schließlich die beiden leidlich zu beruhigen. Trotz aller Empörung über die hinterhältige Behandlung seitens des Kanzlers blieb ihnen nichts übrig, als gute Miene zum bösen Spiel zu machen und in Krakau ihren Auftrag auszuführen.

Ende März brachten Löben und Waldenfels die vom Kurfürsten vollzogene Urkunde nach Polen. warteten aber entgegen den Bitten der Gesandten den Austausch der Vertragstexte nicht ab, sondern reisten in Eile fort. Der polnische Vertragstext wies einige Abweichungen von der Kopie der Gesandten auf, die diese aber nicht für sehr bedeutungsvoll hielten. Die Abweichungen bestanden darin, daß in der vollzogenen polnischen Urkunde die polnischen Verpflichtungen statt im Praesens im Futurum standen. Eine Abänderung des Textes war auch nicht mehr zu erreichen gewesen. Ganz wohl war ihnen

dabei nicht und sie verteidigten sich in dem Schlußbericht³³ damit, daß sie über die ganzen Verhandlungen im Unklaren gelassen worden wären.

Hübner und Putlitz griffen weiter Löben und Waldenfels scharf an. Die Textabweichungen hätten sie hingenommen in dem Glauben, daß der Kanzler klare, endgültige, vom polnischen König bestätigte Abmachungen getroffen hätte, die dadurch nicht beeinträchtigt würden. Wenn es aber nur eine vorläufige Vereinbarung wäre, so müßten sie sich doch sehr wundern über die eilige Abreise von Löben und Waldenfels vor Austausch der Urkunden. In diesem Falle wäre es natürlich handgreiflich, daß Polen durch die Tempusänderung die ganze Sache für sich weniger verbindlich machen und hinauszögern wollte.

Damit warfen sie dem höchsten brandenburgischen Beamten nicht mehr und nicht weniger als Pflichtverletzung und Vernachlässigung von Landesinteressen vor, also beinahe Landesverrat. Sie selbst lehnten jede Verantwortung für etwaige ungünstige Folgen ab, denn sie wären vom Kanzler nur oberflächlich informiert worden und wüßten auch jetzt, zur Zeit der Abfassung ihres Berichts noch nicht genau, was wirklich zwischen dem Kanzler und dem polnischen König vereinbart worden wäre. Bei dieser Sachlage hätten sie das Responsum annehmen müssen, um der Hauptsache nicht zu schaden.

Dieser Schlußbericht der beiden Gesandten ist vom 3. Mai 1605 datiert, aber erst nach Pfingsten dem Markgrafen Johann Sigismund in Wittstock übergeben worden, da Putlitz erst zu Pfingsten nach Berlin zurückkehrte. Der Markgraf sollte den Bericht persönlich an den Kurfürsten weiterleiten. Hübner hat ihn vorher aber Pruckmann „de verbo ad verbum“ vorgelesen.³⁴

Mit dem Austausch der Verträge war die Warschauer Mission beendet. Sie hatte einen Erfolg eingebracht, wenn dieser auch nur unter den drückendsten Bedingungen zu erreichen gewesen war; aber es war jedenfalls ein Erfolg.

Die Geheimen Räte kehrten damit nach Berlin zurück. Löben und Waldenfels werden in den letzten Tagen des April

33. A. Br. I. S. 320. Nr. 262.

34. A. Br. I. S. 501. Nr. 517.

1605 zurückgekommen sein, denn am 13. April sind sie von Tarnowitz abgereist.³⁵ Putlitz und Hübner mit den andern Gesandten sind am 2. Mai abends in Berlin eingetroffen.³⁶

Nach langer Pause wurden nun die Sitzungen des Geheimen Rats wieder aufgenommen. Das Kollegium war wieder leidlich vollzählig beisammen. So viel wir feststellen können, waren in diesen Tagen in Berlin anwesend: Löben, Waldenfels, Dieckau, Pruckmann, Hübner und Pistorius.³⁷ Rheydt befand sich noch auf seiner Mission in den Niederlanden. Pruckmann ist Ende Februar aus Heidelberg zurückgekommen, denn am 9. März ist er bereits wieder zum Quartalsgericht nach Prenzlau abgereist.³⁸ Anfang Mai muß er in Berlin gewesen sein, denn Hübner hatte ihm ja den Gesandtschaftsbericht vorgelesen.³⁹

Die ersten Ratssitzungen fanden statt am 3., 4. und 5. Mai.⁴⁰ Die Sitzung am 5. Mai wurde im Hause des Kanzlers abgehalten. Über diese Sitzungen liegen uns weder Protokolle noch Relationen vor. Wir wissen von diesen Dingen nur durch Privatschreiben Hübners. Einmal erwähnt er sie in seiner Antwort auf die ihm in Zusammenhang mit seiner Entlassung vorgelegten Fragen, dann nochmals im Oktober in dem schon angeführten Schreiben an Rheydt. Nach den ganzen Vorgängen auf dem Warschauer Reichstage ist es erklärlich, daß in diesen Sitzungen, in denen die Warschauer Gesandtschaft besprochen wurde, vom ersten Augenblick an eine starke Spannung herrschte, die sich auch bald entlud. Hinzu kam noch, daß nach der Rückkehr aus Polen alle möglichen Gerüchte und Verleumdungen gegen Hübner in Umlauf gesetzt worden waren, ohne daß dieser sich recht dagegen wehren konnte. Hübner selbst vermutete die Urheber in der Umgebung des Kanzlers. Außerdem hatte er noch einen persönlichen Groll gegen Löben, der in einer Privatsache, die er anfangs zu fördern versprochen,

35. A. Br. I. S. 319. Nr. 262.

36. A. Br. I. S. 333. Nr. 277.

37. A. Br. I. S. 502. Nr. 517.

38. A. Br. I. S. 267. Nr. 166.

39. Vgl. S. 44.

40. A. Br. I. S. 333. Nr. 277.
S. 502. Nr. 517.

später sich versagt hatte.⁴¹ Alle diese Dinge kamen zusammen, und Löben und Hübner rechneten gründlich miteinander ab. Die Versöhnung von Warschau, die angeblich „solenniter und gründlich“ gewesen war, hatte also nicht lange vorgehalten. Hübner warf dem Kanzler offen böswillige Verleumdung seiner Person vor und gab ihm „ohne Heucheley und einige Dissimulation“ zu verstehen, daß er ihm „die Zeit seines Lebens nicht zu trauen hätte.“⁴²

Nach diesen Zwischenfällen war ein weiteres Zusammenarbeiten dieser beiden Widersacher im Geheimen Rat unmöglich und einer von ihnen mußte weichen. Die Entlassung Hübners erfolgte wenige Wochen nach diesen Sitzungen. Schon am 10. Mai erließ der Kurfürst eine Resolution an Pruckmann und Pistoris, in der es hieß:⁴³ „Als wir von unserm Rath Ehrn Joachim Hübner um Erlassung solcher seiner Dienstbestallung unterschiedlich ersucht und angelanget worden, ihn auch darauf in Graden bedacht zu dimittiren und losszuzellen; . . .“ Vorher sollte Hübner noch einige Fragen beantworten, was unter dem 16. Mai geschah.⁴⁴ Hiernach können wir sein Ausscheiden für Ende Mai 1605 annehmen. Die Entlassung erfolgte in ziemlich ungnädiger Form.

Schon in seiner Antwort⁴⁵ wandte sich Hübner gegen die Behauptung, daß er mehrmals seine Entlassung erbeten hätte. Lediglich der König von Dänemark wäre an ihn mit der Bitte um Rückkehr in seine Dienste herangetreten. Er selbst hätte sich aber dem Wunsche des Kurfürsten gefügt und wäre in Brandenburg geblieben. Erst auf dem Warschauer Reichstag wäre die Frage erneut akut geworden und er ihr näher getreten.

In seinem schon mehrfach angezogenen Schreiben an Rheydt⁴⁶ beklagte er sich bitter über das ihm angetane Unrecht und zeigte hier, daß er sich über den wahren Grund seiner Entlassung durchaus im Klaren war. Er schrieb: „Es zweifelt mir

41. A. Br. I. S. 505. Nr. 518.

42. A. Br. I. S. 502. Nr. 517.
S. 505. Nr. 518.

43. A. Br. I. S. 326. Nr. 268.

44. A. Br. I. S. 329/333. Nr. 276/7.

45. A. Br. I. S. 329/333. Nr. 276/7.

46. A. Br. I. S. 501. Nr. 517.

aber nicht, E. G. werde . . . wol vernommen haben, welcher gestalt man mich ohnversehens, ja ohnverschuldter Sachen dimittirt und geuhrlaubet.“ Es folgte ein weiterer Protest gegen die Behauptung über sein mehrfaches Gesuch um Entlassung, und dann heißt es weiter: „Noch hat man mich allein ausgemahlen an deme man sein Muethlein küelen wollen, nurt allein darum, daß ich dem Canzler nicht hoffiren und alles sein Thun gutheißen wollen, so ich auch vermuege meiner Pflicht nicht thun können und daher möchte mir wol alle Ungnade practicirt sein.“ Auf Intrigen führte Hübner es auch zurück, daß er zum Abschied vom Kurfürsten nicht in Audienz empfangen worden war.⁴⁷

Das Ausscheiden Hübners aus dem Geheimen Rat war ein Erfolg des Kanzlers über seinen Widersacher. Seit Januar 1605 war es ihm gelungen, sein Ansehen und seinen Einfluß beim Kurfürsten ständig zu steigern und schließlich allmächtig werden zu lassen. So gelang es ihm, sich in die Warschauer Verhandlungen im geeigneten Augenblick einzuschalten, deren Führung an sich zu reißen und die offiziellen Gesandten völlig an die Wand zu drücken.

In der schon erwähnten Relation vom 25. Juli 1605,⁴⁸ die von Löben, Waldenfels und Pruckmann gezeichnet ist, bringt Löben die ganzen Vorgänge in Warschau noch einmal zur Sprache. Die Relation war veranlaßt durch Verhandlungen, die sich aus den Warschauer Verträgen ergaben. Der Kanzler stellte es so dar, als ob er und Waldenfels die Verhandlungen erst auf das richtige Gleis geschoben hätten. Bei ihrer Ankunft auf dem Reichstage hätte tiefster Pessimismus geherrscht bei den Brandenburgern und als Höchstmaß des Erreichbaren hätte man die Aufrechterhaltung des Interimszustandes in Preußen angesehen. Der Kurfürst hätte also wesentlich ihren Bemühungen die Kuratel zu verdanken. Weniger fair und weniger kollegial als es hier der brandenburgische Kanzler seinen Kollegen vom Geheimen Rat gegenüber tat, konnte kaum jemand handeln. Mit den Vollmachten Löbens hätten Putlitz und Hübner sicher das-

47. A. Br. I. S. 504. Nr. 518.

48. A. Br. I. S. 421. Nr. 397.

selbe erreichen können, was sie ja auch sofort dem Kanzler gegenüber behauptet hatten. So wie aber die Dinge lagen, war die Erlangung der Kuratel ein Erfolg Löbens geworden, der ihn auch weidlich ausnutzte, selbst noch gegen einen bereits entlassenen Kollegen.

Beim Kurfürsten hinterließen diese Vorgänge den vom Kanzler erwünschten Erfolg. Joachim Friedrich war mit seinem Kanzler und dessen Gehilfen uneingeschränkt zufrieden und gab dieser Zufriedenheit auch äußeren Ausdruck durch eine Gnadenverschreibung,⁴⁹ in der ihre hohen Verdienste auf dem Warschauer Reichstag und in Krakau um die Erlangung der Kuratel in den höchsten Tönen gelobt wurden.

b. Auseinandersetzung Löben-Rheydt.

Die Beseitigung Hübners war ein Schritt auf des Kanzlers Wege zur Wiedererlangung der Allmacht beim Kurfürsten. Noch aber war der Hauptschlag gegen die vorwärts drängenden Machtpolitiker, die aus dem Territorialen heraus wollten, nicht getan. Der Hauptgegner des Kanzlers war und blieb der Freiherr von Rheydt.

Hübners Ausscheiden aus dem Geheimen Rat und seine Begleitumstände beleuchtete blitzartig die gespannten Verhältnisse dieses Kollegiums, die bei jeder prinzipiellen Frage zur Explosion führen mußten. Über seine Wirksamkeit sind wir nicht so gut unterrichtet, wie wir es nach der Geheimen Ratsordnung eigentlich erwarten sollten. Denn nach dem 1. Januar 1605 ist uns kein Protokoll über die Sitzungen des Rates überliefert. Die Beratungen müssen aus den Relationen, Resolutionen und den anderen überlieferten Schriftstücken rekonstruiert werden. Der Grund für das Fehlen der Protokolle ist nicht unbedingt sicher anzugeben. Nach dem Zustand der überlieferten Akten ist ein Verlust dieser Berichte eigentlich kaum anzunehmen. Es liegt schon näher die Vermutung, daß die Anfertigung von Verhandlungsberichten einfach unterblieben ist. Das mag sich aus den ganzen Verhältnissen erklären. Diese neue Behörde kannte noch nicht die Regelmäßigkeit und Exaktheit der Gegen-

49. A. Br. I. S. 542. Nr. 575.

wart. Die Regelmäßigkeit der Sitzungen wurde unterbrochen durch die verschiedenen Sondermissionen der Geheimen Räte. So kann es gekommen sein, daß die jeweils anwesenden Räte zur Beratung zusammentraten, ohne daß die amtlich bestellten Sekretäre etwas davon erfahren hätten. Die mangelhafte Protokollierung erfahren wir aus einer Relation der Geheimen Räte vom November 1605,⁵⁰ in der sie die Bestellung eines Protokollisten in Aussicht stellten, die der Kurfürst gefordert hatte. Auch Rheydt beklagte sich über mangelhafte Protokollführung im Geheimen Rat.⁵¹ Trotz dieser Bemängelung der Geschäftsführung ist aber anscheinend keine Abhilfe geschaffen worden. Besonders auffällig ist, daß in den Neubestellungen der Geheimen Sekretäre Heßhusen und Hase⁵² vom 14. April 1607 unter der Aufzählung ihrer Pflichten die des Protokollführens in den Sitzungen des Geheimen Rates nicht erwähnt worden ist.

Im Folgenden soll versucht werden, ein Bild von dem Wirken des Geheimen Rates während des Jahres 1605 zu geben, soweit es sich aus den Relationen der Geheimen Räte und anderen Aktenstücken ergibt. Hierbei ist noch zu bemerken, daß in den Relationen des Kanzlers und der Geheimen Räte nicht einmal von einer Meinungsverschiedenheit innerhalb des Kollegiums die Rede ist. Um ein klares Bild über den wahren Zustand zu erhalten, müssen wir zur Ergänzung andere Schriftstücke heranziehen. Die besten Aufschlüsse gibt hierfür die Korrespondenz zwischen Beyer und Rheydt, die schonungslos die ganze Situation kennzeichnet.

Nach den stürmischen Sitzungen Anfang Mai sind die Nachrichten über die Tätigkeit des Geheimen Rates im Jahre 1605 sehr spärlich und mangelhaft. Es hat ganz den Anschein, als ob das Kollegium nur recht selten einigermaßen vollzählig zusammengetreten wäre. Schon die Resolution vom 10. Mai 1605 über Hübners Entlassung ist nur an Pruckmann und Pistoris gerichtet. In den Tagen darauf müssen Beratungen stattgefunden haben nach einer Relation von Kanzler und Geheimen

50. A. Br. I. S. 560. Nr. 607.

51. A. Br. II. S. 267. Nr. 1028 B.

52. A. Br. III. S. 9. Nr. 1559.

Räten vom 13. Mai.⁵³ Es handelte sich jetzt für Brandenburg darum die erhebliche Summe von 300 000 polnischen Gulden aufzubringen, die der Preis für die Erteilung der Kuratel war. Der Geheime Rat Dieskau war bestimmt nicht anwesend, ebensowenig Rheydt, der sich noch im Rheinland befand. Dieskau war in Anleiheverhandlungen beim Landgrafen von Hessen und in Erfurt.⁵⁴

Ende Mai begab sich eine Gesandtschaft nach Preußen zur Regelung der Kuratelfrage. Vom Geheimen Rat nahm Pistoris daran teil. Die Instruktion ist vom 23. Mai 1605.⁵⁵ Man kann also annehmen, daß in den Tagen vorher Beratungen über diese Fragen stattgefunden haben, denn gewöhnlich trugen die Instruktionen das Datum des Tages der abschließenden Beratung. Für den Juni können wir nur eine Beratung feststellen an Hand einer Relation,⁵⁶ deren Konzipient Pruckmann war.

Am 1. Juli 1605 erging eine Resolution an die Stadt Kyritz,⁵⁷ von der ausdrücklich bemerkt wird, daß sie gefaßt wurde, „nach gehaltenem Rath unsers Canzlers und andern geheimbten Cammerräthen.“ Wer das aber war, wird nicht berichtet. Als bestimmt abwesend können wir nur Rheydt und Pistoris feststellen. In diesem Schriftstück ist von „Geheimen Kammerräten“ die Rede. Diese Bezeichnung erscheint verschiedentlich in den Aktenstücken. Nach Art der Anwendung dieses Ausdrucks, die nicht regelmäßig ist, müssen wir annehmen, daß mit dieser Bezeichnung keine Differenzierung unter den Geheimen Räten stattfinden sollte. Soweit aus den Akten hervorgeht, kommen unter diesem Titel alle Mitglieder des Kollegiums vor.

Im Juli hören wir nur von der Tätigkeit des Kanzlers und der Geheimen Räte Waldenfels und Pruckmann. Davon war Pruckmann seit etwa Mitte Juli bis zum 21. auf dem Ständetag in Prenzlau.⁵⁸ Von Dieskaus Tätigkeit ist nichts bekannt.

53. A. Br. I. S. 328. Nr. 275.

54. A. Br. I. S. 328. Nr. 275.

55. A. Br. I. S. 337. Nr. 292.

56. A. Br. I. S. 354. Nr. 324.

57. A. Br. I. S. 391. Nr. 352.

58. A. Br. I. S. 419. Nr. 392.

Er ist aber wohl in Berlin gewesen, denn am 26. Juli erhielt er eine Instruktion für eine Mission nach der Kurpfalz und Hessen-Kassel.⁵⁹ Es heißt darin, daß der Kurfürst „den Sachen sorgfältig pro et contra nachgedacht und endlich im Rhat befunden“, daß es das Beste wäre, Pfalz und Hessen um Vermittlung im schwedisch-polnischen Kriege zu ersuchen. Es hat also eine Ratssitzung stattgefunden, an der Löben, Waldenfels, Pruckmann und Dieskau teilgenommen haben. Die Anwesenheit der ersten drei sehen wir aus einem Schreiben an Kurfürst und Markgraf vom 25. Juli 1605.⁶⁰

Nach Dieskaus Abreise waren von den neun in der Ratsordnung vorgesehenen Geheimen Räten im ganzen drei in Berlin anwesend; Löben, Waldenfels und Pruckmann. Von förmlichen Sitzungen wird in dieser Zeit — Ende Juli bis Mitte August — weniger die Rede sein können.

Mitte August etwa kehrte Rheydt nach Berlin zurück. Er war am 27. Juli von Wesel abgereist und hatte sich zum Landgrafen Moritz von Hessen begeben, den er auf Umwegen nach 5 Tagen in Marburg erreichte. Nach Erledigung seines Auftrages ist er dann tags darauf nach Berlin abgereist.⁶¹

In Berlin wurde die Preußenfrage beraten. Am 22. August hat eine Ratssitzung stattgefunden, wie aus einer Bemerkung Pruckmanns auf einer kurfürstlichen Resolution ersichtlich ist.⁶² Es waren dabei anwesend: Rheydt, Löben, Waldenfels und Pruckmann.

Die Rückkehr des Freiherrn von Rheydt scheint die Tätigkeit des Kollegiums vorübergehend etwas belebt zu haben. Denn aus dieser Zeit finden wir in kurzen Abständen eine Denkschrift der Geheimen Räte über die Reise des Kurfürsten nach Preußen und verschiedene Relationen, die sicher das Ergebnis von Beratungen sind.

Das große bevorstehende Ereignis war die kurfürstliche Reise nach Preußen zur endgültigen Regelung der ganzen schwebenden Fragen. Hierüber wird man sicher Rat gehalten

59. A. Br. I. S. 433. Nr. 401.

60. A. Br. I. S. 421. Nr. 397.

61. A. Br. I. S. 574. Nr. 626.

62. A. Br. I. S. 449. Nr. 427.

haben, wenn wir auch nichts davon erfahren. Aus dieser Zeit — September 1605 — haben wir nur ganz vereinzelt Nachrichten über die Geheimen Räte. Rheydt scheint nicht in Berlin gewesen zu sein, vielleicht war er in Caputh auf seinem Gut. Am 26. September reiste der Kurfürst nach Preußen ab. In Brandenburg ließ er einen Statthalter zurück, dem Geheime Räte zur Seite standen. Es waren dem Statthalter Grafen Hohnstein Dieskau und Pruckmann beigegeben, wie aus ihrer Instruktion zu ersehen ist.⁶³ Den Kurfürsten begleiteten Graf Schlick, Rheydt und Löben.⁶⁴ Pistoris war bereits seit Mai in Preußen. Damit war der Geheime Rat in Berlin als Behörde für die Zeit der Abwesenheit des Kurfürsten aufgehoben.

Die Statthalterinstruktion gibt einen guten Überblick über die Regierungsweise in Brandenburg bei Abwesenheit des Kurfürsten außer Landes. Dieskau und Pruckmann hatten alle Schreiben auch die an den Kurfürsten persönlich gerichteten zu öffnen und darüber gemeinsam mit dem Statthalter zu beraten, bzw. seine Meinung schriftlich einzuholen. Das Ergebnis der Beratungen hatten sie in Relationen dem Kurfürsten mitzuteilen, der dann seine Resolutionen erließ. In dringenden Angelegenheiten waren sie befugt, sofort an des Kurfürsten Statt die nötigen Maßnahmen zu treffen und Antworten zu erteilen.

Das Ganze war ein Rückfall in vergangene Zeiten. Die Geheimen Räte in der Mehrzahl blieben nicht in der Zentrale, sondern befanden sich in der Umgebung der Kurfürsten, der sich ihrer nach Bedarf bediente. Jedes systematische Arbeiten, wie es einer Behörde eigen ist, hatte damit wieder aufgehört für etwa zwei Monate bis Ende November, als man sich wieder allmählich in Berlin versammelt hatte.

Die Reise des Kurfürsten nach Königsberg ist ohne jedes Ergebnis gewesen. Joachim Friedrich hatte sich mit seinem Gefolge von den preußischen Oberräten aus dem Lande herauskomplimentieren lassen mit der Begründung, daß in Abwesenheit des Herrschers der Landtag zu Zugeständnissen geneigter sein würde, was aber keineswegs nachher der Fall war.

63. A. Br. I. S. 491. Nr. 494.

64. A. Br. I. S. 509. Nr. 523.

Ende November können in Berlin Beratungen festgestellt werden. Es treten dabei aber nur Rheydt, Löben und Waldenfels hervor, die die Relationen unterzeichnet haben.⁶⁵ Dieskau begleitete den Markgrafen Johann Sigismund auf seiner Reise nach Hessen und der Pfalz.⁶⁶ Über Pruckmanns und Pistoris' An- oder Abwesenheit ist nichts festzustellen.

Auch für das Jahr 1606 fehlen jegliche Protokolle über regelmäßige Sitzungen des Geheimen Rates. Im Januar müssen den Akten nach relativ regelmäßig Beratungen stattgefunden haben. Anwesend waren Löben, Waldenfels, Pruckmann und Pistoris. Auffällig ist, daß Löben mehrfach die Relationen von Kanzler und Geheimen Räten nur allein unterzeichnet hat und daß auch Resolutionen über allgemeine Fragen persönlich an Löben gerichtet sind, der dann die Dinge im Kollegium beraten lassen sollte.⁶⁷ Es sind dies sicher Zeichen des stetig wachsenden Einflusses des Kanzlers. Im Februar war Rheydt wieder in Berlin, während Pruckmann vom 9. bis 14. Februar auf dem Ständetag in Neuruppin war.⁶⁸ Der Hauptpunkt der Beratungen war zweifellos die Mission Löbens und Waldenfels' nach Warschau, die die Übergabe der Kuratel bringen sollte, in welchem Zusammenhang auch die Reise des Kurfürsten zur persönlichen Lehnseidleistung besprochen wurde.⁶⁹ Die Instruktion für diese Gesandtschaft ist vom 10. Februar 1606 datiert.⁷⁰ Kurz darauf sind diese auch abgereist, denn schon am 15. Februar erging ein Reskript an die Gesandten,⁷¹ dessen Konzept von Pistoris angefertigt worden ist.

65. A. Br. I. S. 559. Nr. 607.

S. 563. Nr. 613.

S. 565. Nr. 618.

S. 566. Nr. 620.

66. A. Br. II. S. 4. Nr. 699.

S. 20. Nr. 727.

67. Vgl. A. Br. II. S. 13. Nr. 710.

S. 21. Nr. 728.

S. 44. Nr. 755.

68. A. Br. II. S. 82. Nr. 782.

69. A. Br. II. S. 68. Nr. 771.

70. A. Br. II. S. 59. Nr. 769.

71. A. Br. II. S. 88. Nr. 783.

Durch diese Gesandtschaft entstand wieder eine große Lücke im Geheimen Rat. Der Kanzler muß seine Stellung für völlig gesichert angesehen haben, daß er sich von der Zentrale entfernte unter Zurücklassung seines Gegners Rheydt. Denn man hätte annehmen können, daß dieser nun die Gelegenheit benutzen würde, um den Kurfürsten für sich gegen den Kanzler zu gewinnen, der es verstanden hatte, die Beratung der niederländischen Mission noch immer zu verschleppen. Daß ihm dies gelang, ist ein Zeichen für die Machtposition Löbens, der die Geheimen Räte mehr und mehr in den Hintergrund drängte. Damit stimmen auch die oben gemachten Beobachtungen überein.⁷²

Rheydt machte aber keinerlei Anstrengungen, um beim Kurfürsten so vorzuarbeiten, daß die Ergebnisse seiner Gesandtschaft nach den Niederlanden endlich doch anerkannt würden. Als er nach seiner Rückkehr die ihm wenig günstige Stimmung merkte, zog er sich resigniert auf sein Gut in Caputh zurück und trat auch nach der Abreise Löbens nicht in Tätigkeit. Er trieb dies Fernbleiben vom Hofe soweit, daß es selbst dem Kurfürsten auffiel und er nach den Gründen fragte.⁷³

So geschah es, daß der Geheime Rat als Behörde wieder nur mit zwei Geheimen Räten besetzt war wie während der Reise des Kurfürsten nach Preußen, d. h. er war keine Behörde im eigentlichen Sinne mehr. Pruckmann und Pistoris bildeten während dieser Zeit das Kollegium. Da Pruckmann mehrfach auch noch Verhandlungen auf Ritterschaftstagen zu führen hatte, so hatte Pistoris den größten Teil der Regierungsgeschäfte zu erledigen bis zur Rückkehr der Gesandten aus Warschau etwa Mitte Mai 1606.

Während der Abwesenheit von Löben und Waldenfels griff der Thronfolger, Johann Sigismund in den Lauf der Dinge ein. Im April bat der Markgraf seinen Vater, nun endlich eine Beratung der westdeutschen Fragen zu veranlassen.⁷⁴ Es war unterdessen fast ein Jahr vergangen, daß Rheydt mit Kurpfalz und den Niederlanden Verträge abgeschlossen hatte. Diese lagen

72. Vgl. S. 53.

73. A. Br. II. S. 90. Nr. 786.

74. A. Br. II. S. 159. Nr. 851.

noch wohlversiegelt im Archiv und kein Geheimer Rat hatte genaue Kenntniss von dem tatsächlichen Inhalt.

Wie erinnerlich hatten Rheydt und Pruckmann im Januar 1605 die Verhandlungen mit der Kurpfalz aufgenommen. Diese hatten, soweit sie die Heiratsverabredung und den Verein mit der Kurpfalz betrafen, einen verhältnismäßig glatten und günstigen Verlauf genommen.

Pfalz hätte es lieber gesehen, wenn die Brandenburger so gleich in Heidelberg einen Vertrag mit dem Gesandten der Niederlande, dem Dr. Brederode, abgeschlossen hätten über die Inanspruchnahme der niederländischen Hilfe zur Erlangung der Jülicher Erblande. In diesem Punkte gingen aber Rheydt und seine Mitgesandten nicht von ihrer Instruktion ab und setzten die ursprünglich vorgesehene gemeinsame Gesandtschaft nach den Niederlanden durch.

Der Staatsvertrag zwischen Kurpfalz und Brandenburg war abgeschlossen der Jülicher Lande wegen.⁷⁵ „Daß demnach wir beederseits dies zu Gemuet gezogen und nit allein unsers jeden besonderen Interesse, sondern auch gemeines Bestes willen, damit solche stattliche Fürstenthumb, Graf- und Herschaften bey dem Heyligen Römischen Reich erhalten und nit, wie sonst zu besorgen davhon gerissen und in frembde Händ gebracht.“ Sie wollten sich gegenseitig helfen, um zur Sukzession und auch Administration in Jülich zu gelangen, ohne daß dadurch den anderen Erbprätendenten, den Pfalzgrafen von Neuburg und Zweibrücken, Eintrag an ihren Ansprüchen geschehen sollte.

Um in den Besitz der Lande zu gelangen bedürften sie ihrer Meinung nach der Hilfe der Niederlande. Zu diesem Zweck sollte eine gemeinsame Gesandtschaft nach den Generalstaaten gehen: zur Tätigung eines Vertrages, in dem den Holländern geldliche Unterstützung für ihre Hilfe gewährt werden sollte.

Da vom Kaiser allerlei Hofmandate, Inhibitionen und Bedrohungen zu gewärtigen wären infolge dieses Vertrages, so sollte er geheim gehalten bis er durch die eventuelle Exekution von selbst offenbar würde.

75. A. Br. I S. 228. Nr 123.

„Und ⁷⁶ soviel die kayserlichen mandata oder anderen Proceß betrifft, sollen dieselbe an dieser unser freundbrüderlichen Verein und Zusammensetzung, auch Näherung und Handhab obgemelter unserer Rechten nicht hindern, sondern wir einander berhaten, beistendig und beholfen sein, die Kais. M. (deren wir nicht weniger als bisshero allen schuldigen Respect gerne leisten wollen) von dergleichen Processen und Eintrag abzuweisen.“

Bemerkenswert an diesem Vertrage ist, daß er nicht nur die eigenen Erbinteressen schützen sollte, sondern auch Rücksicht auf den Bestand des Reiches nehmen und den Verlust von deutschen Landen verhindern sollte. Das zeigt, daß man hier einmal entgegen der sonstigen Gewohnheit den Standpunkt engherziger Kleinstaaterie aufgegeben hatte und willens war, allgemeine deutsche und protestantische Interessen zu vertreten. Wie weit der Gedanke in die Tat umgesetzt werden sollte, sei dahingestellt; aber die Tatsache, daß in einem Vertrage zweier Territorialfürsten die Verteidigung von Reichsinteressen erwähnt wurde, darf als Vorbote einer neuen Zeit gewertet werden. Zweifelsohne wurde diese Tendenz begünstigt durch die Verhandlungsteilnehmer. Die Pfälzer waren die Vermittler zwischen dem Reich und Westeuropa. Sie hatten Anteil genommen an den französischen Religionskriegen und standen auch sonst mit Heinrich IV. von Frankreich in Verbindung. Rheydt, vom Niederrhein stammend, war mit Holländern und französischen Protestanten in Berührung gekommen. In den Kämpfen der Spanier mit den Niederlanden, die auch auf seine Heimat übergegriffen hatten, hatte er erfahren, daß es noch andere politische Ziele zu vertreten gab neben den rein territorialen. So war der Abschluß des Vertrages sicher leichter geworden, als wenn etwa ein gebürtiger Märker der Verhandlungspartner gewesen wäre.

An früherer Stelle wurde schon erwähnt, wie aus dem Schriftwechsel zwischen Rheydt und dem Kurfürsten hervorgeht, daß man in Berlin keineswegs für die von Rheydt befürwortete Aktivität zu haben war und klaren Entscheidungen im

76. A. Br. I. S. 229. Nr. 123.

Westen auszuweichen wünschte wegen der unklaren Lage in Preußen.

Auf der Durchreise durch die jülich-schen Lande auf dem Wege von der Pfalz nach den Niederlanden und wiederum nach Abschluß der niederländischen Verhandlungen hatte Rheydt die jülich-sche Erbfolgefrage energisch zu fördern gesucht. Er war mit den Patrioten in Verbindung getreten und hatte für Brandenburg geworben mit dem Erfolge, daß sich zwei führende Persönlichkeiten für den Kurfürsten von Brandenburg erklärten.⁷⁷

In den Niederlanden hatte Rheydt sehr vorsichtig und langsam verhandelt. Für den Abschluß machte er anfangs noch Vorbehalte, weil er noch nichts über den Ausgang der preußisch-polnischen Verhandlungen in Krakau erfahren hatte. Außerdem sah er damals noch nicht klar, wo die Spanier, die wieder eine rege Kriegstätigkeit aufgenommen hatten, am Niederrhein hinaus wollten.⁷⁸

Am 24. April 1605 hat er den Vertrag mit den Niederlanden abgeschlossen zur Zufriedenheit des Kurfürsten, wie er hoffte. Da er bis dahin von den Preußenverhandlungen noch nicht genaue Nachricht erhalten hatte, hatte er die Festsetzung der Zahlungstermine noch offen gelassen und sie in das Belieben des Kurfürsten gestellt, der sich nach etwa zwei Monaten erklären sollte. Eine Kopie des Vertrages übersandte Rheydt nicht der Gefährlichkeit auf der Post wegen.

Währenddessen hatte er sich wieder energisch mit den Verhältnissen in Jülich selbst befaßt. Seiner Meinung nach sollte man versuchen, die Landschaft mit allen Mitteln für Brandenburg zu gewinnen, nicht allein in geheimen Verhandlungen, sondern auch öffentlich mit unverfänglichen Mitteln. So sollte man im Namen von Pfalz und Brandenburg einen Generallandtag beantragen. Hierüber hatte er bereits mit Vollrad von Plessen, dem kurpälzischen Abgeordneten im Haag und auch mit den Patrioten verhandelt. Diese hatten zugestimmt. Er glaubte

77. A. Br. I. S. 278. Nr. 181.
S. 284. Nr. 206.

78. Relation von Rheydt A. Br. I. S. 293. Nr. 232.

nämlich, daß auf dem Landtag, den die jülich-schen Räte zu verhindern suchten, alle mit ihrem Willkürregiment Unzufriedenen sich den beiden Kurhäusern anschließen würden. Er hegte dabei auch noch die Hoffnung, die Geschlossenheit der Räte erschüttern und einige für sich gewinnen zu können. Auch die Herzogin Marie Eleonore von Preußen versprach sich hiervon Erfolge.⁷⁹ Bei einem Einfall der Spanier in die Lande müßten für die Patrioten Briefe und Patente hinterlegt sein im Namen der beiden Kurhäuser. Über den Inhalt hatte er sich schon mit Plessen geeinigt, der auch eine Kopie davon mit nach Heidelberg nahm. Rheydt bat den Kurfürsten um Genehmigung dieser Schreiben.

In diesen Verhandlungen und Korrespondenzen tritt das Wesen Rheydts deutlich hervor. Er trat für eine tatkräftige aktive Politik ein und suchte auch den Kurfürsten dafür zu gewinnen. Er suchte in den jülich-schen Landen den Übergang an Brandenburg vorzubereiten wie es in den Verträgen mit der Pfalz und den Niederlanden verabredet war. In seiner letzten Relation⁸⁰ aus den Niederlanden berichtete er von dem hohen Ansehen, das Brandenburg bei den Niederländern besitze, um Joachim Friedrich für die geschlossenen Verträge günstig zu stimmen und ihm das Zusammengehen mit den Niederlanden zu empfehlen, da „sich die guete Leutte gegen E. Ch. G. hochlich anerbotten haben und ist an ihnen ganz kein Zweyfel, was sie werden thuen können.“

Doch so schnell war der Kurfürst für eine weitsichtige Politik nicht zu gewinnen. Er war wohl mit Rheydts Abschluß zufrieden. Lieber wäre es ihm zwar gewesen, wenn es ohne Geld gegangen wäre; doch wenn die Offension zu groß dadurch werden würde, so sollten die Zahlungen geleistet werden. Der Schluß des Schreibens⁸¹ ist für Joachim Friedrich bezeichnend: „Und stellen sonsten dasjenige, was wieder unser Hauss des Orths bisshier practiciret worden, dem lieben Gott anheimb, der seiner Gerechtigkeit nach unserer gerechten Sache wohl

79. A. Br. I. S. 297. Nr. 238.

80. A. Br. I. S. 326. Nr. 267.

81. A. Br. I. S. 335. Nr. 280.

beyzustehen und alles zu seines Namens Lob und Ehre kreftiglich hinauszuführen wissen wird.“

Das war der wahre Standpunkt des Kurfürsten und diesen unterstützte sein bester Vertrauensmann, der Kanzler Löben. Auch er gibt dieser Anschauung Ausdruck, wenn er an Johann Sigismund schreibt,⁸² daß „der Event nicht alwege den consiliis correspondieren will, weil derselbe in der Hand des Almaechtigen stehet.“

Stellt man Rheydts politische Anschauung dagegen, so tun sich zwei Welten auf, die nicht zu vereinigen waren. Rheydt hatte den politischen Aufstieg des Staates im Sinne, den er zu vertreten hatte. Alle Gelegenheiten wollte er politisch genutzt wissen und vertrat durch die Betonung der Machtinteressen des kurbrandenburgischen Staates auch zugleich die Sache des deutschen Reiches und der Protestanten. Löben und mit ihm auch dem Kurfürsten war es zu viel, mit mehreren Möglichkeiten zugleich zu operieren; sie beschränkten sich auf eine Sache und stellten die anderen der Zeit und dem Schicksal anheim.

Das Vertragsexemplar für Brandenburg hat Rheydt nicht persönlich mitgenommen, da er im Anschluß an seine Mission im Haag nach seiner Heimat sich begab, um dort wieder für den Anschluß an Brandenburg zu wirken. Die Verhältnisse dort erschienen ihm zu unsicher, als daß er ein so wichtiges und geheim zu haltendes Dokument mit sich führen wollte. Er übergab es Reichard Beyer, der nach Holland nachgekommen war und nun zurück den sicherer erscheinenden Seeweg über Hamburg nahm. Beyer kam in Berlin erst gegen Mitte Juni an, zur Zeit als der Kurfürst vollauf mit den preußischen Fragen beschäftigt war. So kam es, daß diese Urkunde ins Archiv gelegt wurde, ohne geöffnet und studiert worden zu sein.

Rheydt selbst hatte bei seiner Arbeit in Jülich gemerkt, daß ein großer Teil der Stände Brandenburg gutgesinnt war. Er hielt es nun aber für dringend notwendig, daß Brandenburg etwas von sich hören ließe, besonders da die Pfalzgrafen stets in Tätigkeit wären und so leicht dem gemeinen Mann als die wahren Sukzessionsberechtigten erscheinen könnten. Er bat

82. A. Br. IV. Nr. 2340.

deshalb, die schon mehrfach geforderten Schreiben an die Räte und die Landschaft in Jülich endlich abzusenden, damit die Brandenburg Wohlaffectionierten in ihrer Treue unterstützt würden. Auch „haben E. Ch. G. itzige Zeit inmaßen es alle Wolaffectionirte davhor halten, die beste Occasion rei bene gerendae in Händen, so sich konftig nicht besser schicken und fuegen konen, dagegen der Sachen Widerwertige alle Ungelegenheit und Beschwerung alse sie künftig nimmer mehr zu gewertigen haben mögen, inmaßen zu meiner Widerkonft E. Ch. G. solchs weiltlöftig underthenigst kan deduciret werden.⁸³

Da in Berlin aber die Preußenfrage alle anderen Dinge in den Hintergrund drängte, so erfolgte nichts von hier aus trotz der Dringlichkeit der Schreiben Rheydts. Man verlangte nur seine möglichst umgehende Rückkehr nach Berlin, die Anfang August 1605 erfolgte.

Hier erhielt der Freiherr umgehend so viel neue Aufträge anderer Art, daß es ihm unmöglich wurde, einen Schlußbericht sofort einzuliefern.

Die weitere Behandlung der ganzen Frage ist erstaunlich.

Anfang Oktober 1605, als Johann Sigismund sich zu Verhandlungen nach der Pfalz begeben wollte, wobei auch der Vertrag mit den Staaten zur Sprache kommen sollte, die Möglichkeit dazu wenigstens wahrscheinlich war, zu dieser Zeit war der Originaltext noch nicht bekannt, wie es Pruckmann, der Vizekanzler, Johann Sigismund gesteht.⁸⁴ Die Urkunde lag noch fest versiegelt im Archiv. Der Kanzler Löben und mit ihm fast alle Geheimen Räte hatten nur Preußen im Sinn und glaubten die westdeutschen Fragen vernachlässigen zu können, die ihnen ohnehin unangenehm und zu umfangreich erschienen.

Endlich im Dezember kam Rheydt dazu, seinen Bericht über die Sendung nach den Niederlanden⁸⁵ einzureichen. Bei der Übergabe kam es zwischen ihm und Löben zum Zusammenstoß, wobei Löbens Art und Absicht offenkundig wurden. Der Kanzler empfing den Bericht und warf ihn auf den Tisch mit dem Bemerken, daß die Angelegenheit mit den Staaten noch Zeit

83. A. Br. I. S. 351. Nr. 317.

84. A. Br. I. S. 500. Nr. 515.

85. A. Br. I. S. 568. Nr. 626.

hätte. Johann Sigismund würde bald aus der Pfalz zurückkommen und dann würde man sehen. Auch eine Erinnerung Rheydts, daß man sich über die Zahlungstermine entscheiden und den Niederlanden Nachricht zukommen lassen müsse, brachte Löben von seiner Ansicht nicht ab.⁸⁶

Das bedeutete, daß man die Sache auf die lange Bank schieben und möglichst einer klaren Entscheidung ausweichen wollte. Rheydt mußte mit Erstaunen und Schrecken sehen, wie auf den politischen Aufschwung im Anfang des Jahres, der zu guten Erfolgen geführt hatte, einige völlige Wendung eingetreten war, die wieder zu der alten Territorialpolitik mit ihrer Zaghaftigkeit zurückführte. Man war willens gewesen, eine tatkräftige Politik zu führen, die alle Sukzessionsansprüche Brandenburgs fördern und durchführen sollte. Aber die finanziellen Leistungen, die zur Durchführung dieser Politik nötig waren, überstiegen die Kräfte des Landes. Unglücklicherweise fielen die Zahlungsverpflichtungen, die aus dem polnisch-preußischen Verträge und dem mit der Pfalz und den Niederlanden erwachsen, in dieselbe Zeit, so daß ihre Durchführung unmöglich wurde. Dadurch wurde der politische Umschwung hervorgerufen, dessen erstes Opfer Hübner war; aber auch Rheydt sollte an dieser Klippe scheitern.

Sein wenig geschicktes Verhalten dem Kurfürsten gegenüber trug mit zu den Schwierigkeiten bei, die ihm aus Anlaß seiner holländischen Mission gemacht wurden. Durch sein bewußtes Meiden des Hofes gab er seinen Gegnern, besonders Löben, zumindest die Gelegenheit gegen ihn zu arbeiten.

So konnte es Löben durchsetzen, die Beratung über die von Rheydt abgeschlossenen Verträge zu verschleppen. Erst Johann Sigismund brachte mit seinem oben erwähnten Schreiben die Dinge in Fluß.⁸⁷ Der Grund hierfür war die Ankunft eines Vertreters der jülichischen Stände und der Anhänger Brandenburgs in Berlin, der Brandenburg um Hilfe in den schwierigen Verhältnissen bat.

86. A. Br. II. S. 339, Anm. 5. Nr. 1114.

87. Vgl. S. 54.

Als die Gesandten aus Warschau im Mai 1606 zurückgekommen waren, wurden endlich die Beratungen aufgenommen und die eingereichten Schriften entsiegelt.

Dafür wurde aber keine Sitzung im Geheimen Ratskollegium angesetzt, sondern jede Partei reichte ihre Bedenken schriftlich dem Kurfürsten ein. Am 24. Mai übergaben Löben, Waldenfels, Pruckmann und Pistoris eine Denkschrift über die Jülichsche Sukzessionsfrage und den Vertrag mit den Niederlanden.⁸⁸ Löben hielt offenbar seine Zeit für gekommen und benutzte die günstige Gelegenheit, um zum Generalangriff auf seinen Widersacher anzusetzen. Er begann sein Schreiben mit einer ausführlichen historischen Einleitung über die Entwicklung der jülichischen Erbfolgefrage seit der Eheschließung Johann Sigismunds mit der Prinzessin Anna von Preußen, der Tochter der ältesten jülichischen Erbtöchter Marie Eleonore, Herzogin von Preußen. Er behauptete darin, daß bei dieser Heirat „nicht principaliter uf die Antwartung und Succession der jülichen und anderer incorporirter Lande gesehen worden, sondern secundarie, wie mihr dem Canzler... genugsam bekannt.“ Anschließend an diese historische Darstellung begann der eigentliche Angriff, die Kritik an dem niederländischen Vertrage. So wie der Vertrag abgeschlossen war, wollte er ihn überhaupt nicht anerkennen.

Seine Bedenken waren im einzelnen: Der Name des Kurfürsten war im Vertrage genannt, obwohl es nach der Instruktion angeblich hatte vermieden werden sollen.

Der Vertrag war nicht mit dem Siegel der Herrn Staten beschlossen, sondern nur mit dem der Unterhändler. Wenn diese sterben sollten, und das Regierungskollegium der Generalstaaten wüßte von nichts, so könnte leicht der Vertrag seine Gültigkeit verlieren.

Man hätte das Geld nicht vor der Ratifikation des Vertrages auszahlen sollen, besonders da die Staaten sich nicht *praecise et pure*, sed *conditionaliter* verpflichtet hätten, obwohl die Instruktion einen unbedingten Vertrag vorgesehen hätte.

Im Vertrage wäre die Verpflichtung zur Truppenstellung keineswegs allgemein für die Holländer festgelegt, sondern laute

88. A. Br. II. S. 217. Nr. 950.

nur auf Assistenz. „Dieses war aber anders bedacht, als sollten die Hern Staden das Werck pro illa recompensa effectuiren, wie die Instruktion formaliter mitbringet.“

Auch die Zahl der Truppen wäre nicht bis auf den Mann genau festgelegt und auch nicht das Zubehör genau spezifiziert aufgestellt.

Endlich wäre diese Verpflichtung von dem Zustand und der Wohlfahrt abhängig gemacht, was Löben ebenfalls als einen Faktor der Unsicherheit ansah, obwohl er zugab, daß schließlich jeder Vertrag implicite diese Einschränkung mache. Und er fragte, warum das Haus Brandenburg bei einer solchen Unsicherheit der Lage so viel Geld zahlen sollte. Offenbar hatte er nicht gemerkt, daß er mit diesem Vorwurf eine besonders gute Angriffsfläche bot, denn in Polen war die Lage auch nicht sicherer und nach seinem Vertrage mußte eine enorme Summe nach Warschau gezahlt werden.

Wie Brandenburg das nötige Geld aufbringen sollte, wußte Löben nicht zu raten, da er von Anfang an gegen diese Politik gewesen war. Er hielt es für das Beste, bei Holland um Vertragsaufschub einzukommen mit der Begründung, daß die preußische Sache Brandenburgs Kräfte augenblicklich fast schon über das Vermögen anspanne. Die Niederländer sollte man an Frankreich verweisen, da der protestantische Heinrich IV. ihnen gut gesinnt wäre und ebenfalls ein Interesse an der Niederhaltung der katholischen Mächte Spanien und Habsburg am Niederrhein hätte.

Löben sah die Rechtslage in Jülich für Preußen-Brandenburg noch keineswegs für einwandfrei feststehend an und riet zu einer neuerlichen Einholung eines Rechtsgutachtens hoher angesehener Juristen.

Rheydts Vorschläge zur Gewinnung und Informierung der Landstände in Jülich ließ er sich gefallen, so lange dies unbemerkt vor sich gehen könnte. Unbedingt war er aber gegen die Forderung eines Landtages, da sie seiner Meinung nach nutzlos wäre.

Trotz aller Mißerfolge wollte er nochmals in gütliche Verhandlungen mit dem Kaiser treten und war deshalb für strengste Geheimhaltung des Vertrages. Wenn der Kaiser endlich ab-

lehnen würde, so könnte man der ganzen Sache näher treten. „kan man ordinaria via dortzugelangen, so ist kein Kost zu sparen, die Zeit wird alles wider bringen, ist auch dabei desto mehr Gedei, Segen und Wolfart zu hoffen.“ „Des Herrn Canzlers Meckbachs seligen Diskurs hat nichts uf sich, hat denselben oft geendert. Zu deme ist zwar solcher gefertigt worden, an E. Ch. G. Herrn Vatern loblicher, christseliger Gedechnus zu bringen, aber er hat es hernach, wie mihr dem Canzler bewußt, selber widerraten.“

Johann Sigismund hatte in seiner Denkschrift auf die erwähnte Schrift Bezug genommen, mit der Joachim Friedrich als Administrator, seinen Vater, den Kurfürsten Johann Georg, für eine energische Politik in der jülichischen Frage gewinnen wollte. „Er appellierte also von dem heutigen Joachim Friedrich an den damaligen.“⁸⁹

Betrachtet man die Denkschrift der Geheimen Räte als Ganzes, so bedeutete sie einen Versuch der Widerlegung und Ablehnung der gesamten Politik, die Rheydt als Sachverständiger in westdeutschen Fragen mit weitgehendem Blick einzuleiten versucht hatte. Im Einzelnen warfen die Geheimen Räte Rheydt Überschreitung seiner Instruktionen im Haag vor, wohl mit der schwerste Vorwurf für einen Unterhändler und Gesandten. Löben suchte wieder auf die seiner Meinung nach altbewährte Politik zurückzulenken. Wenn er am Schluß die Denkschrift des damaligen Magdeburger Kanzlers Meckbach als unerheblich hinstellte, so verleugnete er damit seine eigene frühere Tätigkeit. Denn gerade in jenen Jahren ist er der erste Mitarbeiter des alten Meckbach gewesen, als Joachim Friedrich seinen Vater Johann Georg zu größerer Aktivität in diesen westdeutschen Fragen bewegen wollte. In diesem Kampfe kam es Löben selbst darauf nicht an, seine eigene frühere Tätigkeit und Ansicht zu verurteilen.

Bei diesem außerordentlich scharfen Angriff war es nicht zu verwundern, wenn Rheydt, dessen ganze Arbeit dadurch in Frage gestellt werden konnte, eine Antwort aufsetzte, die an Deutlichkeit und Schärfe der Abwehr nichts zu wünschen übrig

89. R. Koser, Gesch. der Brandenburg-Preuß. Politik I. S. 342.

90. A. Br. II. S. 265 ff. Nr. 1028.

ließ. Auch in seiner persönlichen Ehre fühlte Rheydt sich gekränkt und verteidigte sich mit großem Temperament.

Diese Entgegnung⁹⁰ liegt uns in zwei Fassungen vor; eine ist ausführlich bis ins kleinste Detail ausgeführt, während die andere die ganze Angelegenheit in knapper, prägnanter Form bringt. Diese reichte Rheydt zuerst dem Kurfürsten ein, der dann aber die ausführliche Fassung auch anforderte.

Eingangs⁹¹ warf er seinen Anklägern Ungenauigkeit und Fahrlässigkeit bei ihrem Tun vor. Löben hätte bei seiner Beurteilung nur einen Auszug aus der Instruktion vorgenommen, könnte also infolge ungenügender Unterlagen den Vertrag nicht richtig beurteilen. Außerdem wäre dafür die historische Einleitung völlig überflüssig. Waldenfels sollte sich der Beschlüsse des abgelaufenen Jahres, an denen er mitgewirkt hätte, erinnern und Pruckmann, sein Mitgesandter in Heidelberg, sollte an die Verhandlungen denken, die er selbst mit geführt hätte, dann würden sie zu einem anderen Ergebnis kommen. Dem Geheimen Rat Pistoris sprach er überhaupt die Zuständigkeit ab, da er sich kein richtiges Urteil über diese Frage hätte bilden können, denn er hätte nie etwas Schriftliches über diese ganzen Verhandlungen zu sehen bekommen.

Rheydt verteidigte sich nicht nur, sondern ging sofort zum Gegenangriff über, indem er seinen Gegnern die Zuständigkeit ihres Urteils absprach.

Die einzelnen Punkte, die Löben und die Geheimen Räte als zweideutig moniert hatten, die Dubia behandelte Rheydt erst einzeln und widerlegte sie, daran fügte er eine Darstellung der Politik, die er im Anschluß an diesen Vertrag zu verfolgen vorschlug. Den Schluß bildete eine scharfe Kritik des Geschäftsbetriebes im Geheimen Rat.

Wenn nicht ordentlich Protokoll geführt würde, so wäre die Gefahr der Irrtümer und Wiederholungen außerordentlich groß. Es wäre zu befürchten, daß durch diese ungenaue Berichterstattung „wohlmeinende und treuherzige“ Leute in ungerechtfertigten Verdacht gerieten, wie ihm das jetzt widerfahren wäre. Er hoffte aber, daß seine Kollegen nur aus Unkenntnis

91. A. Br. II. S. 267. Nr. 1028 B.

der Dinge und nicht aus Abneigung gegen ihn zu ihren Äußerungen gekommen wären.

Der Vorwurf der Instruktionsüberschreitung wurde scharf zurückgewiesen. In der Instruktion war es nicht untersagt, daß kurfürstliche Ratifikationsschreiben im holländischen Verträge zu erwähnen. In dieser Frage sollte er sich anweisungsgemäß nach den Instruktionen der Pfälzer richten und diese hätten es für angemessen erachtet, wie Pruckmann es bestätigen könnte, denn er war in Heidelberg dabei. Wenn man solch ein Schreiben mitbekäme, warum sollte man dann keinen Gebrauch davon machen, wurde der Kanzler gefragt. Wenn dies nicht der Zweck gewesen wäre, so hätte man ihm nachträglich schriftliche Anweisung geben müssen. Er hätte sich in diesem Falle nur an seine Instruktion halten können, und auf Redereien keinen Wert legen dürfen.

Aus dem Wortlaut des Abkommens wäre deutlich zu ersehen, daß es sich nicht um ein Bündnis des Kurfürsten mit den Niederlanden handelte, sondern nur um einen „Conditional-contract“ zwischen Kurpfalz, Johann Sigismund und den Niederlanden, dessen Bedingungen weder gefährlich noch dem Ansehen Brandenburgs abträglich wären. In dieser Frage könnte man den Pfälzern unbedingt Vertrauen schenken.

Die Vollziehung des Vertrages seitens der niederländischen Unterhändler nur mit deren persönlichen Siegel und nicht mit dem Staatssiegel wäre unerheblich, da dort so üblich, außerdem im Interesse der Wahrung des Geheimnisses ratsam. Die Verpflichtung der Generalstaaten zur Assistenz wäre dahin auszulegen, daß diese sich verpflichteten, den Prätendenten bei der Erlangung der Lande auf jede Weise behilflich zu sein. Eine engere Auslegung des Begriffes müßte als böswillige Verleumdung bezeichnet werden.

In diesem Punkte gab Rheydt eine Überschreitung seiner Instruktion zum Besten der Sachè zu, denn er hätte die Holländer weitgehender verpflichtet als in der Instruktion vorgeesehen. Aber trotz dieser besseren Bedingungen hätte er nichts als Undank geerntet.

Das Fehlen von Verhandlungsprotokollen klärte Rheydt ebenfalls auf. Die Verhandlungen wurden mündlich zu viert

in größter Stille geführt. Erst nach gültiger Formulierung des Vertragstextes wurden Sekretäre hinzugezogen.

Die unbedingte Eindeutigkeit des Vertrages wurde mit größter Schärfe betont. Im Falle des Mißtrauens möchte der Kurfürst sich beim Pfälzer erkundigen; von dort würde er bestimmt günstige Antwort erhalten. In Anbetracht der günstigen niederländischen Gesinnung für Brandenburg wäre nach Rheydts Auffassung die Forderung besonderer Sicherheiten für die brandenburgischen Zahlungen eine Beleidigung für die Niederlande gewesen. Mit besonderer Spitze gegen Löben stellte Rheydt demgegenüber die Zahlungsverpflichtung an Polen ohne Sicherheiten. Eine nachträgliche Sicherheitsforderung hielt er im Interesse der Geheimhaltung des Vertrages nicht für günstig.

Für die Durchführung der finanziellen Verpflichtungen des Vertrages und für den Fall ihrer Unausführbarkeit machte Rheydt ebenfalls konkrete Vorschläge.

Brandenburg sollte in Jülich tatkräftig eingreifen, dann würde man im Lande schon Mittel und Wege finden, das Geld herbeizuschaffen. Bei energischem Anpacken der ganzen Frage bestünde durchaus die Möglichkeit, von Heinrich IV. von Frankreich die ganze Summe vorgeschossen zu erhalten, aber auch nur dann. „... solange aber das Werk verzogen und nurt mit Disputirn die Zeit zugebracht, seind solche Vorschlege alle vergeblich; dergestalt seind E. Ch. G. und diß ganze hochgeehrte Churhaus bei menniglich der straßburgischen Sachen halber in Mißtrawen und Vorneinerung gesetzt.“⁹²

Mit Löbens Vorschlag, die jülichsche Frage nochmals beim Kaiser zu betreiben, wäre Rheydt einverstanden, wenn er nicht völlig aussichtslos wäre. Denn die Tatsache, daß der Kaiser den geisteskranken Herzog Johann Wilhelm nicht für regierungsunfähig erklärte, wäre ein Beweis dafür, daß der Kaiser die Lande keinem Prätendenten gönnte. Nur die Anwesenheit der Spanier und Holländer hielte ihn von dieser Erklärung zurück, denn unter diesen Umständen würden nur die Spanier und Holländer einen Vorteil haben und nicht das Haus Habsburg.

Die Landstände von Jülich hätten sich nur der Herrschaft der eingesetzten Regimentsräte gefügt, weil sie von auswärts

92. A. Br. II. S. 275. Nr. 1028 B.

ohne jede tatkräftige Unterstützung geblieben wären, denn freundliche Briefe könnten ihnen allein in ihrer Lage nicht helfen.

Endlich wäre die Furcht vor neuen Verwirrungen im Lande nicht so groß. Denn hätte man 40 Jahre den Zustand des Krieges ertragen müssen, so würde man für ein weiteres Jahr alle Kräfte noch einmal einsetzen, wenn die Aussicht vorhanden wäre, damit wieder sichere Zustände erreichen zu können; dies würde man eher ertragen als den Gedanken an die ewige Unterdrückung.

Nichts wäre Rheydts Meinung nach schädlicher besonders für die Zukunft als bei der Pfalz und den Niederlanden den Eindruck der Vertragsbrüchigkeit entstehen zu lassen. Niemand würde sich mit Brandenburg wieder einlassen wollen; und vielleicht habe Brandenburg die Hilfe dieser Staaten später einmal nötig.

Sollte es aber völlig unmöglich sein, die nötigen Geldmittel aufzubringen, besonders da die preußische Frage noch ungeklärt wäre, so sollte man durch scheinbare Entschuldigung für Verzögerung oder andere Vorschläge den schlechten Eindruck zu vermeiden suchen. Als einleuchtenden Grund müßte man die preußischen Verhältnisse angeben und den Staaten dann versichern, daß man bei einiger Erleichterung dem Vertrage nachzukommen gewillt wäre. Für ihren Handel wäre es schließlich auch von einiger Bedeutung, wenn sie wüßten, in wessen Händen die preußischen Häfen wären.

Um mit der Pfalz in Verbindung zu bleiben, schlug Rheydt vor eine gemeinsame Sendung an den Kaiser in der jülichischen Frage; das würde in Prag größeren Eindruck machen. Andererseits hätte sie auch den Vorteil, in dieser Art den Generalstaaten und auch den jülichischen Patrioten weit unverdächtiger, ja geradezu annehmlich zu erscheinen.

In diesen beiden Denkschriften, der der Geheimen Räte und der des Freiherrn von Rheydt, wurden die beiden Anschauungen von Politik im allgemeinen und der Brandenburgs im besonderen scharf gegeneinander gestellt. Es war der große Gegensatz, der den Geheimen Rat beherrschte und der bei dieser Gelegenheit zum offenen Ausbruch kam. Die Partei Löbens,

deren Mitglieder alle strenge Lutheraner waren und den kalvinistischen Kollegen stets mit Mißtrauen entgegentraten, hatte nur das brandenburgische Hausinteresse im Auge. Alle Fragen der Politik, besonders die westdeutschen, betrachteten sie nur von diesem Standpunkte aus. Ein anderes Interesse, als das ihres Kurhauses kannten sie nicht; die Belange des deutschen Reiches und gar die des Protestantismus wurden nur unter diesem Gesichtspunkt behandelt.

Der Freiherr von Rheydt dagegen dachte bereits protestantisch und in größeren Zusammenhängen als die Territorialpolitiker. Er glaubte eine befriedigende Lösung des besonderen brandenburgischen Interesses nur im Zusammenhang mit der Bereinigung der größeren und höheren Probleme des Nieder rheins erwarten zu können. „So darf man vielleicht sagen, daß Rheydt seine Instruktion nicht gerade überschritten hat, sondern daß er sie wesentlich anders aufgefaßt hatte als die lutherischen Geheimen Räte es im Grunde gemeint hatten.“⁹³ Die Absicht Joachim Friedrichs bei diesem Vertrage mit den Niederlanden war, wie es Löben in seiner Denkschrift unverblümt ausgesprochen hat,⁹⁴ mit Hilfe der Staaten seinem Sohne die jülich-schen Lande zu sichern, ohne selbst dabei einen Finger rühren zu müssen. Er wollte andere für sich arbeiten lassen, ohne selbst etwas besonderes dazu zu tun. Das war eine unbillige Zumutung, die Rheydt, der diese Absicht wohl durchschaut hatte, den Holländern gar nicht erst gestellt hat, da er einer Ablehnung sicher war. Der Kurfürst wollte es mit dem Kaiser nicht verderben und aus diesem Grunde im Vertrage nicht genannt werden. Das war ebenfalls sehr schlaue gedacht, aber unter politisch denkenden Staatsmännern nicht zu vertreten. Die Holländer sollten einen Vertrag auf Hilfeleistung abschließen mit einem Fürsten, der kein Land regierte, sondern auf den Tod seines Vorgängers warten mußte, um Selbständigkeit zu erlangen. Das wäre Politik im leeren Raum gewesen.

Bei den Verhandlungen im Haag hat Rheydt den Staaten unbedingtes Vertrauen entgegengebracht und an ihren Kampf

93. Otto Hintze, Calvinismus und Staatsräson in Brandenburg zu Beginn des 17. Jahrhunderts. H. Z. 144. S. 278.

94. A. Br. II. S. 221. Nr. 950.

gegen die Spanier geglaubt. Er sah sie als Vorkämpfer des Protestantismus gegen die Macht des Katholizismus und nahm ihre unbedingte Treue in diesem Kampfe an. Dieses Vertrauen den Glaubens- und Blutsgenossen gegenüber glaubte er auch von Brandenburg annehmen und verlangen zu können. Aus diesem Grunde hat er auch wohl nicht so großen Wert auf genaue Verhandlungsprotokolle und andere Vorsichtsmaßregeln gelegt. Das wurde ihm nun zum schweren Vorwurf gemacht und in diesem Punkte hatte er schließlich alle Geheimen Räte gegen sich. Diese dachten nicht daran, Rheydt in seinem Gedankenfluge zu folgen und hielten an den gewohnten Gepflogenheiten des territorialen Partikularismus fest.⁹⁵

In dem Begleitschreiben,⁹⁶ mit dem Rheydt seine ausführliche Denkschrift einreichte, zeigt es sich, daß ihm dieser Angriff sehr nahe gegangen war und er ihn auch persönlich nahm. Er entschuldigte den Umfang des Schriftsatzes, aber dieser wäre nötig gewesen, da man damit umgegangen wäre, ihm als einem Fremden „dieser Orther durch unbegründeter Verwerfung meiner niederländischen Verrichtung und trewhertigen wohlgemeinten Bemühung einen Unglimpf, ja etwa E. Ch. G. Ungnade auf den Hals zu laden.“ Er gab außerdem seiner Meinung dahin Ausdruck, daß in einer kollegialen Beratung die ganze Angelegenheit besser und schneller hätte erledigt werden können.

Die ganze Verhandlung auf schriftlichem Wege schleppte sich hin und wurde verschoben, weil dieser oder jener Geheime Rat nicht anwesend war, der dazu nötig war.

Anfang August griff Johann Sigismund wieder ein und trieb zur Eile an.⁹⁷ Er erinnerte an den Verlust an Ansehen, wenn man die geschlossenen Verträge so wenig achtete und selbst die Entschuldigungsgründe dafür nicht anbrächte, sondern alles stecken ließe. Er bat um Beschleunigung der Sache, damit man keine unangenehmen Überraschungen erleben würde.

Die Erwiderung der Geheimen Räte auf Rheydts Denkschrift⁹⁸ zeigt, daß eine Annäherung zwischen beiden Anschau-

95. Hintze, a. a. O. S. 279.

96. A. Br. II. S. 287. Nr. 1028 B. Anm.

97. A. Br. II. S. 319. Nr. 1086.

98. A. Br. II. S. 336. Nr. 1114.

ungen unmöglich war, ja auch strikte abgelehnt wurde. Die Räte beharrten unbedingt auf ihrem Standpunkt. Sie meinten, Rheydt hätte ihre Ansicht nicht verstanden oder wollte sie nicht verstehen. Die Erwiderungen Rheydts auf ihre Dubia hielten sie für ungenügend und zu allgemein, so daß sie es ablehnten, darauf einzugehen.

Nach wie vor lehnten sie es ab, einen Krieg für die Erlangung der jülichischen Lande zu führen.

Sie wären gern bereit zu einer mündlichen Beratung, um sich über die diplomatischen Gepflogenheiten unterrichten und belehren zu lassen. Wenn der Kurfürst dann befände, daß Rheydt seiner Instruktion gemäß gehandelt hätte, und mit den Bürgschaften zufrieden wäre, so wollten auch sie dagegen nichts mehr sagen. Damit betonten die Räte ihren Standpunkt, daß Rheydt die Instruktion überschritten hätte.

Sollten doch die verabredeten Zahlungen geleistet werden, so mußte man sich die größten Sicherheiten unzweideutig geben lassen. „... muß auch nicht eine schlechte Assistenz sein, sondern pura promissio, das ganze Werck ohne Zuthuen zu effectuieren, inmassen die Instruction gibt, mens et sententia jedes mahls gewesen, anderer Gestaltdt auch niemahlen, soviel wir uns erinnern können, vorgebracht worden ist.“⁹⁹

Hier wurden die eigentlichen Absichten Löbens mit verblüffender Offenheit ausgesprochen. Die Calvinisten, die man sonst fast noch mehr verabscheute als die Katholiken, sollten gut genug sein, den Brandenburgern die Erbschaft eines Herzogtums zu sichern ohne nennenswert unterstützt zu werden.

Die Schuld an der Verschleppung der ganzen Sache wurde Rheydt zugeschoben, der die Berichte so spät eingereicht hätte. Man hätte sich auf Instruktion und Abrede verlassen; andernfalls hätte man früher Bedenken geäußert.

Die Gefahren für das Kurhaus Brandenburg und sein Ansehen sähen auch sie. Aber in solcher Situation dürfte man nicht nur monieren, sondern mußte auch Auswege zeigen. Dies glaubten sie bei Rheydt auf Grund seiner ablehnenden Haltung ihren Vorschlägen gegenüber in ausreichender Weise nicht feststellen zu können.

99. A. Br. II. S. 339. Nr. 1114

Könnte man Anleihen erlangen, in der Pfalz glaubte man aber nicht an einen Erfolg, so dürfte man sie nur verwenden, um Land und Leute zu erlangen; einen Krieg dürfte man aber nicht dadurch heraufbeschwören.

Wie die Dinge am Niederrhein damals lagen, war unter solchen Bedingungen jeder Versuch, die zustehenden Ansprüche durchzusetzen, von vornherein vereitelt, was wohl auch der eigentliche Zweck Löbens war.

Am Schluß stellten Löben und seine Gefolgsleute die Entscheidung ausdrücklich dem Kurfürsten anheim und verwahrten sich gegen den Vorwurf, aus persönlicher Abneigung gegen Rheydt zu handeln.

„E. Ch. G. wollen uns sicher zutrauen, das wir es nullo affectu wieder den Herrn von Rheydt sorgfältig, sondern das es vor Gott der Sachen große Wichtigkeit und unsere Eyd und Pflicht erfordert.“¹⁰⁰

Daß diese Versicherung mehr formal zu werten war und doch persönliche Abneigung bei den Verhandlungen mitsprach, ist aus einem Brief des Kurfürsten zu ersehen, den er einen Tag nach Abfassung dieser Denkschrift, also noch ohne ihre Kenntnis, an die Geheimen Räte erließ.¹⁰¹ Er erinnerte darin an die Erledigung der Frage; sie sollten dabei alle Widerwärtigkeiten und persönliche Antipathie bei Seite lassen und dadurch nicht die ganze Angelegenheit vergeblich aufhalten. Der Kurfürst muß wohl seine Berater gekannt haben, daß er solche Ermahnungen für notwendig erachtete.

Mit diesem Austausch der Denkschriften war die Sache so weit gekommen, daß eine Erledigung im Geheimen Rat unmöglich geworden war. Die Entscheidung lag jetzt allein beim Kurfürsten. Dieser wollte die endgültige Entscheidung erst nach Anhörung Johann Sigismunds, des wahrscheinlichen Erben, treffen. Da dieser aber nicht in Berlin war, mußte man eine Gesandtschaft an ihn abfertigen, die ihn erst über die Lage der Dinge unterrichten mußte, ehe er seine Absicht bekanntgeben konnte. Dadurch traten wieder erhebliche Ver-

100. A. Br. II. S. 341. Nr. 1114.

101. A. Br. II. S. 341. Nr. 1115.

zögerungen ein. Markgraf Johann Georg und Dr. Pruckmann wurden mit dieser Mission betraut, die vom 4. bis 10. Oktober dauerte. In ihrer Instruktion vertrat der Kurfürst seine Auffassung in diesen Meinungsverschiedenheiten.¹⁰² Er stellte sich dabei ganz auf die Seite der Geheimen Räte und gab Rheydt Unrecht. *Deposito et remoto omni affectu* wäre festgestellt worden, daß eine Differenz zwischen Instruktion und Ausführung bestände.

Kurfürst und Kanzler hätten es gern gesehen, wenn der Vertrag mit den Niederlanden nicht so schnell geschlossen wäre; auch hätte Rheydt unbedingt zurückfragen müssen, ob der Name des Kurfürsten in dem Vertrage genannt werden dürfte. Daß dies geschähe, wäre nicht ihre Absicht gewesen. Da die Dinge in Polen und Preußen höchst unsicher wären, müßte man sich hierauf konzentrieren und den Vertrag mit Holland verschieben. Man hoffte, daß hierdurch kein allzu großer Schaden entstehen würde; aber in großen Sachen erfordert die Notturft sich "*secundum statum* zu reguliren."

Dieser Entscheid war die völlige Desavouierung des brandenburgischen Unterhändlers Rheydt. Von den Ergebnissen seiner Verhandlungen fand so gut wie nichts Gnade vor den Augen des Kurfürsten. Die Überschreitung seiner Instruktion wurde ausdrücklich festgestellt, und es wurde ihm Eigenmächtigkeit bei den Verhandlungen vorgeworfen. Damit hatte sich Löben mit seinem Standpunkt durchgesetzt und einen völligen Sieg über seinen Gegner Rheydt davon getragen. Der Kurfürst pflichtete seinem Kanzler in allen Fragen bei. Der territoriale Partikularismus hatte seine Stellung behauptet gegenüber den Intentionen des Ausländers Rheydt.

An dieser Niederlage konnte auch die Stellungnahme Johann Sigismunds, der sich wie immer auf die Seite Rheydts stellte, nur wenig noch ändern.¹⁰³ Der Markgraf suchte seinen Vertrauensmann so gut es irgend ging zu verteidigen und war der Meinung, daß die Geheimen Räte die ganze Sache viel zu sehr aufgebauscht hätten. Im Punkte der Dubia der Geheimer

102. A. Br. II. S. 401. Nr. 1213.

103. A. Br. II. S. 410. Nr. 1221.

Räte stellte er sich ganz auf den Standpunkt Rheydts. Er riet dringend, die Freundschaft der Generalstaaten nicht in den Wind zu schlagen. Die preußische Sache könnte eine Wendung nehmen, die Brandenburg gute Freundschaft willkommen erscheinen lassen könnte.

Des Kurfürsten Entschließung sah er nicht für sehr glücklich an. Wenn man jetzt, wo man Zahlungen leisten sollte, mit der Pfalz verhandelte um bei den Staaten Aufschub zu erlangen, so könnte das leicht als Drückebergerei ausgelegt werden. Seines Erachtens müßte man unter allen Umständen versuchen die Termine einzuhalten. Wenn es aber wirklich unmöglich wäre, so sollte man sich mit den Ungelegenheiten in Preußen und Polen entschuldigen, vorläufig aber nicht den Vertrag aufschieben. Die Sendung an den Kaiserhof könnte wohl nichts schaden; aber er verspräche sich nichts von ihr.

Zum Schluß trat der Markgraf persönlich für Rheydt ein. Diese Sätze sprechen deutlich dafür, daß die Auseinandersetzungen im Geheimen Rate über den sachlichen Gegensatz hinausgingen und stark in persönliche Streitereien ausarteten. Johann Sigismund bat nämlich:¹⁰⁴ „weil I. F. G. vermercken, das dem Herrn von Rheidt unter dem Prätext dieser Sachen fast von menniglichen zugesetzt wirt, da dan viel Privat-Affekten mit unterlaufen, I. F. G. aber nach fleißiger Erforschung, auch die ganze Zeit weil er, der Herr von Rheidt, I. F. G. unterthenig aufgewartet, nicht vornehmen können, das er solches alles so gröblich verschuldet, sondern das er es mit dem Hausse Brandenburg treulich und guet gemeinet, I. Ch. G. ihn in dero gnedigen Schutz nehmen und es nicht dahin wolle kommen lassen, das er gantz und gahr vom Hausse Brandenburg abwendig gemacht werden und aus eußerster Noth bay andern Gnad und Aufenthalt suchen und finden möge...“

Johann Sigismund war schon für eine energische Verfolgung der jülich-schen Erbfolgefrage und auch für die eventuelle Schaffung von vollendeten Tatsachen am Niederrhein zu gewinnen gewesen. Er hatte ja auch ein viel größeres Interesse an der ganzen Sache als sein Vater. So war es für ihn

104. A. Br. II. S. 414. Nr. 1221.

selbstverständlich, seinem Vertrauensmann im Geheimen Rat weitgehenste Unterstützung zu leisten. Aber gegen seinen Vater und die geschlossene Mehrheit der Geheimen Räte zugleich konnte auch er nichts erreichen. Es blieb bei den Vorschlägen Löbens. Der Vertrag mit den Niederlanden wurde aufgeschoben und am Niederrhein enthielt man sich jeglicher energischen Politik.

Den Ausgang dieser ganzen Verhandlungen teilte der Kurfürst dann der Herzogin von Preußen mit, der eigentlichen Erbin von Jülich. Diese hatte schon 1604 als erste einen Vertrag mit den Niederlanden vorgeschlagen in der Art, wie ihn Rheydt mit den Niederlanden geschlossen hatte.¹⁰⁵ Ihre Antwort¹⁰⁶ auf das schließliche Ergebnis war daher sehr resigniert, denn gegen die geschlossene Front des brandenburgischen Geheimen Rates und den Kurfürsten war auch sie machtlos. Sie pflichtete Johann Sigismunds Vorschlägen bei, „die Herren Staden bey gutem beständigem Willen und Affection zu erhalten, und werden I. Ch. G. um so viel weniger Bedenken tragen, weiln dieselbe sich guter Massen zu erinnern, was wegen der Uncosten und Verlags zu Erlangung der gültischen Lande als auch Wiedererstattung derselben in den mit Markgraf Johann Siegismund F. G. und dero Gemahlin getroffen pactis dotalibus vorsehen und ausgesetzt, dabey auch I. Ch. G. der Uncosten halber guten Massen verwahret seien.“

Eine leise Mahnung, dem Hauptinteressenten wegen augenblicklicher Geldnot nicht die Aussicht auf Erlangung seiner Erbschaft allzusehr zu vermindern. Zu schärferen Schritten konnte auch die Herzogin sich nicht entschließen. Nach dem Ausgang dieses Kampfes um den Einfluß auf den Kurfürsten und seine Politik zwischen Löben und Rheydt, der mit einer Niederlage der Aktivisten geendet hatte, war ein gedeihliches Wirken im Geheimen Rat für Rheydt nicht mehr gegeben. Er war zwar offiziell nicht entlassen worden, doch muß sein Ausscheiden aus dem Ratskollegium ziemlich brüsk gewesen sein. Denn Reichard Beyer gegenüber meinte er einmal, daß man ihn zu Schimpf und Spott aus der Ratstube ausgestoßen hätte.¹⁰⁷ Resigniert zog

105. A. Br. I. S. 422, Anm. 1.

106. A. Br. II. S. 502. Nr. 1414.

er sich auf sein Landgut Caputh zurück und begab sich so fast ganz seines Einflusses auf den Kurfürsten und die Politik. Im Geheimen Ratskollegium herrschte von diesem Augenblick an der Kanzler Löben fast uneingeschränkt.

c) Zeit des vorherrschenden Einflusses
des Kanzlers Löben und des Verfalls
des Geheimen Rates bis 1608.

Herzogin Marie Eleonore war diejenige, die den Wert und die Vorzüge eines Mannes wie Rheydt für das Haus Brandenburg am klarsten erkannte. Nach Abschluß dieser Affäre setzte sie als einzige sich sehr stark für ihn ein. Ende des Jahres 1606 bat sie den Kurfürsten um die Übersendung Rheydts,¹⁰⁸ da sie wegen der jülichischen Frage mit Leuten verhandeln müßte, die den ganzen Fragenkomplex beherrschten. Als dann Rheydt in Königsberg weilte und ihr von dem Plane sprach, ihn zum Rat von Hause aus zu machen, nahm sie diesen Gedanken sofort auf und betrieb ihn so energisch, daß der Kurfürst bald seine Zustimmung gab. Rheydt sollte Geheimer Rat von Hause aus werden mit dem Wohnsitz in den jülichischen Landen, etwa in Wesel. Dort könnte seine Anwesenheit und Betätigung im brandenburgischen Sinne von größtem Nutzen sein.¹⁰⁹

Seine Anwesenheit in Preußen benutzte der Freiherr, die Stimmung der Landschaft zu erkunden und für das Kurhaus Brandenburg zu wirken. Einen offiziellen Auftrag dazu hat er nicht gehabt, denn er meinte einmal, zu den Relationen wäre er nicht verpflichtet, doch sein Pflichtgefühl treibe ihn an, auch ohne ausdrücklichen Auftrag für seinen Herrn zu wirken.¹¹⁰

Rheydts Aufenthalt im Lande wurde anfangs ganz günstig aufgenommen. Die Vertreter des Adels suchten ihn fast alle auf und besprachen mit ihm die Lage. Auch der preußische Kanzler Rappe war nicht unangenehm berührt und hoffte durch Rheydt vom Adel mehr zu erfahren, als er es selbst erreicht hätte, denn

107. A. Br. II. S. 568. Nr. 1493.

108. A. Br. II. S. 456. Nr. 1303.

109. A. Br. II. S. 507. Nr. 1429.

110. A. Br. II. S. 529. Nr. 1449.

ihm gegenüber gingen die Preußen nicht ganz mit ihren Absichten und Wünschen aus sich heraus.¹¹¹

Rheydt sah an Ort und Stelle die Lage in Preußen nicht so günstig wie sie in Berlin vielfach beurteilt wurde. Er fühlte sich zu ernstern Warnungen veranlaßt und riet zu äußerster Vorsicht bei der Behandlung der ganzen Fragen.¹¹² Von den Oberräten hatte er erfahren, daß man in irgend einer an sich nebensächlichen Frage von Berlin aus bei den Preußen Anstoß erregt habe, woraus viele Mißverständnisse entstanden wären. Ein Nachgeben bis zu gewissen Grenzen hielt er unter den gegebenen Verhältnissen für angebracht, um erst einmal mit der Landschaft zu einer Einigung und in den Besitz des Landes zu gelangen. Dann würde Polen weniger Quertreibereien versuchen. Später könnten dann immer Abänderungen vereinbart werden.

Rheydts Anwesenheit und Wirken in Preußen wurde in Berlin von Kanzler und Geheimen Räten sehr übel vermerkt, da es gar nicht in die Linie ihrer Politik paßte. Löben versuchte mit allen erdenklichen Mitteln dagegen zu arbeiten, so daß Rheydt die verschiedensten Vorsichtsmaßregeln ergreifen mußte, damit seine Berichte den Kurfürsten überhaupt erreichten. U. a. sandte er auch Berichte an die Markgräfin Anna, die sie ihrem Schwiegervater dann übergab.¹¹³

Zu Reichard Beyer sprach Rheydt über die ganze Lage mit größter Schärfe und Offenheit sich aus, damit er entsprechenden Gebrauch davon machte, denn dem Kurfürsten gegenüber konnte er nicht so deutlich werden. Es hieß in einem Briefe:¹¹⁴ „Es ist zu betauern, das die fromme Herrschaft dergestalt verseumet wird. Es habe nun der Canzler so vil secretiora als er will, so stehen doch die Sachen gar gefערlichen terminis; da dieselbe glücklich und wol außslagen, so muß man gewißlich es vor ein sonderlich Wunderwerck Gottes halten.“

Inzwischen war das annuum, das Jahrgeld an Polen, an unsichere Hände in Polen geraten und mußte zurückbeordert werden. Daraus waren ärgerliche Händel entstanden und man gab

111. Rappe an Beyer A. Br. II. S. 521. Nr. 1440, Anm.

112. A. Br. II. S. 528. Nr. 1449.

113. A. Br. II. S. 530. Nr. 1450.

114. A. Br. II. S. 529. Nr. 1450.

den Berlinern vielfach Schuld. „Die Oberrethe sein mit diesem Thun gar übel zufrieden und nit wenig sorgfältig; besorgen eines ungleichen Ausgangs, so gefelt ihnen der Prozeß zu Berlin nit. Haben mir alle die Schriften, so nach I. Ch. G. Verreisen von hinnen hinc inde gewechselt, vorgezeigt. Muß bekennen, das allerhandt *contraria* mit unterlaufen. . . . Ich vermercke so viel, das nit allein etwan *privata*, auch *odia* mit unterlaufen, sondern auch ein groß Verdacht auf ettliche unsere *Berlinenses* vorhanden, welches nit allein der vorgenanten *Contrarieten* haber erreuget, sondern negst bedachten Reichstage, da allerhandt *dicentes* gefallen sein sollten, angesponnen, welches diesen Leuten, sonderlich da in *primo congressu* albereit den Anfang vermercket, dergestalt schwarz vor Augen kompt, das ich in hochster Wahrheit besorge, da nit gute Bescheidenheit gebraucht, es mogte den Polen ein gewünschtes Spil und große *inconvenientia*, welche hier negst nit leicht zu remedirn entstehen.“

Löben hatte keine sehr glückliche Hand in den preußischen Dingen, was bei diesen aufgeregten und empfindlichen Leuten besonders gefahrbringend war. Doch diese Wahrheit konnte dem Kurfürsten nur auf Umwegen beigebracht werden.

Der ewige Kampf mit Löben war Rheydt sehr auf die Nerven gegangen und er wollte sich nun ganz von der Politik zurückziehen.¹¹⁵ „Weil des Menleins Haß und Neit so groß, das auch seiner loblichen Herrschaft Lande und Leute lieber behindern will, als das durch mich dabey etwas Guths solte ausgerichtet werden, hielte ich besser mich der Sachen gantzen zu entslagen, als damit lenger zu bemuhen.“ Als die Herzogin von dieser Absicht erfuhr, schlug sie ihm dies rundweg ab und gab ihm ihren Plan bekannt. Bis zur Entscheidung durch den Kurfürsten sollte es in Königsberg bleiben.

Während Rheydt in Königsberg weilte, ließen sich die Verhandlungen, die die Berliner Räte mit den Preußen führten keineswegs glücklich an. Löben war gegen die Abhaltung eines Landtages und die Reise des Kurfürsten oder Markgrafen zu diesem, wie es die Preußen immer forderten. Die Verhandlungen mit den Oberräten zogen sich hin, aber zu einer Einigung konnte

115. A. Br. II. S. 530. Nr. 1450.

man nicht kommen. Alle Fragen, in denen es Differenzen zwischen dem Kurfürsten und der Landschaft gab, wurden vertagt, da keine Partei etwas nachlassen wollte. Mit der Zeit drohte die Sache aber gefährlich zu werden, da in Polen im Frühjahr 1607 wieder ein Reichstag vor der Tür stand, auf dem die Kuratel- und Sukzessionssache endgültig geregelt werden sollte. Es lag auf der Hand, wie die Sache auslaufen würde, wenn Kurfürst und Landschaft vor den Polen sich feindlich gegenüber stehen würden. Rheydt suchte zu warnen, wo es ging. So schrieb er an Johann Sigismund.¹¹⁶ Er fürchte, wenn vor dem polnischen Reichstage keine Einigung auf einem Landtage, bei dem Kurfürst oder Markgraf zugegen sein müßten, zustande käme, daß das Haus Brandenburg einen nicht leicht zu verschmerzenden Schaden erleiden würde. „... es mag auch der Kantzler dagegen plaudern und vorbringen, was er will.“ Löben verlasse sich zu sehr auf die Autorität des Königs, die er, Rheydt, für sehr unsicher fundiert hielte. Auch den Kurfürsten suchte er durch einen sehr ernst gehaltenen Bericht¹¹⁷ von der Notwendigkeit eines Landtages und seiner Anwesenheit darauf zu überzeugen. Das ganze Land wünschte den Herrn in seinen Grenzen zu sehen.

In Berlin war man auf einen neuen Gedanken gekommen. Mit der Zeit sah man die Notwendigkeit ein, mit der Landschaft zu irgend einem Vergleich zu kommen. Aber einen Landtag wollte man noch immer nicht dazu bewilligen, sondern nur mit einem Ausschuß des Landtages sollte verhandelt werden. Darüber fragte man bei den Oberräten an und erhielt eine ungewöhnlich scharfe und endgültige Ablehnung.¹¹⁸ Ein Ausschußtag würde nicht anerkannt werden, zu solch wichtigen Verhandlungen müßte die ganze Landschaft herangezogen werden.

Rheydt war es offenbar nicht gelungen, die Preußen zu einer nachgiebigeren Haltung gegenüber dem Kurfürsten zu bewegen. Als Ausländer und besonders als Calvinist mochten sie ihm wohl nicht recht trauen, da sie sich auf ihren starren

116. A. Br. II. S. 534. Nr. 1459.

117. A. Br. II. S. 539. Nr. 1466.

118. A. Br. II. S. 565. Nr. 1492.

Lutherglauben etwas zu gute hielten. Sie erklärten wohl gut brandenburgisch gesinnt zu sein, das hinderte sie aber nicht, an ihren Forderungen zäh festzuhalten und stets mit dem Gedanken zu spielen, Rückendeckung bei Polen zu suchen. Dieser mangelnde Erfolg Rheydts war natürlich für seine Gegner in Berlin ein willkommener Anlaß, um weiter gegen ihn arbeiten zu können. Das hat er auch gehaut und angenommen. So schrieb er seinem Freunde Beyer:¹¹⁹ „Ex praecedentibus actis kan ich mir leicht die Rechnung machen, das meine beiden Schreiben . . ., so ahn I. Ch. G. dieses Landes Sachen halber gelangen laissen, vor übel außgelegt sein, daß aber I. Ch. G. trewlich gewarnt und geraten sein, werden dieselbe auß der Oberrethe Widerantwort vernemen, dadurch den berlinensibus zimblich gewaschen und zu befinden, wie nützlich I. Ch. G. in diesen Sachen vorgangen . . . Es gehet unter den besten vornembsten Leuten, die es mit I. F. G. wohl meinen, eine solche Rede im Lande, das nit ohne sein müßte, Leute weren vorhanden, die auß Haß und Neid I. F. G. Marggrafen Johann Sigmund vortsetzlich und auss Mutwillen um diß Fürstenthum bringen wollen. Ir wißet euch zu erinderen, was der gülsichen Sachen halber hie bevor fast in gleichen terminis auch ingeschrieben; es will mir solche Opinion nit auß dem Hertzen, ja diese Processen stecken mich dabey.“ Wenn nicht bald in Berlin ein Umschwung eintrete, so sähe er voraus, daß Preußen dem Hause Brandenburg verloren gehen würde. Doch vorläufig waren die Geheimen Räte in Berlin noch unbelehrbar. Für die scharfe Ablehnung der Oberräte schob man in Berlin ganz offen Rheydt die Schuld zu und verlangte seine Abberufung aus Preußen. Davon berichtete ihm die Markgräfin Anna¹²⁰ und auch Beyer wußte derartige Machenschaften zu melden:¹²¹ „E. G. Schreiben werden taliter qualiter aufgenommen. So will man auch E. G. nicht wenig Uhrsache geben der Regenten Schreiben . . . Man sagt mir, E. G. seind wieder herausgefodert.“

Die Gegner scheuten sich also keineswegs, ihm geradezu Landesverrat vorzuwerfen; denn was ist es anderes, wenn be-

119. A. Br. II. S. 568. Nr. 1493.

120. A. Br. II. S. 582. Nr. 1507.

121. A. Br. II. S. 601. Nr. 1530.

hauptet wurde, er arbeitete gegen das Interesse und die Absichten des Kurfürsten.

Rheydt verließ bald darauf Königsberg und wurde zum Geheimen Rat von Hause aus ernannt mit Wohnsitz in seiner Heimat, denn im Geheimen Ratskollegium war seine Stellung durch alle diese Vorfälle unmöglich geworden. Von seiner Heimat aus wirkte er weiter für das brandenburgische Interesse und unterstützte auch die brandenburgische Gesandtschaft nach dem Haag zu den Friedensverhandlungen zwischen Spanien und den Niederlanden.

Löben hatte nochmals einen Sieg über Rheydt errungen und den Einbruch des Calvinismus in die brandenburgische Politik abgeschlagen. Seit es ihm gelungen war, den Einfluß Rheydts und dessen Anhänger zurückzudrängen, hatte er mit allen Kräften die Macht im Geheimen Rat und in der Politik wieder an sich gerissen.

Mit dem Freiherrn von Rheydt schied der letzte Mann aus dem brandenburgischen Geheimen Rate aus, der dem Kanzler Löben gegenüber eine eigene Auffassung von den politischen Problemen vertrat, die seiner ganzen Entwicklung nach nicht mit der des Kanzlers übereinstimmen konnte.

Rheydt stammte aus einer Gegend, auf deren Boden und in deren Nachbarschaft die großen Mächte und Ideen des Jahrhunderts miteinander um die Herrschaft rangen. Der Kampf am Niederrhein ging ja in letzter Linie darum, ob der Protestantismus sich gegen den Ansturm der Reaktion, des Katholizismus, durchsetzen oder von diesem endgültig niedergeschlagen würde. Diese Umgebung hatte in Rheydt ganz andere Anschauungen von der Vertretung politischer Absichten aufkommen lassen als in den brandenburgischen Lutheranern, die weit entfernt vom Brennpunkt großer Machtkämpfe in Ruhe dahin lebten. Er hatte die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses der Protestanten zum Zwecke machtvollen Widerstandes gegen den Ansturm des Katholizismus erkannt. Dieser Standpunkt kam auch in den oben erwähnten¹²² Verhandlungen mit der Kurpfalz zum Ausdruck.

122. Vgl. Spalte 8.

Besonders der Vertrag mit der Kurpfalz aus dem Jahre 1605¹²³ zeigt, daß Rheydt unbedingt für ein Eintreten für allgemeine Interessen war, aber man muß dabei beachten, daß die Vertretung der Allgemeinheit erst in zweiter Linie stand. Für ihn als brandenburgischen Geheimen Rat stand unter allen Umständen an erster Stelle und als oberstes Ziel die Durchsetzung der brandenburgischen Interessen, damals die Erlangung der Erbschaften. Um in den Besitz dieser zu gelangen, vertrat er eine energische Machtpolitik. Aus keinem der vorliegenden Aktenstücke ist zu entnehmen, daß Rheydt jemals das „dynastische Hausinteresse der Hohenzollern hinter allgemeine Interessen zurückgestellt hätte.“¹²⁴ Der Anschluß an die Pfalz und die Niederlande, die Hauptführer der protestantischen Partei, und die Unterstützung der Niederlande in ihrem Kampfe gegen Spanien und den deutschen Kaiser geschah nur, weil Rheydt keinen andern Weg sah, um sicher in den Besitz der jülichischen Erbschaft zu gelangen. Die Niederländer sollten in ihrem Freiheitskampf Unterstützung erhalten, damit sie zur gegebenen Zeit Brandenburg bei der Inbesitznahme von Jülich militärische Hilfe leisten sollten. Das unerhört Neue an dieser Politik war für die Vertreter der alten Richtung, daß Brandenburg sich mit Mächten zusammenschließen sollte, die in offenem Kampfe gegen den Kaiser standen, den Oberherrn des Kurfürstentums, und daß man versuchen sollte, wenn es nicht anders ging, sich mit Gewalt in den Besitz der Erbschaft zu setzen selbst im Kampfe gegen den Kaiser.

Mit diesen Ideen ist Rheydt aber nicht über Ansätze hinausgekommen. Zum überragenden Staatsmann fehlte ihm doch das Format. Er hatte nicht die zähe Energie und die für einen wirklichen Staatsmann nicht unwichtige Psychologie, um für die Durchsetzung seiner Idee erfolgreich wirken zu können.

Als er nach seiner Rückkehr aus den Niederlanden den ihm ungünstigen politischen Umschwung merkte, spannte er nicht sofort alle Kräfte an, sondern zog sich resignierend zurück. Dadurch gelang es ihm nicht, den Kurfürsten für seine Politik zu

123. A. Br. I. S. 227. Nr. 123.

124. Vgl. O. Hintze H. Z. 144 S. 260.
S. 264.

gewinnen. Er kämpfte nicht mit seinen Gegnern um die Person des Herrschers, sondern überließ sie ihnen völlig. Als er ein Jahr darauf den Kampf aufnahm, war es für ihn zu spät.

Das mangelnde psychologische Verständnis machte sich auch bei seiner Tätigkeit in Preußen im Winter 1606/7 bemerkbar. Er als überzeugter Calvinist hatte den starren Lutheranern gegenüber zweifellos von vornherein eine schwierige Stellung. Aber es gelang ihm nicht trotz günstiger Anfänge die Gegensätze zu überbrücken. Die Preußen wurden während seiner Anwesenheit aufsässiger und schwieriger denn je vorher.

Einen weitsichtigen, europäischen Politiker kann man den Freiherrn von Rheydt wohl noch nicht nennen.¹²⁵ Der einzige Anhaltspunkt dafür wären die Verträge mit der Pfalz und den Niederlanden; aber wie wir sahen, waren diese in letzter Linie von dem brandenburgischen Eigeninteresse diktiert worden. Rheydt geriet in Brandenburg in Konflikte, weil seine Anschauungen über den Horizont der ängstlichen Territorialpolitiker hinaus gingen, die das Interesse ihres Territoriums nicht im Zusammenhang mit anderen Fragen sehen wollten, und vor allem vor der ultima ratio, der Anwendung von Gewalt zurückschreckten. Seine Tätigkeit wurde durch diese ständigen Reibungen schließlich völlig lahm gelegt, da er nicht die Gabe hatte, die entstandenen Konflikte einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen, wie es die Aufgabe eines genialen Staatsmannes sein muß. Rheydt war der Vorläufer einer neuen Epoche, konnte sich aber noch nicht durchsetzen, da er von seinen Zeitgenossen in Brandenburg noch nicht verstanden wurde.

Während der Zeit dieser großen Auseinandersetzung zwischen den beiden Parteien im Geheimen Rate, die nicht in den Sitzungen sich abspielte, sondern durch den Austausch von Denkschriften ausgetragen wurde, gingen die laufenden Geschäfte des Kollegiums ihren Gang. Das ganze Jahr 1606 hindurch können wir Geheime Räte in Berlin nachweisen. In den Relationen des Kanzlers und der Geheimen Räte werden fast immer die stattgehabten Beratungen ausdrücklich erwähnt. Zu den Sitzungen war das Kollegium nicht immer vollzählig ver-

125. Hintze, a. a. O.

sammelt, sondern jeweils die anwesenden Räte traten zur Beratung zusammen. In der Hauptsache waren das Löben, Pruckmann und Pistoris. Waldenfels war vom Juli bis Mitte September nicht in Berlin, er war in seiner Heimat Franken. Dieskau ist im Juli nicht in Berlin nachzuweisen; im September und Oktober befand er sich im Gefolge des Kurfürsten.¹²⁶

Für uns ist es erstaunlich festzustellen, daß die entstandenen Lücken im Geheimen Ratskollegium nicht wieder ausgefüllt wurden. Es waren im Juli 1606 von den vorgesehenen Räten ausgeschieden: Benckendorff, der 1605 in Warschau gestorben war, und Hübner. Rheydt hatte sich zurückgezogen und Graf Schlick wird nicht ein einziges Mal als Teilnehmer an einer Sitzung des Kollegiums erwähnt.

Während der Kampf zwischen den Exponenten der alten Politik und der Machtpolitik einer heraufkommenden Zeit noch tobte, in dem die alte Richtung langsam die Oberhand gewann, trat wieder die Preußenfrage in den Kreis der Beratungen, drängte die westdeutschen Fragen in den Hintergrund und nahm wieder alle Aufmerksamkeit in Anspruch.

Die Lösung der preußischen Nachfolgefrage glaubte Löben in seiner abwartenden, vielfach geradezu übervorsichtigen Art erreichen zu können. Im Grunde wollte er es mit keiner Seite verderben. Durch diese Unentschlossenheit wurde er dazu bewogen, die Dinge mehr treiben zu lassen als zu versuchen, sie in seinem Sinne zu beeinflussen. Wurde er aber von Andersdenkenden angegriffen, so wurde er sehr energisch und blieb starrsinnig auf seinem Standpunkte stehen.

Nachdem der erste Landtag in Preußen so gut wie ergebnislos verlaufen war und die schwierige Haltung des preußischen Adels gezeigt hatte, hielt sich Löben ängstlich von jeder Einmischung fern und blickte wie gebannt auf die Verhältnisse in Polen, die die endgültige Belehnung mit dem Herzogtum verhinderten. Er glaubte die Entwicklung der Dinge abwarten zu müssen und dann erst „ex re nata“ seine Pläne fassen zu können.

126. A. Br. II. S. 386. Nr. 1184.
S. 431. Nr. 1264.

Die brandenburgisch Gesinnten unter den Preußen und auch die Oberräte baten dringend, daß jemand ins Land käme und den Umtrieben des aufsässigen Adels entgegenwirkte. Löben vertrat aber den Standpunkt der strikten Neutralität und wußte auch den Kurfürsten für diese Ansicht zu gewinnen.¹²⁷ Da fühlte sich wieder Markgraf Johann Sigismund bewogen einzugreifen. Er war in steigendem Maße unzufrieden mit der Entwicklung im Geheimen Ratskollegium und in der brandenburgischen Politik.

Nach dem Zweikampf Löben — Rheydt kam es allmählich zur Zeit des vorwaltenden Einflusses des Kanzlers zu einem Zweikampf zwischen ihm und dem Markgrafen.

Anfang Juli 1606 entschloß sich der Markgraf an den Kanzler persönlich zu schreiben,¹²⁸ obwohl ihm Löben durch sein hochfahrendes Wesen sehr unsympathisch war. Er hielt jetzt mehr Aktivität in der Preußenfrage für dringend geboten. Mit der Adelsrepublik in Polen müßte man in gutes Einvernehmen zu gelangen suchen, da der König sich wahrscheinlich doch mit ihr vergleichen müßte. Bei den schwierigen Verhältnissen in Preußen müßte seiner Meinung nach der Kurfürst unbedingt ins Land reisen, damit der rebellierende Adel nicht die Überhand erlange. Am Schluß hieß es dann sehr ungnädig: „Die Zeitt ist kurtz, kein Rahttschlag wird gehalten, in Preußen schickt man auch nicht zur Gewinnung der Leute, und mues also zugehen, was man Land unnd Leuthe verlieren soll. Werdet den Sachen nachdencken.“ Das war deutlich und scharf. Dem Kanzler wurde Pflichtvernachlässigung vorgeworfen.

Dieser antwortete umgehend mit einer ausführlichen Verteidigung.¹²⁹ Die Sachen würden keineswegs vernachlässigt und man habe zu verschiedenen Malen beraten und dem Kurfürsten Bericht erstattet. Die letzte dieser Beratungen ist uns bekannt durch eine Relation vom 25. Juni 1606,¹³⁰ die Löben, Dieskau, Pruckmann, Pistoris und Stitten unterzeichnet haben. Sie schlugen darin dem Kurfürsten weitere Beobachtung strikter Neutra-

127. A. Br. II. S. 240. Nr. 990.

128. A. Br. II. S. 251. Nr. 1006.

129. A. Br. II. S. 257. Nr. 1011.

130. A. Br. II. S. 238. N. 988.

lität in den polnischen Parteistreitigkeiten vor. Eine Fühlungnahme mit beiden Parteien hielten sie für wünschenswert. Vor der Entscheidung in Polen glaubten sie in Preußen nichts vornehmen zu sollen. Löben sah in dem Schreiben an Johann Sigismund keine Veranlassung von seinem Standpunkte abzuweichen und vermutete Verleumdung von ihm Mißgünstigen beim Markgrafen. Er verfehlte nicht, seine Verdienste um das Haus Brandenburg zu erwähnen. „Wan auch Rätthe dasjenige underthenigst rathen, was sie in ihrem Gewissen befinden, das nützlich und rathsam, so haben sie das Ihrige verricht; ex consilio nemo tenetur, nisi fuerit frandulentum; den Ausgang aber mus man dem almechtigen Gott befelen.“

Dem Kurfürsten war dieser Angriff auf seinen Kanzler auch bekannt geworden. Er verteidigte Löben völlig und stellte sich nachdrücklich an seine Seite.¹³¹ Damit hatte sich der Kanzler durchgesetzt gegen den Markgrafen und fühlte seine Stellung neu gestärkt. Die Politik des Abwartens setzte er nun weiter fort und meinte dem Kurfürsten gegenüber:¹³² „Der almechtige Gott wird dem Gerechten beistehen und das Wesen also endern, das es gereiche Gott zu Eren und zu Erhaltung Fride und Rue.“ Diese gottergebene politische Weisheit war nach dem Geschmack des Kurfürsten, und so wurde weiter gewartet, auch als in Polen sich die Dinge zuspitzten und die Preußen mit einer Gesandtschaft nach Polen Quertreibereien versuchten.¹³³ Der Zustand der Dinge wurde beklagt. „Aber was kann man thun, man wird, was vorgehen wird, gewertig sein müssen.“ Dieses Treibenlassen der Dinge ermutigte den Adel in Preußen immer wieder, so daß er seine Umtriebe unbekümmert fortsetzte und mit Polen zu verhandeln suchte. Fabian von Dohna und auch die Oberräte in Königsberg verlangten immer wieder das Kommen des Kurfürsten nach Preußen zur Bereinigung der Streitigkeiten mit dem Adel. In Berlin glaubte man, dies ohne die Zustimmung des polnischen Königs nicht tun zu dürfen; diese zu erlangen, aber wagte man nicht zu versuchen, um nicht eine der beiden Parteien zu verärgern.

131. A. Br. II. S. 257. Nr. 1012.

132. A. Br. II. S. 316. Nr. 1080.

133. A. Br. II. S. 327. Nr. 1097

Ende September hielt es Löben mit der Zeit doch für geraten, einer eingehenden Erörterung der preußischen Frage näher zu treten. Das Kollegium: Löben, Waldenfels, Pruckmann und Pistoris erachtete die Teilnahme des Markgrafen an diesen Beratungen für wünschenswert.¹³⁴ Ein bestimmter Termin wurde aber noch nicht in Aussicht genommen. So ging das Jahr 1606 zu Ende, ohne daß diese Erwägungen in die Wirklichkeit umgesetzt worden wären. Während der Zeit des Zögerns in den Hauptfragen der Politik haben ständig Sitzungen im Geheimen Rat stattgefunden, die aber, wie aus den Relationen hervorgeht, Gegenstände innerpolitischer Art zum Thema hatten, die für die Geschichte des Geheimen Rates ohne Bedeutung sind. Anwesend waren meistens die zuletzt genannten vier Geheimen Räte.

Die ganze Handhabung der politischen Geschäfte in Berlin und die Unentschlossenheit des Kanzlers in dieser Zeit wird uns deutlich aus einem Schreiben des Grafen Dohna an Beyer.¹³⁵ Dohna unterzog die Berliner Zustände einer schonungslosen Kritik. Der Kurfürst sollte ins Land kommen, wozu die Zustimmung des Polenkönigs nötig wäre. Diese wäre aber sicher zu haben gewesen. „Man het wol eher davon discuriert, aber ich habe niemals gesehen, daß man sich deßwegen richtig einigen oder resolviren können.“ Früher sei wenigstens öfter ein Gesandter nach Königsberg gekommen unter dem Vorwande der jülichischen Erbfolgefrage. Da hätte man mündlich bessere Informationen geben können als durch schriftliche Berichte dies möglich wäre. In Polen könnten sich die Dinge oft schnell ändern, „*malitia hominum crescit interdum*, daß es von Nöten thete, daß man alle Stunden hiervon reden undt tractiren könnte.“ Dohna durchschaute sehr klar die Politik in Berlin. So schrieb er: . . . „*vestrae aemulationes cum Berlinensibus*, davon nicht gut, daß jederman wisse, insonderheit aber, wie mich düngte, daß man nicht gewohnet. den Landtäggen, bei welchen etwas mehr furlaufen, als Schetzung einfordern, pershönlich beizuwohnen, allerlei verdrieslich Hendel hören und verabscheiden, und waß dem mehr anhengig, macht eine schlechte Hoff-

134. A. Br. II. S. 388. Nr. 1186.

135. A. Br. II. S. 452. Nr. 1301.

nung zur Hereinkunft, darauß aber nichts Gutes erfolgen kann.“ Er riet dringend ab, einen Landtag in Abwesenheit des Kurfürsten zu halten.

Starre Entschlußlosigkeit war also der tiefste Grund für diese Politik des Zögerns, wie es auch von den Zeitgenossen klar erkannt wurde.

Dem kurfürstlichen Gesandten Dr. Möller, der der Herzogin Bericht über den Stand der jülichischen Frage erstatten sollte, gegenüber wurde Dohna ebenfalls sehr deutlich¹³⁶ und lehnte alle Gründe, mit denen Möller den Kurfürsten zu verteidigen suchte, ab. Diese scharfe Sprache beunruhigte den Kurfürsten doch etwas und er forderte eingehende Beratung der Lage im Geheimen Rat. Aber Löben wußte seinen Herrn zu beschwichtigen und suchte Dohnas Erklärungen zu bagatellisieren.¹³⁷ „... das er (Dohna) aber in ... seinem Schreiben etwas weit gehet, ruert einzig und allein daher, daß er von den secretioribus tractatibus keine Wissenschaft, inmaßen dann auch E. Ch. G. bißhero jederzeit Bedenckens getragen, weder ihm, Herrn von Dohna, noch andern preußischen Räthen davon etwas zu offenbahnen. Dahero sich dann E. Ch. G. über solchem seinem Schreiben keine sorgliche Gedancken machen dürfen, sinthemahl er doch in effectu dahin schleust, wie E. Ch. G. wir stets underthenigstes Gehorsam gerathen;...“ Der Kanzler hielt seine Politik für die einzig richtige und jede Kritik daran war fast ein Verbrechen. Als in Polen die Verhältnisse immer undurchsichtiger wurden, schickte man Pistoris dorthin, um Informationen an Ort und Stelle einzuziehen.¹³⁸ Nach dessen Rückkehr zeigte es sich, daß etwas geschehen und man eingehend die Probleme erwägen mußte. Der Kurfürst entschied sich daher am 22. Januar 1607 für eine ordentliche Geheime Ratssitzung, für die er auch Vertreter des Markgrafen anforderte,¹³⁹

136. A. Br. II. S. 470. Nr. 1340.

137. A. Br. II. S. 487. Nr. 1391.

138. A. Br. II. S. 493. Nr. 1401.
S. 497. Nr. 1406.

139. A. Br. II. S. 497. Nr. 1406.

Unterdessen fuhr Löben aber in seiner Starrköpfigkeit und Eigenmächtigkeit fort und die Klagen darüber wollten nicht verstummen. So meinte Beyer zu Rheydt ¹⁴⁰: „Wegen der preußischen Sache . . . sol berhatschlagt werden. Unser Canzler wil jetzo wider nicht, das mein gnediger Herr soll hineinziehen . . . Wofern die Herzogin nicht das Beste thuet bey unsern Sachen, wird es das Menlein nach seinem Gefallen und der Herrschaft große Verseumnis dirigiren.“

Zur besseren Vorbereitung dieser Beratung fertigte das Collegium eine ausführliche Denkschrift ¹⁴¹ an, die von Löben, Waldenfels, Dieskau, Pruckmann und Pistoris unterzeichnet worden ist. Der Geheime Rat blieb dabei, daß die Reise des Kurfürsten oder Markgrafen nach Preußen nicht möglich wäre. Wieder wurden die Argumente der Gegenseite bagatellisiert. Es hieß darüber: „Und, concludenter loquendo, die Wahrheit zu sagen, so präsupponiren alle diejenigen, so den ingressum in Prussiam rathen, consensum regium, derwegen auf ihr Guthachten, weil sichs anders verhellte, so wichtiger nicht zu sehen sein will.“ Über den voraussichtlichen Ausgang dieser Beratung äußerte sich Beyer sehr pessimistisch: ¹⁴² „halte aber, es werde bey des Hern Canzlers Meinung, das sie nicht hinein sollen, bleiben, wofern nicht auss Preußen andere Anreigung geschehen.“

Am 10. und 11. Februar konnte endlich die Sitzung stattfinden. Ein amtliches Protokoll darüber ist nicht überliefert. Aber der Sekretär des Markgrafen, der als Vertreter seines Herrn an den Sitzungen teilgenommen hat, Reichart Beyer, hat protokollartige Aufzeichnungen hinterlassen, die uns einen ausgezeichneten Einblick in die Verhältnisse des Geheimen Rates gestatten. Besonders für die Stellung der Geheimen Räte zum Kanzler sind diese Berichte aufschlußreich. An den Sitzungen nahmen teil: Löben, Waldenfels, Pruckmann, Pistoris und als Vertreter des Markgrafen Adam zu Putlitz und Reichart Beyer.

In der preußisch-polnischen Frage handelte es sich in diesen Sitzungen hauptsächlich um zwei Punkte:

140. A. Br. II. S. 500. Nr. 1410.

141. A. Br. II. S. 514. Nr. 1437.

142. A. Br. II. S. 522. Nr. 1444.

1. Sollte die Kuratelfrage in das Ausschreiben zum polnischen Reichstag aufgenommen werden oder nicht?

2. Sollte in Preußen ein Landtag stattfinden und sollte der Kurfürst oder Markgraf dazu nach Preußen reisen oder nicht?

Aus dem Verlauf der Verhandlungen können wir entnehmen, daß die Geheimen Räte gegen die Machtstellung, die der Kanzler nach dem Ausscheiden seiner Hauptgegner einnahm, nicht anzukämpfen wagten und ohne Rückenstärkung eine abweichende Ansicht dem Kanzler gegenüber nicht vertraten. Löben war stur gegen jeden Landtag in Preußen und so beharrte der Geheime Rat in corpore bei dieser Meinung. Doch Beyer ließ sich nicht einschüchtern, sondern vertrat energisch die Meinung des Markgrafen, daß in Preußen unter allen Umständen etwas geschehen mußte. Diese Haltung machte Eindruck und es gelang Beyer die Einheitsfront der Geheimen Räte zu erschüttern, so daß Löben und Waldenfels mit ihrer Meinung allein blieben. Das Ergebnis war schließlich, wie schon oben erwähnt,¹⁴³ ein Kompromiß, dem der Kurfürst dann zustimmte. Er forderte ein Gutachten der Königsberger Oberräte über die Berufung eines Ausschußtages. Diese lehnten aber bekanntlich den Vorschlag als unmöglich rundweg ab.¹⁴⁴

Die Verhandlungen hatten mit großer Deutlichkeit die Machtposition des Kanzlers im Geheimen Rat gezeigt. Es war soweit gekommen, daß der Geheime Rat nach dem Ausscheiden Rheydts nur noch eine Verstärkung der Löbenschen Ansichten bedeutete. Der Kanzler bediente sich seiner Kollegen, um gewissermaßen die Wucht und das Ansehen der Argumente für seine Politik beim Kurfürsten zu verstärken. So kann es auch nicht mehr wunderbar erscheinen, wenn in den Relationen aus dieser Zeit Meinungsverschiedenheiten während der Beratungen nicht zu erkennen sind. Es gab solche nicht, denn die Meinung des Kanzlers war die Meinung des Geheimen Ratskollegiums. Löben ging in seiner Herrschsucht so weit, daß er Staatshandlungen, die von anderer Seite als von ihm ausgingen, zu verhindern suchte. Dieser Vorwurf wurde zu wiederholten Malen gegen

143. Vgl. S. 79.

144. A. Br. II. S. 565. Nr. 1492.

ihn erhoben. So geschah dies anläßlich der Verlobung des Herzogs Johann Georg von Sachsen mit einer preußischen Prinzessin. Beyer klagte Rheydt gegenüber heftig über diese Verhältnisse.¹⁴⁵ „Nun beginnet der Canzler solchs zu cavilliren, alß wann dieser Heyrhat den Gülischen Sachen einen Stoß geben und das sächsische Interesse dadurch stabiliret möchte werden. Weil aber solchs nur ein vorgeblich Ding, als hat man darauß nicht anderst zu vernehmen, alß das er der Canzler alles, was von ihm nicht herkommen, zu reprehendiren gemeinet.“

Löben war in seinem Bestreben so maßlos, daß man ihm sogar Unterschlagung von Schreiben nachsagte, um den Kurfürsten ganz in seinem Sinne beeinflussen zu können. So mußten Berichte aus Preußen von Rheydt, die eine ungeschminkte Darstellung der Lage gaben, auf Umwegen an den Kurfürsten gebracht werden.¹⁴⁶ „...ich habe aber nit unterlaßen können, I. Ch. G. ... statum causae praesentem depingire, wil bey negstfolgender Post von allen auch Abschrift einschicken, hat jetzo nit geschehen kunnen, weil mir bewußt, da solche Schreiben in ander Leute Hende kommen, gar unterschlagen oder ungleich ausgeleget werden sollen: so wollet bedencken, wie es etwo anzustellen, daß I. Ch. G. solche gewiß zu Henden kommen und anfänglich allein vorgelesen werden mögten.“ Auch durch die Markgräfin Anna suchte Rheydt unter Umgehung Löbens dem Kurfürsten Schreiben zuzustellen.

Am brandenburgischen Hofe herrschte ein zäher, erbitterter und lautloser Kampf zwischen Löben, dem offiziellen Berater des Kurfürsten und der Partei des Markgrafen, der seine Erbschaft gefährdet sah. Der Schauplatz der politischen Kämpfe hatte sich dabei verschoben. Nicht mehr der Geheime Rat war der Austragsort, sondern der kurfürstliche Hof unmittelbar. Der Geheime Rat als Kollegium trat dadurch seit dieser Zeit mehr und mehr in den Hintergrund und geriet langsam in Verfall, da die meisten Geheimen Räte fast dauernd in Missionen abwesend waren. Wie weit der Kanzler Löben diesen Vorgang begünstigte und förderte zugunsten seiner Stellung, ist nicht genau nachzuweisen. Von den Zeitgenossen aber wurde diese

145. A. Br. II. S. 522. Nr. 1444.

146. A. Br. II. S. 530. Nr. 1450.

Absicht ihm zugesprochen.¹⁴⁷ Daß ihm der Zustand aber nicht ganz unangenehm war, zeigte sein späteres Verhalten.

Zur Zeit der großen Preußen-Beratung wurde auch die niederländische Frage wieder akut.

Der Agent der Generalstaaten, Dr. Peter Brederode, erschien in Berlin und brachte ein Hilfsgesuch vor für ihren Kampf gegen Spanien. Dies war der Anlaß zu schweren Kämpfen zwischen Löben und dem Markgrafen. Die Auseinandersetzungen waren so heftig, daß Brederode erst 11 Tage später eine Antwort erhielt. Löben versuchte die ganze Sache zu hintertreiben, doch Johann Sigismund ließ nicht locker. Er erreichte es endlich, daß das Hilfsgesuch nicht völlig abgeschlagen wurde und eine gewisse Unterstützung in Aussicht gestellt wurde, über deren Höhe man sich aber in Anbetracht der preußischen Frage nicht festlegen konnte und wollte. Es war immerhin ein Erfolg gegenüber den Absichten Löbens. Das erkannte Brederode auch an.¹⁴⁸ Das günstige Ergebnis schrieb er in erster Linie dem Markgrafen und dessen Rat Adam zu Putlitz zu, denen sich dann noch Waldenfels anschloß, als sich die Wagschale nach deren Seite neigte.

Über die Kontroversen selbst äußerte sich Beyer am offenerzigsten zu Rheydt.¹⁴⁹ „Was mein gnediger Her wegen Übermachung des Geldes auf Ambsterdam gerhaten, ist daher geschehen, weil unsere Leute nicht Lust zum Handel, und wir sie fast mit Knütteln so weit gebracht, ja auch das auf Bevhel meines gnedigen Hern öffentlich hat muessen proponirt werden, wan die churfürstlichen Rhete, wan sie bei 20, 30 Tausend außbeeden, konten Rhat finden, so solten sie zu dieser christlichen und dem Hauße Brandenburg hochangelegenen Sache auch Rat schaffen, welches die Herrn gar kleinlaut gemacht und es mit keinem Word beantwort; . . . Das die Rhete auf so ein Geringes gerhaten und dobey auch unsere Handlung nicht gedacht, ist keine andere Uhrsache, als das sie zur Handlung noch

147. R. Koser, Geschichte der Brandenburg-Preußischen Politik, Bd. I, S. 336.

148. Brederode an Albert Grafen von Solms. 12. März 1607. B. A. I. S. 551. Nr. 454.

149. A. Br. II. S. 546. Nr. 1474 Anm.

nicht stehen wollen, inmaßen sich der Canzler verlauten lassen;“ Es hatten also Kämpfe stattgefunden, bei denen man auf beiden Seiten bis an die Grenze des Möglichen im Verhandlungston gegangen war.

Löben war also wieder das Haupthindernis und man traute ihm nicht über den Weg. Deshalb sollte das Hilfgeld aus Preußen sofort nach Amsterdam überwiesen werden, damit man es in Berlin nicht doch noch zurückhielte, was man Löben offenbar zutraute. In demselben Briefe berichtete Beyer über die in Berlin geführten Verhandlungen zur Preußenfrage.¹⁵⁰ „Belangende den Ausschußtag wird allhir noch nicht deliberirt wer von hir sol hinein geschicket werden ehe dan Resolution von den Rheten aus Preußen kommt, und weil man leicht erachten kan, das darzu des Canzlers Creaturen werden gebraucht werden, so stelle E. G. anheim, ob nicht die Herzogin die Qualiteten der Persohnen, die hierzu nötig, anhero gelangt oder auch gewisse Persohnen nahmkundig gemacht hatte.“

Löbens Taktik in der Preußenfrage fiel mit der Zeit auch den Nichteingeweihten und besonders denen in Preußen auf. Die Anhänger Brandenburgs in Preußen konnten sich die Richtung der Politik einfach nicht erklären und äußerten die tollsten Vermutungen, wie etwa die, von denen Rheydt berichtete.¹⁵¹ Sie meinten, daß es Leute geben müßte, die ein Interesse daran hätten, daß Markgraf Johann Sigismund einmal nicht in den Besitz des Landes käme. Rheydt forderte als Gegenmaßnahme schließlich schärfste Überwachung Löbens durch Beyer und Adam zu Putlitz, um die gröbsten Schäden zu verhindern. So schrieb er: „Wollet doch mit Her Adam auß diesen Sachen vertraulich unterreden und euch beide jo die Augen nicht verblenden laissen, wie hiebevör also Zweifel noch, ob noster parvulus mechtig, seinem Berumen zupfolg, so wenig vor Vater als Shon des Königs Consens anhero zu kommen, außzubringen. Es will dem Herrn von Dohna Gedachts Direction in diesen Sachen auch mit der Zeit nit zum Besten gefallen.“ Daraus geht hervor, daß Löben ganz offen die Bemühungen, des Königs von Polen Einwilligung zur kurfürstlichen Reise nach Preußen

150. A. Br. II. S. 547. Nr. 1474 Anm.

151. A. Br. II. S. 568. Nr. 1493.

zu sabotieren suchte und sich dessen auch noch rühmte. Dieses Verhalten machte selbst Dohna stutzig, der bisher trotz der vielen Angriffe auf Löben noch immer für ihn eingetreten war und ihm den guten Willen zur Sache nicht abgesprochen hatte. Aber nach Rheydts Bericht wurde selbst er mit der Zeit bedenklich.

Die Entwicklung der Verhältnisse bewies Löben allmählich, daß seine Taktik und Politik wohl nicht ganz die rechte sein konnte. Diese Erkenntnis traf ihn nun um so stärker. Er brach darunter völlig zusammen und wurde von Adam zu Putlitz „fast perplex, zweifelhaftig und ohne einige Resolutionen in den polnischen und preußischen Sachen befunden.“¹⁵² Die Preußen forderten heftiger denn je einen Landtag, aber der Kanzler konnte keinen Entschluß finden.

Im März 1607 fanden langwierige Beratungen mit diesem Thema als Tagesordnung statt, über die wir unterrichtet sind durch ein amtliches Protokoll¹⁵³ und drei Aufzeichnungen von Reichart Beyer.¹⁵⁴ Anwesend waren Löben, Waldenfels, Dieskau, Pruckmann und Pistoris. Am 28. März wurde Beyer geladen und ihm zur Mitteilung an den Markgrafen eröffnet, daß die Geheimen Räte der Frage der Einberufung eines Landtages in Preußen näher treten würden, wenn in Polen ein Reichstag einberufen werden würde, sonst aber wäre man nicht dafür. Tags darauf war wieder Sitzung und Beyer trat im Auftrage des Markgrafen für die Einberufung eines Landtages unter allen Umständen ein. Mit den Preußen müßte man einmal doch zur Verständigung gelangen und da wäre es besser, man täte dies aus freien Stücken als auf Veranlassung von Polen. Die Geheimen Räte zogen sich nach Kenntnisaufnahme zur Beratung zurück, deren Ergebnis war, daß man immer noch Bedenken hatte. Wenn der Landtag wieder nicht zur Einigung führen würde, so würden die Preußen noch viel mehr Lärm in Polen schlagen. Vor lauter Bedenken kam man nicht zum Entschluß und brach

152. A. Br. II. S. 581. Nr. 1506.

153. A. Br. II. S. 584. Nr. 1510.

154. A. Br. II. S. 594. Nr. 1525.

S. 596. Nr. 1526.

S. 597. Nr. 1529.

die Verhandlungen ab. Später erfuhr dann Beyer, daß der Landtag beschlossen worden wäre und auch die Reise des Kurfürsten nach Preußen, zu der man den Konsens des Königs von Polen erbat.¹⁵⁵ Dieser Konsens erfolgte infolge des polnischen Bürgerkrieges nicht und der Kurfürst blieb in Berlin.

Nach diesen Konzessionen suchte Löben aber bis in die kleinsten Einzelheiten einen Standpunkt durchzusetzen, selbst dann noch, wenn ihm von sachkundiger Seite dringend abgeraten wurde. Das erlebte man wieder bei der Zusammensetzung der Delegation für Preußen. Von den Geheimen Räten blieb hierfür nur der kalvinistische Pistoris übrig, der in Preußen wenig angesehen war. Auf die vorgebrachten Bedenken, auch Dohna hatte von seiner Person abgeraten, antwortete Löben:¹⁵⁶ „er hatte es vernommen, daß sie mit ihm nicht zufrieden, wußte nicht, was ihnen der guete Mann gethan; wolle den Sachen nachdencken.“ Der Erfolg davon war, daß Pistoris doch nach Preußen ging.

Diese Gesandtschaft zum preußischen Landtag war ein verunglücktes Unternehmen von Anfang bis zu Ende, obwohl der Kanzler sie persönlich führte. War schon die Instruktion¹⁵⁷ für diese Gesandtschaft unklar und unbestimmt, so war es die Haltung der Gesandten auf dem Landtage erst recht. Löben ergriff den rebellierenden Ständen auf dem Landtage gegenüber nie die Initiative, sondern er und seine Kollegen erklärten den Königsberger Oberräten, daß sie nur zum Einraten gekommen wären und nicht die Direktion des Landtages zu übernehmen gedächten.¹⁵⁸ Das war eine große Enttäuschung für die Oberräte, die von ihren eigenen Standesgenossen immer schärfer wegen ihrer loyalen Haltung angegriffen wurden. Sie hatten sich schon dadurch zu helfen gesucht, daß sie erklärten, sie wären seit der Übertragung der Kuratel auf Joachim Friedrich nicht mehr Regenten des Landes, sondern nur noch Oberräte. Infolge dieser schwankenden und unbestimmten Haltung der Direktoren des Landtages verloren

155. A. Br. III. S. 4. Nr. 1547.

156. A. Br. III. S. 8. Nr. 1558.

157. A. Br. III. S. 18. Nr. 1574.

158. A. Br. III. S. 60. Nr. 1606.

die Stände jedes Maß und Ziel in ihren Forderungen und ihrem Auftreten. Dadurch wurden die Brandenburger völlig ratlos und Löben wußte weiter nichts, als daß er alles an den Kurfürsten referieren wollte. Die Oberräte vollends hatten jede Lust an der Sache verloren und hielten Verhandlungen für zwecklos. Ihr Rat ging auf Schluß des Landtages; man sollte alles in der Schwebe lassen und auf bessere Zeiten warten. Die Geheimen Räte traten sofort dieser Meinung bei, und so ging dieser Landtag völlig ergebnislos auseinander. Nur beide Parteien waren erbitterter aufeinander denn vorher.

Durch diese Reise der Geheimen Räte nach Preußen wurde die Tätigkeit des Geheimen Ratskollegiums in Berlin wieder völlig unterbrochen. Zwischen dem 22. und 27. April 1607 hatten Löben, Waldenfels, Pistoris und Stitten Berlin verlassen. In der Zentrale standen während dieser Zeit zur Verfügung Dieskau und Pruckmann, daneben werden noch Michael von Hagen und Dr. Peter Möller erwähnt. Möller war schon mehrfach als Gesandter nach Preußen und Danzig verwandt worden. Als Geheime Räte kann man aber Stitten, Michael von Hagen und Möller nicht bezeichnen, denn es wird nirgends ihre Ernennung erwähnt, wie dies im Falle von Adam von Putlitz später ausdrücklich geschah. Freiherr von Rheydt stand nicht zur Verfügung; er wartete in Caputh¹⁵⁹ auf seine Bestallung zum Geheimen Rat von Hause aus.¹⁶⁰ Im Juli war er bereits im Rheinland.¹⁶¹ Diese Regierung mit zwei Geheimen Räten dauerte bis Mitte Juli 1607. Am 1. Juli 1607 war der Landtag in Königsberg geschlossen worden und am 2. Juli reisten die Brandenburger ab.¹⁶² Am 10. Juli waren sie in Neuenhof, am 19. Juli erstatteten Kanzler und Geheime Räte bereits eine Relation an den Markgrafen von Cöln aus.¹⁶³

Als der Kurfürst von dem negativen Ergebnis des Landtages hörte, wurde er doch bestürzt und unmutig auf den Kanzler. Die Delegation nach Polen wurde sofort zurückgerufen. Zu einer

159. A. Br. III. S. 13. Nr. 1567.
S. 14. Nr. 1568.

160. A. Br. III. S. 91. Nr. 1634.

161. A. Br. III. S. 137. Nr. 1698.

162. A. Br. III. S. 135. Nr. 1693.

163. A. Br. III. S. 139. Nr. 1703.

Kanzlerkrisis kam es aber angesichts dieser eklatanten Niederlage seiner Politik nicht, denn zum Glück für Löben ließen sich in Polen die Dinge wieder günstiger an, nachdem König Siegmund III. im Bürgerkrieg vorläufig Sieger geblieben war. Beyer urteilte über die Lage:¹⁶⁴ „Diese Zeitung vom König mochten sie widrum etwas erigiren, sonstn wolte es vielleicht windig sein geworden.“

In Berlin hatte der Kanzler während seiner Abwesenheit auch an Raum verloren. Einer seiner Gegner war zum Geheimen Rat ernannt worden. Es war Adam zu Putlitz, der Vertrauensmann des Markgrafen Johann Sigismund. Dies hatte der Graf Schlick bewirkt, der sonst der engste Bundesgenosse des Kanzlers war. Schlick hatte dies nach Beyers Bericht¹⁶⁵ angeblich weniger aus politischen Motiven heraus getan als aus persönlicher Verärgerung auf den Kanzler und auch um sich persönlich zu bereichern.

Diese Maßnahme war immerhin ein Schlag gegen die Stellung des Kanzlers. Löben war sich dieser Tatsache wohl bewußt und nahm nach seiner Rückkehr den Kampf mit neuer Kraft wieder auf. Dazu hatte er in kurzer Zeit ausgiebige Gelegenheit.

Am Niederrhein war inzwischen der Kampf zwischen den Niederlanden und Spanien zum Stehen gebracht und man machte Anstalten, sich zu einer Friedenskonferenz im Haag zusammenzufinden. Hier sollten die ganzen Besitz- und Grenzprobleme am Niederrhein bereinigt und geregelt werden. Es war bei der Lage der Dinge verständlich, daß alle nur irgendwie interessierten Fürsten sich auf dieser Friedenskonferenz vertreten ließen. Auch Brandenburg war infolge seiner jülich-schen Exspektanz nicht ganz uninteressiert an diesen Verhandlungen über die endgültige Regelung der Dinge.

Die Frage der Beteiligung oder Nichtbeteiligung an diesen Verhandlungen und besonders die der Aufnahme der jülich-schen Frage in den zu erwartenden Vertrag war der Anlaß zu äußerst erbitterten Kämpfen im brandenburgischen Geheimen Rate. Diese Kontroversen gingen über den Rahmen des Kollegiums

164. A. Br. III. S. 142. Nr. 1709.

165. Siehe 164.

hinaus und nahmen mehr den Charakter einer ernsten Auseinandersetzung zwischen dem Kanzler und dem als voraussichtlichen Erben besonders daran interessierten Markgrafen Johann Sigismund an.

Um seine Stellung im Geheimen Rat zu stärken, versuchte Löben bald den Vertrauensmann seines hohen Gegners wieder aus dem Kollegium zu verdrängen. Außerdem hatte er es verstanden, den Einfluß seiner Gegner vom Kurfürsten völlig fern zu halten und so seinen Herrn ganz an sich zu ketten. Wir erfahren dies von Beyer, der sich darüber heftig beklagt:¹⁶⁶ „... noch wil, er Recht haben und bildet dem Churfürsten solchs ein, weil er allein zu ihm kömmet.“

Die Anregung zu der Frage der Beteiligung hatte der Kurfürst von der Pfalz gegeben, eine Anregung, die Johann Sigismund sofort bereitwilligst aufgenommen hatte. Um mit seiner Meinung im Geheimen Rat durchzudringen, setzte er sich mit dem Grafen Schlick in Verbindung, der die Sache beim Kurfürsten mit befürworten sollte.¹⁶⁷

Löben hatte nie etwas für die Verfolgung der jülichischen Frage übrig gehabt. Einmal sah er seine Hauptaufgabe in der Lösung der preußischen Frage, für die er alle Mittel und Kräfte des Kurstaates eingesetzt wissen wollte. Auch mag ihm die ganze Sache zu verwickelt erschienen sein; die Lösung dieser Frage barg zuviel Probleme in sich, die weit über den Rahmen der bisher verfolgten Politik hinausgingen. Endlich mag wohl auch bei ihm, dem strengen Lutheraner, die Abneigung gegen die kalvinistische Pfalz, dem Hauptbundesgenossen Brandenburgs in den Fragen der Politik am Niederrhein, mitgespielt haben. So war er auch jetzt wieder gegen die Teilnahme Brandenburgs an einer Besprechung in Heidelberg über die Haager Friedensverhandlungen.¹⁶⁸ Die Denkschrift hierüber ist das Ergebnis von Beratungen, an denen Löben, Waldenfels, Pruckmann und Pistoris teilgenommen haben am 30. Juli 1607. Gegen eine Vertretung Brandenburgs im Haag war er unter allen Umständen. In Heidelberg könnte der brandenburgische Gesandte

166. A. Br. III. S. 408. Nr. 2107.

167. A. Br. III. S. 137. Nr. 1698.

168. A. Br. III. S. 146. Nr. 1715.

keine konkreten Vorschläge machen, wie man im Haag vorgehen sollte. Wenn Brandenburg, das zuerst votieren müßte, nur mit allgemeinen Vorschlägen aufwarten würde, so würde man es mit den Holländern gänzlich verderben. Was Frankreich und England tun würden, wäre noch völlig ungewiß. Außerdem würde man es mit Spanien und dem Kaiser auf jeden Fall verderben, was nach des Kanzlers Meinung nicht ganz ungefährlich wäre. Die Geheimen Räte, das waren Löben, Waldenfels, Puckmann und Pistoris, schlugen daher vor, bei Kurpfalz sich zu entschuldigen und die vorgesehene Heidelberger Tagung nicht zu beschicken, wonach der Kurfürst auch handelte. Damit hatte Löben fürs erste den Angriff auf seine Politik abgeschlagen. Doch es sollte nicht bei diesem ersten Vorstoß bleiben.

Die Heidelberger Tagung war nicht zustande gekommen; doch der Kurfürst von der Pfalz ließ sich dadurch nicht beirren und stellte nun Brandenburg vor vollendete Tatsachen, indem er einfach eine neue Tagung nicht mehr vorschlug, sondern ausschrieb für Ende September 1607.¹⁶⁹ Brandenburg war dadurch in eine Zwangslage versetzt worden und mußte nun wohl oder übel klare Stellung zu den Dingen nehmen, eine für Löben besonders unerwünschte Situation.

Er sah ein, daß man schlecht nochmals eine Beschickung der angesetzten Tagung abschlagen konnte. Da aber seiner Meinung nach die Sachlage sich in nichts geändert hatte und er seinen Standpunkt aufzugeben nicht willens war, so schlug er trotzdem wieder ein Entschuldigungsschreiben vor.¹⁷⁰ Denn Löben glaubte nicht ohne vorherige Einigung unter den Erbprätendenten, die bisher stets vergeblich versucht worden war, in der jülichischen Sache vorgehen zu dürfen.

Zum Schluß konnte der Kanzler nicht umhin, gegen den Kurfürsten von der Pfalz, der ihn zur Entscheidung gezwungen hatte, heftig zu polemisieren. Kurpfalz hätte ohne Kenntnis der brandenburgischen Lage gehandelt, auch wäre es völlig gegen das Herkommen, „das I. Ch. G. so oftmal non communicato consilio mit E. Ch. G. dergleichenn conventus ausschreiben, E. Ch.

169. A. Br. III. S. 168. Nr. 1757.

170. A. Br. III. S. 198. Nr. 1787.

G. daher nichts als odia erlangen, wan dieselben hirnacher solche nicht alwege beschicken.“

Nach der Tagung sollte man einen Boten nach Heidelberg schicken und dem Pfälzer die Ungelegenheiten zu Gemüte führen, in die er Brandenburg durch seine Initiative gebracht hätte. Man sollte energisch bitten, daß künftig solche Ausschreibungen nicht ohne vorherige gegenseitige Verständigung erlassen würden. Kurpfalz würde das einsehen, „das E. Ch. G. wol zu entschuldigen, indem die Conservation der preußischen Sache nicht weniger als andere sowoll in religione als statu politico vor ein gemein Werck zu halten ist.“

Diesen Standpunkt legte Löben auch in einem Schreiben an den Markgrafen dar.¹⁷¹ Er hatte wohl im Stillen gehofft, daß Johann Siegismund seinen Widerstand aufgeben und sich mit des Kanzlers Plänen und Vorschlägen zufrieden geben würde. Doch in dieser Hoffnung, wenn er sie überhaupt gehegt hatte, sah er sich bitter getäuscht. Johann Siegismund vertrat nach wie vor mit großer Energie seinen Standpunkt, daß man sich im Haag beteiligen und vorher mit Kurpfalz die Verhandlungstaktik verabreden mußte.

Der Markgraf kämpfte für seine Politik mit Denkschriften, die im Geheimen Rat dann Anlaß zu großen Auseinandersetzungen gaben. In dem ersten Schriftsatz¹⁷² dieser Art verlangte er ganz strikte Brandenburgs Teilnahme an der Heidelberger Besprechung. Die Ausführungen zeigen, daß der Markgraf dabei nicht nur an die jülichische Erbschaft dachte, sondern daß die ganze Reichspolitik ihn beschäftigte und mit Sorge erfüllte. Die Evangelischen mußten sich gegen die Umtriebe der Papisten zusammenschließen und allen Sprengungsversuchen dieser entgegentreten. Dazu sollte man eine Gelegenheit, wie sie hier geboten würde, nicht ungenützt vorübergehen lassen. Das ewige Ausweichen vor den Entscheidungen schädigte das Ansehen Brandenburgs ganz erheblich. Frankreich und England, die bisher dem Kurhause ganz günstig gesinnt gewesen wären, würden es nicht verstehen und übel vermerken, wenn Brandenburg „weder kalt noch warm“ sein und sich von den

171. A. Br. III. S. 205. Nr. 1793.

172. A. Br. III. S. 208. Nr. 1802.

„publicis negociis“ trennen wollte. Es wäre weiterhin durchaus möglich, auch für die preußische Frage Beistand sich zu verschaffen, was bei der Unsicherheit der Verhältnisse in Polen nicht von der Hand zu weisen wäre.

Wenn Kurfürsten und andere Fürsten im Haag vertreten wären, die kein besonderes Privatinteresse an der Regelung der niederrheinischen Verhältnisse hätten, so wäre es völlig unverständlich, wenn Brandenburg mit seinen großen Interessen sich ausschließen würde. „Es werde bey menniglich das Ansehen gewinnen, alß wan wir es mit unß selbstn und der lieben Posteritet nicht treulich meinen.“

Man könnte außerdem gar nicht zurück, „weil bereits die Zusagen dem Brederodio mundlich, dann auch dem Churfürsten Pfaltz schriftlich geschehen, das man mitschicken wolle; da man dan nicht unbilligk in Bedencken zu ziehen, das zuvor auch die durch Hand und Siegel zugesagte Geldtshulfe nicht erfolgen, dan auch die erste Handlung, mit den Staden sowol vom Churfürsten Pfaltz alß Brandenburg geschehen, stecken laßet, und solchs dem Hauße Brandenburg an dero wolhergebrachten Hoheit und Standhaftigkeit sehr vorkleinerlich fallen möchte.“

Diese energische und scharfe Sprache verfehlte ihren Eindruck beim Kurfürsten nicht, der sich nun für die Ansicht seines Sohnes gewinnen ließ. Dem Kanzler blieb nichts anderes übrig als nachzugeben und seine Zustimmung zur Sendung nach Heidelberg zu geben.

Die Beratung über dieses Thema wurde wieder in großem Rahmen durchgeführt. Am 21. September 1607 fand sie statt unter Teilnahme von Löben, Dieskau, Pruckmann, Pistoris; hinzugezogen waren Wedigo Reimar von Putlitz, zwei Arnims und der schon erwähnte Michael von Hagen. Als Vertreter des Markgrafen waren erschienen Adam zu Putlitz und Beyer. Dieser hat von der Sitzung eine Art Protokoll¹⁷³ angefertigt, das aber nur in ganz großen Umrissen den Lauf der Verhandlungen wiedergibt. Es ist daraus zu ersehen, daß Beyers und Putlitz' unbedingtes Beharren auf ihren Standpunkt die Stellung des

173. A. Br. III. S. 212. Nr. 1803.

Kanzlers allmählich erschütterte und er schließlich der Gesandtschaft nach Heidelberg zustimmte. In der Relation vom 23. September¹⁷⁴ die mit Ausnahme von Adam zu Putlitz und Beyer von allen Teilnehmern gezeichnet ist, gab der Kanzler resigniert seine ganze Auffassung von diesen Fragen preis. Es hieß dort: „und ob wir wol nicht gern wolten dasselbe endern, was wir, der Canzler und geheime Rethen einmal underthenigst geraten, weil aber unser beide Bedencken . . . alternative sein, . . . so haben wir davor unanimi consensu nach ganz fleisiger Erwegung aller Umstände gehalten, es were I. F. C. consilium nicht unbillich ex deductis mit geburnder Sorgfeligkeit in Acht zu nemen, . . .“

Der Kanzler und das Geheime Ratskollegium, das seinem Führer unbedingte Gefolgschaft leistete, hatten mit diesem Beschluß offen ihre Niederlage bekannt. Aber Löben gab so schnell seinen Standpunkt nicht endgültig auf. Er wartete im Hintergrunde auf eine günstige Gelegenheit zur Abrechnung. Diese wurde ihm bald vom Kurfürsten selbst geboten. Dieser forderte von ihm ein Gutachten über den Stand der jülichischen Frage anläßlich einiger Schreiben der Herzogin von Preußen. Diese Gelegenheit nahmen nun die Geheimen Räte wahr, um eindringlich und ausführlich ihre Politik darzulegen, und um mit ihren Gegnern, zu denen Rheydt immer noch hauptsächlich gehörte, einmal gründlich abzurechnen.¹⁷⁵

Von allen möglichen Seiten würde über die Verschleppung der jülichischen Frage geklagt und die Hauptschuld daran ihnen, den Geheimen Räten zugeschoben. Sie ständen immer noch auf ihrem Standpunkt, den sie in der Denkschrift von 1604 und besonders in der von 1606¹⁷⁶ vertreten hätten; diese letztere war, wie erinnerlich, anläßlich des Abschlusses des Vertrages mit den Niederlanden eingereicht worden. Sie hätten es dabei bewenden lassen; durch diese Beschuldigungen sähen sie sich aber zu neuer Meinungsäußerung veranlaßt.

Nach ihrer Ansicht wäre die Frage der Besitzansprüche lange nicht so verwickelt, wenn man unter allen Umständen mit

174. A. Br. III. S. 213. Nr. 1805.

175. A. Br. III. S. 235 ff. Nr. 1837.

176. vgl. A. Br. II. S. 221 Nr. 950.

den Pfalzgrafen von Neuburg und Zweibrücken eine Einigung zu erreichen gesucht hätte. Bei eintretenden Verwicklungen könnte man dann mit größerer Berechtigung alle nur brauchbaren Maßnahmen zur Erlangung der Lande anwenden.

„Wir stellen es aber, wie gemelt dahin, dann weiln etliche in andern Gedancken, dieselben auch Beyfall haben, ist dieser Weg bishero dadurch gehindert worden, und hat dorinnen weiter nichts vorgenommen werden können.“

Wenn die Gegenseite riete, man sollte versuchen, sobald wie möglich sich in den Besitz der Lande zu setzen unter Anwendung aller Möglichkeiten, so wäre dies viel schwerer durchzuführen, als es gesagt würde. Man hätte dies an dem Vertrage mit den Niederlanden gesehen, der dies alles hätte erleichtern sollen. Aber das Gegenteil davon hätte man erreicht. Man hätte sämtliche papistisch gesinnten Landstände gegen sich aufgebracht und sich auch den Zorn des Königs von Spanien und besonders den des Kaisers zugezogen. Das alles hätte vermieden werden können, wenn man, wie sie es wiederholt geraten hätten, vorsichtiger und nicht so selbstsicher vorgegangen wäre.

Wenn nun nach Friedensschluß die Niederlande bei Eintritt des Erbfalles eingreifen würden, so würde das den Wiederausbruch des Krieges bedeuten. Ginge der Krieg aber weiter, so müßte Brandenburg den Staaten helfen in einem Kampfe, dessen Ausgang völlig ungewiß wäre.

Selbst wenn alle Gegengründe wegfallen würden und die Handlung mit den Staaten richtig wäre, so scheiterte doch die ganze Sache an der Mittellosigkeit Brandenburgs, aus welchem Grunde die ganze Frage bisher auch noch nicht vorwärts gekommen wäre.

Zur Lösung der Erbfrage hielten sie einzig und allein den Weg der gütlichen Einigung mit den anderen Erbprätendenten für gangbar. Es wäre auch gefährlich, Verhandlungen darüber nur zum Scheine zu führen, um Zeit zu gewinnen bis man einen anderen gangbaren Ausweg gefunden hätte.

Vor einer endgültigen Entscheidung des Kurfürsten und des Markgrafen könnten sie im Geheimen Rate in dieser Sache nichts weiter unternehmen. Sie wollten den Kurfürsten nicht drängen, lehnten aber von vornherein jede Verantwortung ab,

wenn durch weitere Verzögerung die Frage noch verwickelter werden würde.

Sollte der Kurfürst aber Leute finden, die in dieser Frage sachkundiger wären, als sie selbst, so wollten sie es sich gern gefallen lassen, wenn man ihnen die Bearbeitung dieser Probleme abnehmen würde. Sie würden sich aber trotzdem auch dann immer zur Mitarbeit bereit halten.

Mit diesen Darlegungen waren Löben und die Räte sichtlich bestrebt, ihrem Hauptgegner Rheydt noch einmal eins heftig auszuwischen. Sie machten ihn für die ganzen Schwierigkeiten, denen man sich gegenüber befand, verantwortlich und indirekt damit auch Johann Siegismund, der ja hauptsächlich diese Politik befürwortet hatte. Aber auch für die Zukunft wollten sie jeder Verantwortung enthoben sein und wollten am liebsten die Bearbeitung der ganzen Sache abgeben, um ihren Gegnern die Lösung der Schwierigkeiten zu überlassen, die sie durch ihre Verschleppungstaktik zum Teil mit verschuldet hatten.

Trotz aller Angriffe befand sich aber Löben und die Geheimen Räte in der Verteidigung. Der Kanzler fühlte sich offensichtlich nicht mehr ganz sicher in seiner Stellung, so daß er sich bewogen fühlte, eine so ausführliche Darlegung der politischen Verhältnisse zu geben und am Ende sich sogar bereit erklärte, einen Teil seiner Aufgaben, in denen er nicht mehr das Vertrauen seiner Herrschaft besaß, abzugeben.

Die Denkschrift machte auf den Kurfürsten starken Eindruck. Er stimmte durchaus mit den Ansichten über die gütliche Einigung mit den Pfalzgrafen überein¹⁷⁷ und gab dies auch dem Markgrafen deutlich zu verstehen. Die Teilnahme an der Haager Friedenskonferenz konnte der Kanzler aber nicht mehr verhindern. Diese war in Heidelberg verabredet worden und dort hatte man im wesentlichen auch die Instruktion für die Gesandten festgelegt, die aber in den Hauptpunkten nicht den Absichten des Markgrafen entsprach.¹⁷⁸ Es war nicht erreicht worden, daß die Forderung gestellt würde, die preußische und die jülich-sche Frage in die Friedensverträge aufzunehmen. In

177. A. Br. III. S. 254 Nr. 1851.

178. A. Br. III. S. 272 Nr. 1880.

diesem Punkte war der Widerstand des Kanzlers nicht zu überwinden gewesen. In Berlin hatte man auch wenig Hoffnung in dieser Frage einen Erfolg zu erzielen.¹⁷⁹ Löben verteidigte seine Stellung mit größter Zähigkeit. Dem Markgrafen führte er seine Gründe nochmals ausführlich zu Gemüte,¹⁸⁰ der darüber in helle Wut geriet. Aus dieser Relation geht hervor, daß Anfang Dezember 1607 nur Löben und Pistoris sich in Berlin befanden. Pruckmann war inzwischen zum Regensburger Reichstag abgegangen.¹⁸¹

Die Aufnahme der preußischen Sache in die Friedensverträge und ihre Beförderung durch eventuelle Intervention der westeuropäischen Mächte lehnte der Kanzler als nicht diskutierbar unter allen Umständen ab. In der jülichischen Frage vertröstete er auf eine versprochene Resolution des Kurfürsten von der Pfalz, vor deren Empfang man nichts beschließen könnte.

Johann Siegismund war über diese Behandlung durch den Kanzler aufs tiefste empört. Er nahm nun auf nichts mehr Rücksicht und gab seinen Zorn ungehindert Ausdruck. Rheydt erfuhr seine ganze Gemütsverfassung.¹⁸²

Sie hätten froh sein müssen, daß überhaupt eine Gesandtschaft nach dem Haag geschickt worden wäre; „also gar ex diametro hat sich der Canzler dieser Legation widersetzt, wie auch noch; deswegen auch den von Diesekow weder halb noch ganz instruiert.“ Besonders ärgerte es ihn, daß der Kanzler in der jülichischen Frage sich ganz von Pfalz abhängig machen wollte; „als wan uns selbst nichts an den Ländern gelegen, und wir uns zu Heydelberg mußten vorschreiben lassen, was wir zu tun oder zu lassen.“

Dieskau hatte noch strenge Nachorder bekommen, nicht über seine Instruktion hinauszugehen. Man wollte in Berlin verhindern, daß der Gesandte, ähnlich wie damals Rheydt, von sich aus Verhandlungen aufnahm. Man sah nach des Markgrafen Meinung also die Legation „nur vor die Langeweile an.“

179. A. Br. III. S. 275 Nr. 1884.

180. A. Br. III. S. 283 Nr. 1909.

181. A. Br. III. S. 289 Nr. 1918.

182. A. Br. III. S. 302 Nr. 1935.

„Das mues man also von dem einen Kerl gewertig sein, dem unser Herr Gott verhoffentlich einmal das Lohn davhor geben sol.“ Um Verzögerungen zu vermeiden, hatte Johann Siegismund Rheydt beauftragt, im Notfalle selbst mit den Kurpfälzern zu verhandeln, ohne erst die Instruktion Dieskaus abzuwarten. Er hoffte so, Löbens Absicht entgegen wirken zu können. In seiner Erregung ging der Markgraf so weit, seinen Gegner sogar bei einem fremden Fürsten zu verklagen. Er schrieb an den König von Dänemark¹⁸³, er möchte doch durch seine Gesandten im Haag die jülichsche Sache mit fördern helfen, da dies von den brandenburgischen Räten nach Kräften gehindert würde. Auch seinem früheren Vertrauensmann Hübner, der nach dem Streit vom Jahre 1605 wieder in dänischen Diensten stand, klagte er sein Leid¹⁸⁴ und seine Machtlosigkeit, da Schlick und Löben wieder versöhnt wären und den Kurfürsten ganz für sich gewonnen hätten.

Die Gegenseite, Löben, war ebenfalls in der Wahl ihrer Mittel, um sich zu behaupten, in keiner Weise mit Skrupeln belastet. Bei einem Besuch des Kurfürsten von Sachsen bei Joachim Friedrich taten sich Schlick und Löben zusammen, um Johann Siegismund bei dem Sachsen nach Kräften zu verleumden und ihre eigene Treue und Ergebenheit gegen das Haus Brandenburg zu betonen.¹⁸⁵ Alle Schwierigkeiten kämen nur daher, daß der Markgraf seinem Vater nicht gehorchen wollte. Schuld daran wären hauptsächlich Putlitz und Beyer. Kurfürst Christian II. war ahnungslos genug, das alles zu glauben, und versuchte tatsächlich in dieser Richtung zu intervenieren. Dabei zog er sich scharfe Antworten von Johann Siegismund zu, so daß er sich beleidigt zurückzog.

Obwohl der Kanzler offensichtlich die jülichsche Sache zu sabotieren suchte, war Johann Siegismund doch lange im Zweifel, ob er die selbständige Bearbeitung dieser Fragen übernehmen sollte. Es zeigte sich schon jetzt, daß er bei aller Hitzigkeit ebenfalls nicht über eine allzu große Entschlußfreudigkeit ver-

183. A. Br. III. S. 307 Nr. 1949.

184. A. Br. III. S. 308 Nr. 1950.

185. Beyer an Rheydt A. Br. III. S. 309 Nr. 1951.

fügte. Die Herzogin von Preußen und besonders sein eigener Sekretär Beyer, ohne den dieser überhaupt nicht auskommen konnte, waren um so heftiger für die Übernahme des Direktoriums in den jülichischen Sachen. Beyer meinte:¹⁸⁶ „Den ob wir nicht viel praestiren können, so ist doch dasjenige besser als jetzo, da Leute sich finden, die mit Macht alles hindern.“

Der Kanzler änderte auch jetzt in nichts sein Wesen. Solange in der Politik alles ruhig war oder alles nach seinen Intentionen ausgeführt werden sollte, solange war er hochfahrend und für niemand zu sprechen. Tauchten aber Schwierigkeiten auf, so wurde er jedesmal wieder zugänglicher. So hatte er 1604 die Einrichtung des Geheimen Rats begünstigt, um nicht allein die Verantwortung tragen zu müssen, um später dann zu versuchen, seinen früheren Einfluß wiederherzustellen. Nach den Reden seiner Zeitgenossen soll er mit voller Absicht den Zerfall des Geheimen Rats betrieben haben, was er gegen Ende der Regierung Joachim Friedrichs auch wirklich erreicht hatte.

Von sich aus brachte Löben die Angelegenheit um keinen Schritt weiter. Das Jahr 1607 ging zu Ende, ohne daß wir von einer Wirksamkeit des Geheimen Rates etwas feststellen könnten. Des Kanzlers Hauptbedacht war, wenn wir seinen Gegnern glauben wollen, dem Kurfürsten zu beweisen, wir unschätzbar seine Verdienste um das Haus Brandenburg wären.¹⁸⁷

Es wurden in dieser Zeit Denkschriften von beiden Parteien ausgetauscht, in denen jede Partei eingehend den eigenen Standpunkt darlegte und der Ansicht der Gegenseite gegenüber hartnäckig verteidigte. Mit diesem fruchtlosen Papierkrieg verbrachte man die Zeit, ohne einander näher zu kommen und dadurch im Stande zu sein, in der Sache selbst einen klaren Entschluß zu fassen. Die Herzogin von Preußen vermerkte den Stillstand in dieser wichtigen Frage sehr ungnädig und versuchte von sich aus die Dinge in Fluß zu bringen. So mußte der Kurfürst sich von ihr schreiben lassen:¹⁸⁸ „E. L. wollen doch

186. A. Br. III. S. 310 Nr. 1951.

187. Adam zu Putlitz an Beyer. A. Br. III. S. 329 Nr. 1996: „Quod nostrum pygmaeum attinet, antiquum obtinet, ut enim maxime fallat, hoc tamen agat, ut vir bonus esse videatur.“

188. A. Br. III. S. 363 Nr. 2052.

darann sein, das mit der Vergleichung in juglischen Sachen einmal ein Anfang gemacht und nicht alles so vorseumet und ver-sleppet werden, darmit man sehen, wie weit man kommen kan“ Jede Seite hatte sich aber in ihrer Ansicht völlig ver-rannt und konnte und wollte nicht davon zurück, so daß schließ-lich der tote Punkt in den Verhandlungen erreicht war. Eine Wendung konnte nur noch von außen bewirkt werden. Aber auch nur eine ungünstige Entwicklung der Verhältnisse konnte die Brandenburger zu wirklichen Entscheidungen zwingen, was man am Hofe in Berlin z. T. auch richtig erkannte. So meinte Beyer: ¹⁸⁹ „In Summa wo der Reichstag und allerhand attentata im Reich der Papisten uns nicht vorthelfen, der Widerwertigen Zustand in Pohlen und Occasion im Niderland, so ist es mit uns desperat Werck.“ Man war so weit, daß man nur noch auf die Gegner hoffen konnte, um vorwärts zu kommen. Die Verhält-nisse ließen sich für Brandenburg auch übel genug an. In Preußen war man seit dem verunglückten Landtage mit den Ständen nicht weiter gekommen und es herrschte ein latenter Zustand gegenseitigen Mißtrauens. Die endgültige Erteilung der Kuratel und Sukzession durch den König von Polen wurde immer unsicherer, da der Bürgerkrieg in Polen weiter andauerte und sein Ende noch nicht abzusehen war.

Im Haag gestalteten sich die Friedensverhandlungen eben-falls schwieriger als man allgemein angenommen hatte. Um den katholischen Mächten ein besseres protestantisches Gegenge-wicht entgegenstellen zu können, regte der Führer der Holländer die Schaffung einer protestantischen Union an. ¹⁹⁰ Dafür sich klar zu entscheiden, wagten Löben und der Kurfürst nicht; die Sache ganz abzuschlagen wagten sie aber ebenfalls nicht. So wurde Dieskau angewiesen, an Hand von 13 zusammengestellten Punkten weitere Erkundigungen einzuziehen. Sich ganz zurück-zuhalten hielt man also nicht mehr für gut möglich. Sicher hat dabei auch der Schritt Johann Siegismunds beim König von Dänemark seine Wirkung ausgeübt, denn dieser erklärte sich bereit, Brandenburgs Interessen im Haag fördern zu helfen.

189. A. Br. III. S. 365 Nr. 2055.

190. Bericht von Dieskau A. Br. III. S. 334 Nr. 2004.

Daß dieser Schritt nicht freiwillig von Löben getan wurde, wußte jeder; aber die Verhältnisse zwangen ihn dazu. So hieß es von ihm.¹⁹¹ „Numehr nu sie sehen, das die preußische Sache von Tag zu Tag erger wird, kommen sie ein wenig näger herbey, wie sie dan an Diesekow 13 Puncten geschrieben, sich zu erkundigen, wie dieselb mit der Capitulation übereinstimmen werde, worunter auch die preußische und gulische Sache. Nun wir so lang davhon gesungen und nicht können gehört werden, so kommen sie nun aufgezogen post festum; haben aber auch die Clausul daran gehengt, Diesekow aller nur vor sich uf die Bahn zu bringen, die Gelegenheit zu referiren und fernerer Bevhelichs gewertigen zu sein, sonsten in terminis instructionis zu bleiben. Entweder thuen sie es auf Kleinmuet wegen desperater preußischer Sachen, oder ut videantur aliquid fecisse; damit die Zeit interim vorbey gehen.“

An Löbens Zugeständnis und den eigenen Erfolg glaubte man noch nicht recht. Man traute dem Kanzler eben jede Unaufrichtigkeit zu. Die wahre Absicht Löbens zeigte sich auch bald. Er griff den Gedanken einer evangelischen Union auf und wollte nicht eher in die Haager Friedensverträge Brandenburgs Interessen aufnehmen lassen, als bis diese Union abgeschlossen wäre.¹⁹² So hatte er wieder einen Grund und eine Gelegenheit, einer festen klaren Entscheidung in der jülichischen Sache aus dem Wege gehen zu können. Darauf gebracht hatten ihn die Holländer, die mit ihrem Vorschlag eigentlich das Gegenteil hatten erreichen wollen.

Kurpfalz, mit der Brandenburg sich dieserhalb in Verbindung gesetzt hatte, unterstützte diese Absicht nicht¹⁹³, sondern suchte zu beweisen, daß diese Aufnahme in die Friedensverträge keinerlei Gefahr in sich berge und auch in früheren Jahrhunderten üblich gewesen wäre. Eine Union der Evangelischen wäre wünschenswert, jedoch nicht als Vorbedingung dafür anzusehen. Löben war aber nicht zu überzeugen und ließ somit die ganzen Fragen in der Schwebe.

191. A. Br. III. S. 365 Nr. 2055.

192. A. Br. III. S. 356 Nr. 2041.

193. A. Br. III. S. 356 Nr. 2041 Anm.

Johann Siegismund wurde der fruchtlosen Debatten mit der Zeit überdrüssig und ließ die Geheimen Räte seine Unzufriedenheit mit der Behandlung der ganzen Fragen deutlich spüren.¹⁹⁴ Sie mußten nun endlich gemerkt haben, wie seiner Meinung nach Dieskau weiter instruiert werden mußte. Wenn dies nicht der Fall wäre, so hoffte er, daß die Zeit für Brandenburg wirken würde. Noch wollte er abwarten. Auch dem Kurfürsten gegenüber drückte er seine Unzufriedenheit aus.¹⁹⁵ Von Anfang an wäre er dafür gewesen, daß die jülichsche Sache in die Friedensverträge mit aufgenommen würde. Man hätte Dieskau schon längst darauf instruieren müssen. Brandenburg würde nur Nachteile davon haben, wenn man keine Vereinbarungen darüber treffen würde. Wegen der preußischen Sache stellte er die Entscheidung dem Kurfürsten anheim. Das war ein kleines Zugeständnis des Markgrafen. Auch beim Kurfürsten machte sich eine langsame Wandlung der Meinung bemerkbar. In seiner Antwort¹⁹⁶ hielt Joachim Friedrich nicht mehr unbedingt an seinem früheren Ansichten fest. Zwar in der preußischen Sache machte er kein Zugeständnis. Die mußte unter allen Umständen aus den Haager Friedensverträgen heraus bleiben. Denn es wäre vorauszusehen, daß sich Spanien, der Kaiser und der König von Polen dagegen wenden würden, und mit dem letzteren dürfte man es im Interesse der Sache nicht verderben. In der jülichschen Frage war der Kurfürst zu Zugeständnissen geneigter. Er war einverstanden, daß ein Artikel in die Friedensverträge aufgenommen würde dergestalt, daß die jülichschen Lande „zu gemeiner Sicherheit und Verhütung gewaltiger Occupation den rechtmessigen Successorn und nechsten Blutsverwandten zum Besten sein und bleiben und demselben von keinen Theil hieran Hinderung oder Eintrag geschehen möge, . . .“ Diese Formel war so allgemein wie nur möglich und konnte von jedem der Erbprätendenten in Anspruch genommen werden. Johann Siegismund hatte sich zu ihr verstanden, um die Absichten Brandenburgs nicht zu sehr in den Vordergrund treten zu lassen. Andererseits glaubte er, mit den Niederlanden so gün-

194. A. Br. III. S. 393 Nr. 2089.

195. A. Br. III. S. 401 Nr. 2102.

196. A. Br. III. S. 418 Nr. 2123.

stig zu stehen, daß diese im Ernstfalle nur seine Interpretation gelten lassen würden.

Joachim Friedrich erklärte sich also bereit, in diesem Sinne Dieskau instruieren zu lassen. Ebenso war er bereit, sich in eine Union der Fürsten aufnehmen zu lassen zum Schutze der jülichischen Interessen.

Es bahnte sich hiermit eine gewisse Annäherung der Ansichten von Vater und Sohn an, unter Ausschaltung des Kanzlers Löben. Dieser hatte schon vorher gemerkt, daß seine Stellung schwächer wurde und versucht die Herzogin von Preußen für seine Politik zu gewinnen, um an ihr eine Stütze für seine Stellung zu haben. Schreiben dieser Art liegen uns darüber nicht vor; wir erfahren von diesem Vorgang nur durch den Freiherrn von Rheydt, der sich veranlaßt gesehen hatte, dem Kanzler bei der Herzogin scharf entgegenzutreten, wobei er auf Erfolg hoffte.¹⁹⁷

Johann Siegismund nahm dankbar und erfreut die Wandlung in den jülichischen Fragen zur Kenntnis. Diese ihm günstige Stimmung des Kurfürsten schien ihm geeignet für einen heftigen Vorstoß gegen den ihm äußerst verhaßten Kanzler und die noch anwesenden Geheimen Räte.¹⁹⁸ Seinem Groll gegen die Widersacher ließ er jetzt völlig freien Lauf und ersparte dem Kurfürsten nichts.

Bei der jülichischen Frage könnte er sich des Eindrucks nicht erwehren als suchten die Geheimen Räte immer noch als Grundlage die Abmachungen von Plauen aus dem Jahre 1596 festzuhalten und sie zu rechtfertigen. Mit dieser vorgefaßten Meinung gingen sie an die Sache heran und suchten alle Gegenstände zu bagatellisieren oder gar völlig zu übersehen. Da man aber längst von dem Plauener Standpunkt abgegangen wäre, so könnten bei diesem Verhalten der Räte nur Weitläufigkeiten und Schwierigkeiten entstehen. Das hätte man erfahren, als die Heidelberger Tagung und die Haager Friedenskonferenz zur Beratung gestanden hätten. Einer Beschickung beider Zusammenkünfte wurde von den Geheimen Räten sehr heftig widersprochen und wenn es nach ihnen gegangen wäre, so wären die

197. A. Br. III. S. 409 Nr. 2109.

198. A. Br. III. S. 433 ff. Nr. 2139.

beiden Delegationen zum größten Schaden Brandenburgs unterblieben. Solche Differenzen könnten in jeder Frage wiederkehren, was einer ruhigen Politik unbedingt abträglich sein müßte.

Wenn nach den Mitteilungen des Kurfürsten die Geheimen Räte für die Aufnahme der jülichischen Frage in der erwähnten Formulierung in den Friedensvertrag gewesen wären, so wäre es völlig unverständlich, warum sie bis zu diesem Zeitpunkt noch keine konkreten Vorschläge gemacht hätten, wie man dies nach ihrer Meinung erreichen wollte. Denn man hätte eine solche Verzögerung der Friedensverhandlungen nicht voraussehen können. Die Entschuldigung, man hätte die Resolution von Heidelberg erwarten müssen, wäre nicht stichhaltig, da sie die grundsätzliche Frage nicht berührte, auch hätte man die Sache nicht stecken lassen können, wenn die Heidelberger Resolution überhaupt nicht erfolgt wäre.

Die preußische Sache mit einbeziehen zu lassen, wäre nicht so gefährlich, wie es dargestellt würde. Einmal ständen die Dinge in Polen doch nicht für Brandenburg so günstig, wie der Kurfürst annähme. Andererseits wäre kein polnischer Gesandter im Haag, und ob sich Spanien so sehr der polnischen Sache annehmen würde, wäre ebenso zweifelhaft wie die Frage, ob die Niederlande sich dies gefallen lassen würden. „Wan wir aber alle Sachen selbst wollen schwer machen und das Bößeste ominiren, ehe dan wir Ursache darzu haben und repulsam gelitten, so ist weinig zu verrichten.“

So scharf hatte auch in den Tagen der großen Auseinandersetzung mit Rheydt bisher niemand den Kanzler und seine Politik angegriffen. Des Markgrafen Schreiben schlug wie ein Blitz ein und brachte die Gemüter in Bewegung. Ein Ziel erreichte Johann Siegmund mit seiner scharfen Sprache. Verhältnismäßig schnell bekam Dieskau nach dem Haag die Weisung,¹⁹⁹ er sollte mit den befreundeten evangelischen Delegationen beraten, wie man am besten den Artikel über Jülich in der bekannten Formulierung dem Friedensvertrage einfügen ließe. Es war wirklich an der Zeit, daß der Gesandte einen

199. A. Br. III. S. 474. Nr. 2161.

klaren Auftrag erhielt. Denn vorher hatte er sich schon beim Markgrafen über die Verzögerung und Unsicherheit, in der er belassen würde, bitter beklagt und ihn um Beschleunigung der Berliner Beratungen gebeten.²⁰⁰

Insoweit hatte der Schritt Johann Siegismunds Erfolg. Er erreichte es aber nicht, den Kanzler Löben aus seiner Stellung zu verdrängen. In diesem Punkte erhielt er eine scharfe Abfuhr vom Kurfürsten.²⁰¹ Derartig maßlose Angriffe auf seine Geheimen Räte wären bisher noch nicht vorgekommen. Er hätte bisher nicht gemerkt, daß sie es anders als aufrichtig, treulich und gut meinten. Bei derartig intrikaten Problemen, wie die Nachfolgefrage in Jülich es wäre, wären verschiedene Ansichten unter den Ratgebern nicht ungewöhnlich. Die Räte wären des öfteren ermahnt worden, nur das Wohlergehen des Hauses Brandenburg bei den Beratungen zu bedenken. Sie hätten wirklich nach bestem Wissen und Gewissen ihre Gutachten angefertigt, das müßte billigerweise auch die Gegenpartei anerkennen. Er, der Kurfürst, hätte dies von seinem Sohne am ehesten erwartet.

Wenn der Kurfürst durch seine Entschliebung an Dieskau der Meinung des Markgrafen und nicht der entgegengesetzten des Kanzlers beipflichtete und so indirekt die Argumente Johann Siegismunds anerkannte, so trat er jetzt aber in loyalster Weise für seinen Kanzler ein, gestand ihm unter allen Umständen die Gutgläubigkeit in seinem Handeln zu und weigerte sich entschieden, Löben auf diese Angriffe hin zu entlassen.

Der Markgraf nahm mit Genugtuung des Kurfürsten Beschluß auf, Dieskau die erwähnte Instruktion zu schicken. Gegen den Vorwurf der böswilligen Verunglimpfung der Geheimen Räte verwahrte er sich energisch. Allein durch ihr Handeln hätten sie Anlaß gegeben zu seinen Erinnerungen, die er gern unterlassen hätte. Er bat daher seinen Schritt aus seiner Lage verstehen zu wollen.²⁰² Johann Siegismund war in seinem Temperament über die Grenze hinausgeschossen und hatte nun einen Rückzug antreten müssen.

200. A. Br. III. S. 467. Nr. 2155.

201. A. Br. III. S. 476. Nr. 2162.

202. A. Br. III. S. 480. Nr. 2171.

Der Kanzler Löben war ein zu guter politischer Taktiker, um nicht zu erkennen, daß er an diesem Punkte einhaken müßte zur Wiederbefestigung seiner erschütterten Stellung. Hierzu wählte er das stärkste Druckmittel, das ihm als dem höchsten Regierungsbeamten zur Verfügung stand. Er bat um seinen Abschied in dem sicheren Bewußtsein, daß der Kurfürst zu diesem Zeitpunkte dem Antrage nicht stattgeben würde.²⁰³

Löben faßte dieses Gesuch so geschickt wie nur irgend möglich ab. Sehr ausführlich schilderte er seine Verdienste um seinen Herrn in der Magdeburger Zeit und darauf als kurfürstlicher Kanzler in Brandenburg. Er wäre geblieben, obwohl ihm mitunter leichtere und angenehmere Stellungen angeboten worden wären. Er fühlte sich aller Schuld frei, daß die politische Lage Brandenburgs unter seiner Kanzlerschaft schwieriger geworden wäre als sie vorher gewesen. Nach einundzwanzigjähriger Tätigkeit sähe er sich gezwungen, seiner geschwächten Gesundheit halber den Antrag auf Entlassung zu stellen.

Der Hauptgrund aber wäre, daß „itzo so ich die beste Zeit meines Lebens zubracht, meine qualitates verloren, alle andere occasiones ausgeschlagen, mir Untreue beygemessen werden will, wie wol ich noch nicht wissen kan, wie und was es in specie sein soll, welchs mich dan am meisten krencken thut. Dan ich sonstn erbotig, mich mit guter Discretion der Gebur nach erlichen, redtlichen und mit Bestande zu verantworten, das gewislich E. Ch. G. meniglich mein Unschuld soll handgreiflich befinden.“

Das Gesuch war so abgefaßt, daß darauf nur die Ablehnung erfolgen konnte, wollte sich der Kurfürst nicht den Vorwurf groben Undanks zuziehen. Am Schluß seines Schreibens machte Löben auf einen Übelstand aufmerksam, daß der Geheime Rat nur noch mit zwei Räten besetzt wäre. Diese beiden Räte waren er und Pistoris. Waldenfels, Dieskau und Pruckmann waren mit diplomatischen Missionen betraut, die beiden Widersacher Rheydt und Hübner ausgeschieden und Benckendorf 1605 in Warschau gestorben. Mit diesem Zustande hatte der Geheime Rat als kollegiale Behörde zu bestehen praktisch aufgehört.

203. A. Br. III. S. 483. Nr. 2175.

Daß Löben dieser Zustand, der seine Alleinherrschaft wieder hergestellt hatte, nicht ganz unangenehm war, kann man wohl aus der Tatsache entnehmen, daß er ihn erst jetzt zur Sprache brachte und um eventuelle Abhilfe bat.

Wie erwartet, erfolgte auf das Gesuch umgehend die kurfürstliche Ablehnung.²⁰⁴ Die Erschwerung der politischen Lage Brandenburgs wäre ihm nicht zuzuschreiben. Man könnte auch in der Politik nur sein Bestes tun. „Den Ausgang aber müssen sowohl Herrn als Diener dem Almechtigen bevehlen und dasjenige, was er ihnen in ihrem Beruef aufleget und zuschickett, mit Geduld ertragen undt nachmahlen das Besten hoffen.“ Auf haltlose Beschuldigungen wäre nichts zu geben, und er, der Kurfürst würde nie sein Urteil auf solchen „fliegenden“ Reden aufbauen. Er versicherte ihn weiterhin seines vollen kurfürstlichen Vertrauens.

Die Neubesetzung des Geheimen Rates wurde in des Kanzlers Belieben gestellt; es wurden zwei neue Stellen genehmigt. In Wirklichkeit wurde damit der bestehende Zustand aufrecht erhalten.

Löben konnte mit seinem Erfolge zufrieden sein. Seine Stellung war fester geworden als sie vorher gewesen war. Er hatte wieder das volle kurfürstliche Vertrauen erlangt und wurde in seiner Machtstellung auch nicht durch Neubesetzung des Geheimen Ratskollegiums beeinträchtigt. Damit hatte er sein Ziel erreicht und war wieder der hauptsächliche Ratgeber seines Herren, denn den Einfluß des Markgrafen und dessen Anhängern konnte er leicht kompensieren.

Diese Machtstellung gedachte der Kanzler auch auszunutzen, um endgültig seine Politik in der preußischen wie in der jülichischen Frage durchführen zu können.

Die Preußenfrage war während des Ringens um seine Stellung wieder akut geworden. Die Oberräte hatten die Landräte zusammenberufen, um die auf dem verunglückten Landtage unerledigt gebliebenen Punkte zu beraten. Ihre Absicht hatten sie nicht durchsetzen können, da die Landräte erklärten, daß bei so schwierigen Streitpunkten nur der Landtag zuständig wäre.

204. A. Br. III. S. 486. Nr. 2176.

Nach Meinung der Oberräte²⁰⁵ müßte alles vor dem polnischen Reichstage erledigt sein, was am besten auf einem Landtage geschähe, an dem der Kurfürst mit Zustimmung des polnischen Königs teilnähme.

Auch Dohna hatte wieder dringende Vorstellungen erhoben,²⁰⁶ daß man unbedingt zu einer Einigung kommen müßte. „Der liebe Gott gebe gute Resolutiones, ne nimium cunctando omnes occasiones rei bone gerendae amittamus. Es muß ein Mhal ein Weg in daß Holz gemacht werden, diuturnior mora thut nicht gut.“...

Um nicht erst gegnerische Strömungen aufkommen zu lassen, besorgte sich Löben zuerst von seinem Vertrauensmann, der ebenfalls beim Kurfürsten hoch in Gunst stand, von Waldenfels ein Gutachten²⁰⁷ für weitere Beratungen.

Waldenfels Ratschläge in der Preußenfrage waren:

Vor dem polnischen Reichstag könnte man mit den streitenden polnischen Parteien nicht gut anknüpfen. Mögen die Verhältnisse sich dort entwickeln, wie sie wollten, der Anspruch auf das Kuratorium in Preußen könnte dem Hause Brandenburg nicht Streitig gemacht werden.

Des Herzogtums selber müßte man sich versichern, damit nicht der rebellische Adel alle Aussichten vernichte. Das wäre am besten möglich, wenn der Kurfürst in das Land selbst ginge und sich mit den Ständen auf einem Landtage einigte oder bei weiterer Rebellion sich der festen Plätze im Lande bemächtigte; dann würde den Preußen auch die Lust zu Gesandtschaften auf den polnischen Reichstag vergehen. Die Reise nach Preußen müßte kurz vor dem polnischen Reichstage erfolgen.

Zweckmäßig wäre es, sich hierfür die königliche Zustimmung zu beschaffen, die seiner Meinung nach zu erlangen sein dürfte. Sollte dies wider Erwarten nicht möglich sein, so sollte die Reise trotzdem ins Werk gesetzt werden. Denn als bestellter Kurator müßte der Kurfürst im Lande nach dem Rechten sehen und könnte nicht darauf warten, bis sich die Polen über die Frage der Zustimmung einig geworden wären.

205. A. Br. III. S. 449. Nr. 2149.

206. A. Br. III. S. 461. Nr. 2150.

207. A. Br. III. S. 523 ff. Nr. 2212.

Zur Jülicher Frage hätte sich Waldenfels aus früheren Verhandlungen bekannte Stellungnahme in nichts geändert. Er wäre von Anfang an für eine gütliche Vergleichung mit den Pfalzgrafen gewesen und wäre es auch jetzt noch, besonders da Frankreich und Kurpfalz auch dazu geraten hätten. Auch hielt er an seiner Ansicht fest, daß der Vertrag mit den Niederlanden vom Jahre 1605 der Beförderung der jülichischen Nachfolgefrage nicht dienlich gewesen wäre, wie er damals schon aus rein objektiven Bedenken heraus Einwendungen gemacht hätte.

In der gegenwärtigen Lage hielt er es für angebracht, auf die Anregung der Holländer einzugehen und die Bildung einer evangelischen Union zu betreiben. Erst wenn man diese gebildet hätte, sollte man dem Haager Friedensvertrage der jülichischen Lande halber beitreten. Denn im Gegensatz zu anderen glaubte er nicht annehmen zu dürfen, daß die Niederlande Brandenburg uneigennützig Hilfe am Niederrhein leisten würden. Ihnen würde der Friede viel mehr wert sein; denn es würde schließlich doch nach dem Willen des Volkes der Holländer gehen, das seinen Privatnutzen unter allen Umständen vorziehen würde.

Das war ein Gutachten, ganz so wie es der Kanzler Löben für seine Politik brauchte. In Preußen sollten wohl energische Maßnahmen getroffen werden, aber erst kurze Zeit vor dem nächsten polnischen Reichstage. Wann dieser aber stattfinden würde, war vorläufig bei der herrschenden Verwirrung in Polen noch nicht abzusehen. In Wirklichkeit also sollte man die Dinge weiter so laufen lassen wie sie liefen und nichts unternehmen.

Die Einbeziehung in den Haager Friedensvertrag sollte vorläufig auch verschoben werden bis man eine evangelische Union errichtet hätte. Das bedeutete aber nach Lage der Dinge eine Verschiebung *ad calendas graecas*. So konnte Löben also hoffen, seine geruhssame und völlig farblose Politik weiterführen zu können.

Um diesmal aber ganz sicher zu gehen und Quertreibereien völlig zu unterbinden, spielte er auch den letzten Trumpf aus und berief die kurmärkischen Landstände. In großen wichtigen und hochangelegenen Sachen sollten ja nach dem Herkommen und den Privilegien die Stände vor der Entscheidung gehört werden. Der Kanzler ließ ihnen also die preußische und die

jülichische Frage zur Begutachtung vorlegen.²⁰⁸ Auffällig bei diesen Verhandlungen ist nun, daß die Antwort²⁰⁹ der Stände auf die Proposition schon zwei Tage darauf erfolgte; eine für Ständeverhandlungen ganz außergewöhnliche Erscheinung. Die Vermutung liegt hier nahe, daß die Stände schon vorher in der gewünschten Richtung bearbeitet worden waren, so daß sie bei Anhörung der Proposition bereits wußten, was sie antworten sollten. Auch der Inhalt der Antwort läßt diesen Verdacht aufkommen, denn diese unterscheidet sich in nichts von dem Gutachten Waldenfels', das ja ganz Löbens Anschauungen und Absichten entsprach.

In der preußischen Frage müßte man sehr behutsam vorgehen und besonders nicht durch zu frühes Betreten des Landes böses Blut bei den Polen erregen. Hineinreisen müßte aber der Kurfürst zur Vergleichung mit den Ständen.

Was die Konföderation mit den Generalstaaten anbelange, so wußten sie nichts zu raten. Der Kurfürst und der Markgraf würden schon am besten wissen, was zu tun sei, und den Gesandten entsprechend instruieren. Die evangelische Union wäre aber besonderer Förderung würdig. Im übrigen baten sie, daß „ohne Vorwissen und Miteinraten“ der Stände nichts Endgültiges abgeschlossen würde, „damit also diese ohne das erschöpfte Lande nicht in Gefahr gesetzt, auch ihre Ch. und F. G. in allem desto sicherer verfahren können.“

Mit dem Ergebnis dieses Ständetages hatte Löben alle Garantien für seine Macht und die Rechtfertigung seiner Politik als der einzig richtigen vom Lande erhalten. Nun konnte keine Partei seiner Politik irgendwie gefährlich werden. Er hatte mit Erfolg alle Absichten der Partei des Markgrafen Johann Siegmund hintertrieben. Jeder Einfluß neuer Ideen auf die brandenburgische Politik, wie sie besonders der Freiherr von Rheydt vorgetragen hatte, war mit durchgreifendem Erfolge abgewiesen.

Löben erließ sofort die seiner Politik entsprechenden Weisungen. Dieskau im Haag erhielt den bestimmten Befehl²¹⁰, er sollte die Sache der Konföderation integram halten, den Schluß

208. A. Br. III. S. 547. Nr. 2246.

209. A. Br. III. S. 558. Nr. 2247.

210. A. Br. III. S. 567. Nr. 2258.

aber ad referendum nehmen. Inzwischen wollte der Kurfürst, ehe er dem Vertrage beiträte, die Union der evangelischen Fürsten betreiben und zustande zu bringen versuchen.

Doch des Kanzlers Zeit war bald abgelaufen; lange konnte er sich seiner sicheren Machtstellung am Hofe nicht erfreuen. Denn unerwartet schnell starb Kurfürst Joachim Friedrich im Juli 1608 und überließ seinem Sohne die Lösung der schwerwiegenden Fragen der Politik.

Der Regierungsantritt Johann Siegismunds bereitete der Wirksamkeit des Kanzlers Löben und auch der des Oberstkämmerers Grafen Schlick ein plötzliches Ende. Nach den Vorgängen der letzten Jahre und dem Verhalten Löbens Johann Siegismund gegenüber war an ein gedeihliches Zusammenarbeiten nicht zu denken. Daß ein Umschwung eingetreten war, erkannte man am besten daran, daß Adam zu Putlitz, der Vertrauensmann Johann Siegismunds, zum Statthalter in der Mark ernannt worden war. Denn der Kurfürst unterbrach seine Reise nach Preußen nicht, die ihm durch den Tod seiner Schwiegermutter, der Herzogin von Preußen, ohne die vorherige Zustimmung der Polen ermöglicht worden war.

Löben zog sich sofort von seiner Tätigkeit zurück, ohne schon offiziell verabschiedet worden zu sein, und gab vor krank zu sein. Da der Rückhalt am Kurfürsten ihnen nun fehlte, so begann ein allgemeines Kesseltreiben gegen diese beiden Hauptvertrauensleute Joachim Friedrichs. Vieles mag persönlicher Haß gewesen sein, aber es wurden doch auch allerlei höchst unerfreuliche Dinge aus der Zeit ihrer Amtsführung aufgedeckt. Dadurch wurde beider Stellung unmöglich und in Ungnaden wurden sie entlassen.

2. Das Wirken des Geheimen Rates auf dem Gebiete der Innenpolitik.

Die Probleme der hohen Politik bildeten zum überwiegen den Teile den Beratungsstoff für die Sitzungen des Geheimen Ratskollegiums. Denn bei seiner Begründung war man ja hauptsächlich von den politischen Fragen ausgegangen. Doch wie es schon in der Instruktion vorgeschrieben war, wandten die Ge-

heimen Räte ihr Interesse auch den inneren Landesangelegenheiten zu. Gewerbe, Schifffahrt und Handel hatten aber noch nicht solchen Umfang angenommen, daß staatliche Stellen einheitlich die ganzen Fragen zu regeln gezwungen waren. Diese Belange wurden in der Hauptsache von den unteren Organen der Verwaltung versehen. Nur bei besonderen Anlässen sah sich der Staat veranlaßt einzugreifen, oder wurde seine Hilfe verlangt. Dementsprechend sind unter den Akten des Geheimen Rates nur wenige Stücke zu finden, die Handels- und Schifffahrtsfragen betreffen. Daß aber solche vorhanden sind, beweist, daß der Geheime Rat als oberste Regierungsbehörde des Landes sich auch mit diesen Dingen beschäftigt hat.

a) Handel und Schifffahrt.

Einmal hatte der Kurfürst einen Erlaß herausgegeben, der den Hamburger Schiffen verbot, über Havelberg hinaus in die Mark zu kommen. Man wollte dadurch das Einschleppen der Pest verhüten. Durch diese Maßnahme hatten die Havelberger ein regelrechtes Monopol u. a. für die Salzbeförderung erhalten, was den anderen Städten großen Schaden zufügte. Diese legten heftigen Protest ein, der vor den Geheimen Rat kam. Die Städte wiesen darauf hin, daß die Absicht des Verbots keineswegs erreicht würde. Es wäre besser, wenn die Hamburger nicht von den Schiffen herunter dürften. Ein Stocken im Salzhandel würde außerdem im Lande großen Unwillen hervorrufen. Die Geheimen Räte erkannten die Berechtigung der Klagen an und rieten dem Kurfürsten¹ für den Salzhandel das Verbot aufzuheben. Der Kurfürst erließ dann dementsprechende Vorschriften.

Anfang des Jahres 1606 tauchte das Projekt einer Kanalverbindung zwischen Havel und Oder auf, das den Geheimen Rat eingehend beschäftigte. Der Bericht, den die Geheimen Räte dem Kurfürsten darüber erstatteten², zeigt, wie beengt zu jener Zeit die einzelnen Territorien selbst in solchen internen Fragen waren. Schon bei einem Kanalbau wie dem geplanten, mußte mit dem Einspruch des Auslandes gerechnet werden, da durch diese neue Handelsstraße alte Privilegien wertlos werden konn-

1. A Br. I. S. 324 Nr. 264.

ten. Außerdem konnte bei einem solchen Plane durchaus der Fall eintreten, daß nur die fremden Handelsherren, also hierbei besonders Breslau und Hamburg, den Nutzen davon hatten, und das eigene Land nur Unkosten. Die ganze Angelegenheit war damals noch nicht spruchreif und wurde, da Löben und Waldenfels wieder nach Polen zogen, vertagt, um nicht wieder aufgenommen zu werden.

b) F i n a n z e n.

Die Bemühungen um eine geregelte Finanzwirtschaft der Staaten gehörten in damaliger Zeit noch zu den Ausnahmen. Wohl hatte man in der Instruktion gefordert, die Einnahmen und Ausgaben in Einklang zu bringen und nichts über das Vermögen hinaus zu bewilligen. Auch ordentliche Voranschläge wurden gefordert, die man einhalten sollte. Aber das waren und blieben noch fromme Wünsche.

Brandenburgs Finanzen lagen noch sehr im Argen. Joachim Friedrich hatte von seinem Vater eine große Schuldenlast übernehmen müssen und von den Ständen bisher keine erheblichen Zuschußleistungen erhalten können. Aber auch bei den Untertanen hatte das Schuldenwesen einen erheblichen Umfang angenommen. Joachim Friedrich hatte nun von seinen geheimen Räten verlangt, eine Revision der gesamten Schuldverschreibungen vorzunehmen und einen Plan für die endgültige Regulierung des Schuldenwesens vorzulegen, um endlich einmal Klarheit in den Finanzen zu erlangen. Zum großen Mißvergnügen des Kurfürsten hatte er im Jahre 1606 noch immer nicht eine derartige Vorlage erhalten.³

Aus der Antwort⁴ der Geheimen Räte erfahren wir, wie schwierig eine derartige Regelung damals war. Sie hätten anfangs versucht, eine Revision aller Schuldverschreibungen durchzuführen; das hätte aber große Unruhe im Lande verursacht. Vielfach hätte infolgedessen der Adel seine Kapitalien aus den Städten zurückgezogen, was zu großen Unzuträglich-

2. A. Br. II. S. 71. Nr. 772.

3. A. Br. II. S. 205. Nr. 927.

4. A. Br. II. S. 224. Nr. 951.

keiten geführt hätte. Diese Umstände hätten dann bewirkt, daß die ganze Aktion nicht über die Anfänge hinausgekommen wäre; sie wäre schließlich völlig ins Stocken geraten, da sie, die Geheimen Räte, keine Hilfskräfte hätten gewinnen können und sie selbst mit anderen Aufgaben hochpolitischer Art überlastet gewesen wären.

Die geringe Anzahl der Verhandlungen und Akten über Fragen der internen Landespolitik im Geheimen Ratskollegium gegenüber der Unmenge außenpolitischer Art zeigt deutlich, daß man an höchster Stelle zu dieser Zeit noch nicht den entscheidenden Wert diesen Fragen beilegte, den sie später erlangt haben. Man war bei der Gründung dieser Behörde hauptsächlich von politischen Fragen ausgegangen, deren Erledigung man den Räten zuwies. Die Bearbeitung der Wirtschaftsfragen blieb den unteren Organen der Staatsverwaltung, den Amts- und Kammerräten überlassen, ohne daß das Bedürfnis nach einheitlicher Zusammenfassung sich sehr stark bemerkbar machte. Andererseits beweisen doch diese Ansätze, daß auch auf diesem Gebiete eine neue Zeit sich anmeldete. Eine kräftige Staatspolitik ließ sich nicht treiben, wenn man die Kräfte des eigenen Landes nicht förderte und pflegte, ein Zustand, der sich gerade in den Jahren Joachim Friedrichs unangenehm bemerkbar gemacht und manche schwächliche Maßnahme verschuldet hatte.

C. Bedeutung des Geheimen Rates.

Aus den Akten ist zu ersehen, daß der Geheime Rat als Kollegium mit regelmäßigen Beratungen während des letzten Jahres der Regierung Joachim Friedrichs nicht mehr bestanden hat. Der größte Teil der Geheimen Räte befand sich fast die ganze Zeit hindurch auf auswärtigen Missionen. Die anwesenden Räte kamen zu Beratungen sehr selten zusammen, da der Kanzler Löben es verstanden hatte, fast alle Geschäfte an sich zu ziehen und diese mit dem Kurfürsten persönlich zu erledigen. Die meisten Relationen der Geheimen Räte sind im letzten Jahre nur von Löben und Pistoris unterzeichnet, wobei Pistoris mehr als Sekretär des Kanzlers fungierte.

Auch in Brandenburg trat der Zustand ein, der bei fast allen Geheimen Ratskollegien der andern deutschen Staaten zu beobachten war. Bald nach Errichtung der neuen Behörde und ihrer ersten Wirksamkeit trat ein Rückschlag ein und die alte Methode der Regierung wurde wieder gehandhabt. Dabei ist aber ein Unterschied zu bemerken. Denn dort war es der Landesherr selbst, der die Rückbildung veranlaßte, wie z. B. in Bayern und Sachsen, während in Brandenburg der Kanzler gleichermaßen Schuld an dem Verfall hatte wie Kurfürst Joachim Friedrich. Bei der Einrichtung der Behörde hatte man dies nicht vorausgesehen, und so fehlte es an Sicherungsmaßnahmen gegen Diktaturgelüste einzelner Mitglieder. Bestimmungen wieviel Mitglieder zu den Beratungen mindestens anwesend sein mußten, fehlten noch, so daß niemand sich zum Eingreifen veranlaßt sah, als nur noch der Kanzler und Pistoris in Berlin anwesend waren.

1604 hatte man bei der Begründung dem Kollegium eine ziemlich knapp umschriebene Hauptaufgabe gestellt, die Lösung der Nachfolgefrage in Preußen und Jülich.

Die Preußenfrage war, soweit es sich um die Beziehungen zum Lehnsherren, dem König von Polen, handelte, bis auf die endgültige Belehnung geklärt. Die Stellung zur Landschaft war eine Angelegenheit der Energie, die weniger den Geheimen Rat in Bewegung zu setzen brauchte.

In der jülich-schen Frage war bei dem allseitigen Eigensinn und der geringen Neigung zur Nachgiebigkeit unter den Prä-tendenten vorläufig nicht weiter zu kommen. Man mußte den Tod des kranken Herzogs Johann Wilhelm abwarten und dann handeln.

Jägerndorf hatte man ebenfalls in Besitz bis auf die Belehnung, die von Kaiser Rudolf II. nicht zu erwarten war.

So waren die dem Geheimen Rate gestellten Aufgaben gelöst, so weit sie mit den gewöhnlichen Mitteln der Politik bis dato zu lösen waren, den Rest mußte man der Entwicklung der Zeit anheim geben. Das heißt, daß in gewissem Sinne die Tätigkeit der Behörde einen Abschluß gefunden hatte, der durch den Tod Joachim Friedrichs sozusagen bestätigt wurde.

Die Bedeutung dieses ersten Geheimen Ratskollegiums in Brandenburg ist in erster Linie wohl nicht in seiner Tätigkeit an sich zu suchen, sondern in der Tatsache, daß mit seiner Begründung in der Mark ernsthaft versucht wurde, die Behandlung aller politischen Fragen sowohl der Außen- wie der Innenpolitik an einer Stelle zusammenzufassen und ihr eine einheitliche Linie zu geben. Das vorläufige Scheitern dieses Versuches lag nicht in dem Prinzip begründet, sondern in erster Linie wohl in der heterogenen Zusammensetzung des Kollegiums. Hier standen sich die Gegensätze zu schroff gegenüber, als daß ein gedeihliches Arbeiten möglich gewesen wäre. Hinzu kam, daß in dieser Zeit in Brandenburg der große Staatsmann und Führer fehlte, der durch seine Persönlichkeit die widerstrebenden Elemente zu positiver Mitarbeit am gemeinsamen Ziele bewogen hätte. Da der Regent selbst auch in dieser Beziehung versagte, so ist die Geschichte des ersten brandenburgischen Geheimen Rates mehr die des Verfalls als des beginnenden Aufstiegs einer zentralen Behördenorganisation.

Literatur.

Quellen:

Acta Brandenburgica

Brandenburgische Regierungsakten aus der Zeit des Geheimen Rates 1604—1608. Bd. I—IV. Hrsg. von Melle Klinkenberg. Berlin 1927—30.
Briefe und Akten zur Geschichte des 30jährigen Krieges in den Zeiten des vorwaltenden Einflusses der Wittelsbacher. Bd. I.

Hrsg. von Moritz Ritter. München 1870.

Darstellungen:

Adler, S. Die Organisation der Zentralverwaltung unter Kaiser Maximilian I. Leipzig 1886.

Becker, O. Der Geheime Rat in Hessen. Kieler Dissertationen 1911.

Bracht, E. Ständische Verhandlungen in der Kurmark unter Joachim Friedrich. Hirschberg 1896.

Droysen, Joh. G. Geschichte der preußischen Politik. 2. Auflage. Leipzig 1868/70.

Fellner, Th. und Kretschmayr, H. Die österreichische Zentralverwaltung. Wien 1907.

Haß, Martin. Die Hofordnung Kurfürst Joachims II. von Brandenburg. Histor. Studien hrsg. von E. Ebering Bd. 87. Berlin 1910.

Hassel, J. P. De imperio Brandenburgico ad Rhenum fundato sive de primordiis belli Juliacensis. Dissert. Berolinensis 1863.

Huber, A. Gesch. der österreichischen Verwaltungsorganisation bis zum Ausgang des 18. Jahrhunderts. Innsbruck 1884.

Isaacsohn, S. Gesch. des Preußischen Beamtentums vom 15. Jahrhundert bis zur Gegenwart I—III. Berlin 1874/84.

Klaproth, Chr. A. L. und C. W. Cosmar. Der königlich Preußische und Churfürstliche Brandenburgische Wirkliche Geheime Staatsrat. Berlin 1805.

Koser, R. Geschichte der brandenburg-preußischen Politik. Stuttgart/Berlin 1913.

Krusch, B. Die Entwicklung der herzoglich braunschweigischen Zentralbehörden. Zeitschrift des Historischen Vereins für Niedersachsen. 1893—94.

Mayer, Th. Die Verwaltungsorganisationen Maximilians I., ihr Ursprung und ihre Bedeutung. Innsbruck 1920.

Neudegger, M. J. Beiträge zur Gesch. der Behördenorganisation in Bayern. Teil 1—5. München 1887/98, 1901.

Ranke, L. von. Zur deutschen Geschichte vom Religionsfrieden bis zum 30jährigen Kriege. Werke Bd. 7. 3. Aufl. Leipzig 1888.

- Ritter, Moritz.** Deutsche Geschichte im Zeitalter der Gegenreformation. Stuttgart 1889.
- Geschichte der deutschen Union von den Vorbereitungen des Bundes bis zum Tode Kaiser Rudolfs II. I—II. Schaffhausen 1867/73.
- Sachsen und der Jülicher Erbfolgestreit. Abhandlungen der Münchener Akademie, philog.-hist. Klasse VIII. 1873.
- Rosenthal, E.** Geschichte des Gerichtswesens und der Verwaltungsorganisation Bayerns I/II. Würzburg 1889, 1906.
- Sallmann, K.** Die Organisation der Zentralverwaltung in Jülich-Berg im 16. Jahrhundert. Beiträge zur Geschichte des Niederrheins. Bd. 17 u. 18.
- Schmidt, Hans G.** Fabian von Dohna. Hallische Abhandlungen zur neueren Geschichte, hrsg. von Droysen. H. 34. Halle 1897.
- Schmoller, G.** Der deutsche Beamtenstaat vom 16. bis 18. Jahrh. in: Umriss und Untersuchungen zur Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsgeschichte, besonders des preuß. Staates im 17. u. 18. Jahrh. Leipzig 1898.
- Schottmüller, K.** Die Organisation der Zentralverwaltung in Cleve-Mark. Staats- und sozialwissenschaftliche Forschungen Bd. 14, 4 hrsg. von G. Schmoller. Leipzig 1897.
- Stölzel, A.** Brandenburg-Preußens Rechtsverwaltung und Rechtsverfassung, dargestellt im Wirken seiner Landesfürsten und obersten Justizbeamten I—II. Berlin 1888.
- Toeppen, M.** Die preußischen Landtage während der Regentschaft der brandenburgischen Kurfürsten Joachim Friedrich und Johann Siegmund. I—III. Programme Elbing. 1891—93.
- Winterlin, F.** Geschichte der Behördenorganisation in Württemberg I—II. Stuttgart 1902/1906. Allgemeine Deutsche Biographie. Bd. 26. Lpz. 1888.
- Sieniawski.** Die Regierung König Siegmund III. von Polen. I/II. Programme Schrimm 1874.
- Wolf, P. Ph.** Gesch. Maximilians I. von Bayern und seiner Zeit I—III. München 1807/09.

Zeitschriften:

- Archiv für österreichische Geschichte.
- Forschungen zur Brandenburg-Preußischen Geschichte.
- Historische Zeitschrift.
- Jahrbücher für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche.
- Jahrbücher der Nationalökonomie und Statistik.
- Mitteilungen des Instituts für österreichische Geschichtsforschung.
- Vierteljahrshefte für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte.
- Zeitschrift des Ferdinandeums für Tirol und Vorarlberg (Bd. 38).
- Zeitschrift für preußische Geschichte und Landeskunde.
- Zeitschrift der Savigny Stiftung für Rechtsgeschichte. German. Abt.

